

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1975

MONTAG, 21. APRIL 1975

Nr. 16

Seite		Seite		Seite
	Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	
	Errichtung eines Wahlkonsulats der Volksrepublik Bangladesch in Frankfurt (Main); hier: Erteilung des Exequaturs an Frau Anita Mikulski.....	697	Ungültigkeitserklärung in Verlust geratener Dienstausweise für Forstbeamte des Landes Hessen.....	710
	Der Hessische Minister des Innern		Personalnachrichten	
	Anspruch auf den Sonderbetrag für Kinder nach § 8 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des vom Deutschen Bundestag in der 152. Sitzung am 27. 2. 1975 beschlossenen 2. BesVNG	698	Im Bereich des Präsidenten des Hessischen Landtags	710
	Festsetzung des Besoldungsdiensalters; hier: Anwendung des § 6 Abs. 6 BBesG auf andere Bewerber sowie Berücksichtigung von Ausbildungszeiten	698	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	710
	Hessisches Beamtenversorgungsrecht und Versorgung nach dem G 131; hier: Anwendung der Ruhevorschriften des § 173 Abs. 1 HBG bzw. des § 160 Abs. 1 BBG beim Zusammentreffen beamtenrechtlicher Versorgungsbezüge mit einer Versorgungsrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.....	698	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	710
	Tuberkulosehilfe für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes sowie für Versorgungsempfänger nach dem Hessischen Beamtengesetz und nach dem G 131; hier: Änderung des Begriffs „kinderzuschlagsberechtig“ durch die Neuregelung des Familienlastenausgleichs	698	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt.....	716
	Neunter Tarifvertrag vom 17. 3. 1975 zur Durchführung des § 5 des Chorgagentarifvertrages vom 10. 2. 1964 i. d. F. des Tarifvertrages vom 3. 12. 1974	699	Beim Hessischen Rechnungshof	716
	Erhöhung der Gagen für die Ballettgruppen bei den staatlichen Theatern mit Wirkung vom 1. 1. 1975.....	699	Regierungspräsidenten	
	Änderung der Vergütungsordnung des TVK — Vierter Tarifvertrag zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern vom 17. 3. 1975	700	KASSEL	
			Vorhaben der Firma Gebr. Heyn, Eschwege	716
			Buchbesprechungen	717
			Öffentlicher Anzeiger	
			Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Kreisstraßen 83 und 90 in der Gemarkung Ffieden, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel.....	725
			Änderung der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vom 13. März 1975	726
			Erteilung einer Erlaubnis für die Ausführung von Markscheiderarbeiten	726
			Haushaltssatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltsjahr 1975	726
			Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Büdingen nach Friedberg	726
			Genehmigung der Bromfabrik des Kaliwerkes Wintershall in Heringen/Werra	726
			1 Stellenausschreibung (Präs. d. Hess. Landessozialgerichts)	728
			Der Hessische Minister der Finanzen	
			Zahlungen aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs — „Zahlungserlaß“	706
			Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	
			Nachtrag zu den Genehmigungsurkunden der Butzbach-Licher Eisenbahn Aktiengesellschaft zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen	707
			Anweisung für die Einrichtung des Liegenschaftskatasters; hier: Neufassung des Abschnitts „Katasterkartenwerk“	707
			Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau	709
			Änderung der Richtlinien für das Bescheinigungsverfahren nach § 4 Abs. 1 Nr. 11 des Grunderwerbsteuergesetzes bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	709

Seite 697

569

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Errichtung eines Wahlgeneralkonsulats der Volksrepublik Bangladesch in Frankfurt (Main);

hier: Erteilung des Exequaturs an Frau Anita Mikulski

Die Bundesregierung hat der zur Wahlgeneralkonsulin der Volksrepublik Bangladesch in Frankfurt (Main) ernannten Frau Anita Mikulski am 26. März 1975 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Wahlgeneralkonsulats umfaßt die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Wiesbaden, 1. 4. 1975

**Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/07**

St. Anz. 16/1975 S. 697

570

Der Hessische Minister des Innern

Anspruch auf den Sonderbetrag für Kinder nach § 8 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des vom Deutschen Bundestag in der 152. Sitzung am 27. Februar 1975 beschlossenen 2. BesVNG

Bezug: Mein Rundschreiben vom 26. März 1975 (StAnz. S. 658)

Der Bundesminister des Innern hat zum Anspruch auf den Sonderbetrag für Kinder nach § 8 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung i. d. F. des Art. VI Nr. 2 des vom Bundestag am 27. Februar 1975 beschlossenen 2. BesVNG im Zusammenhang mit der Durchführung des § 45 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 3 Abs. 3 Satz 1 BKGG folgendes mitgeteilt:

„Nach dem eindeutigen Wortlaut des § 8 Sonderzuwendungsgesetz n. F. ist der Empfang des Sonderbetrages für Kinder in allen Fällen ausgeschlossen, in denen der Sonderzuwendungsberechtigte nicht zugleich Bezugsberechtigter für das Kindergeld ist.

Durch diese Regelung soll insbesondere verhindert werden, daß Geschiedene und Elternteile unehelicher Kinder, die nicht Bezugsberechtigte für das Kindergeld sind, den Sonderbetrag für Kinder erhalten.

Diese strikte Abhängigkeit von der Bezugsberechtigung für das Kindergeld gilt auch für die Fälle, in denen der nicht im öffentlichen Dienst beschäftigte Elternteil zum Bezugsberechtigten für das Kindergeld bestimmt wird. Der vollständige Übergang der Zahlung des Kindergeldes an die Arbeitsämter zum 1. Januar 1977 bleibt ohne Auswirkungen auf § 8 Sonderzuwendungsgesetz n. F. Die freiwillige Zahlung des Sonderbetrages für Kinder halte ich angesichts der Gesetzmäßigkeit der gesamten Besoldung für unzulässig.“

§ 8 des Sonderzuwendungsgesetzes n. F. lautet wie folgt:

„§ 8
Sonderbetrag für Kinder

(1) Neben dem Grundbetrag wird dem Berechtigten für jedes Kind, für das ihm im Monat Dezember Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder eine der in § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes genannten Leistungen zusteht, ein Sonderbetrag von fünfzig Deutsche Mark gewährt. Steht dem Berechtigten für den Monat Dezember Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder eine entsprechende Leistung nur anteilig zu, so wird der Sonderbetrag auch nur anteilig gewährt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Ausgleichsbetrag nach § 150 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechenden Vorschriften gewährt wird.

(2) Ist ein Sonderbetrag für ein Kind im laufenden Kalenderjahr bereits auf Grund eines Tarifvertrages oder entsprechender Vorschriften gezahlt worden, entfällt der Sonderbetrag für dasselbe Kind nach diesem Gesetz.“

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 4. 4. 1975 Der Hessische Minister des Innern
I B 22 — P 1547 A — 1
StAnz. 16/1975 S. 698

571

Festsetzung des Besoldungsdienstalters;

hier: Anwendung des § 6 Abs. 6 BBesG auf andere Bewerber sowie Berücksichtigung von Ausbildungszeiten

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß bei Anwendung des Abschnitts II Abs. 2 Buchst. b des HMdF-Erlasses vom 14. März 1968 (StAnz. S. 564) auf Antrag auch Zeiten eines abgeschlossenen, für die jeweilige Laufbahn erforderlichen Studiums, die die vorgeschriebene Mindeststudienzeit um nicht mehr als zwei Jahre überschreiten, nach § 6 Abs. 6 BBesG zu berücksichtigen sind.

Bei der Anwendung des § 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BBesG bitte ich zu beachten, daß die auf einem Dienstunfall beruhende Verlängerung des Vorbereitungsdienstes bei der Festsetzung des BDA nicht zu berücksichtigen ist, da nur die Mindestzeit einer vorgeschriebenen Ausbildung angerechnet werden kann.

Wiesbaden, 7. 4. 1975 Der Hessische Minister des Innern
I B 22 — P 1520 A — 826
StAnz. 16/1975 S. 698

572

Hessisches Beamtenversorgungsrecht und Versorgung nach dem G 131;

hier: Anwendung der Ruhensvorschriften des § 173 Abs. 1 HBG bzw. des § 160 Abs. 1 BBG beim Zusammentreffen beamtenrechtlicher Versorgungsbezüge mit einer Versorgungsrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

Es ist die Frage aufgetreten, ob der Bezug einer VBL-Versorgungsrente, für die der öffentliche Arbeitgeber seit dem 1. 7. 1973 die Gesamtbeiträge allein trägt, eine Ruhsregelung des beamtenrechtlichen Versorgungsbezugs nach § 173 Abs. 1 HBG oder § 160 Abs. 1 BBG zur Folge hat.

Eine Ruhsregelung nach den genannten Vorschriften müßte vorgenommen werden, wenn es sich bei der VBL-Versorgungsrente um eine den beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen „ähnliche Versorgung“ handeln würde. Eine solche liegt nach der in der VV Nr. 2 zu § 160 BBG enthaltene Begriffsbestimmung vor, wenn es sich um laufende Bezüge handelt, die auf einem Dienstverhältnis im öffentlichen Dienst beruhen. Der Anspruch auf die VBL-Versorgungsrente beruht jedoch nicht auf einem Dienstverhältnis, sondern auf der Pflichtversicherung bei der VBL (vgl. § 37 der Satzung). Außerdem richtet er sich allein gegen die VBL, eine rechtlich selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts und nicht gegen den öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber. Die entscheidenden Merkmale eines Beamtenruhegehalts — Dienstverhältnis als Anspruchsgrundlage und Versorgungsanspruch gegen den Dienstherrn — sind somit bei einer VBL-Versorgungsrente nicht gegeben.

Der Bund und die übrigen Länder vertreten daher die Auffassung, daß VBL-Renten keine „ähnliche Versorgung“ im Sinne des § 173 Abs. 1 HBG oder des § 160 Abs. 1 BBG sind. Ich habe mich dieser Auffassung angeschlossen und bitte, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 3. 4. 1975 Der Hessische Minister des Innern
I B 32 — P 1601 A — 54
StAnz. 16/1975 S. 698

573

Tuberkulosehilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sowie für Versorgungsempfänger nach dem Hessischen Beamtengesetz und nach dem G 131;

hier: Änderung des Begriffs „kinderzuschlagsberechtigter“ durch die Neuregelung des Familienlastenausgleichs

§ 93 HBG und die auf Grund des § 93 Abs. 3 HBG erlassene Verordnung über die Tuberkulosehilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen vom 18. Januar 1965 (GVBl. I S. 18) sowie § 127 BSHG sehen die Gewährung von Tuberkulosehilfe u. a. auch an „kinderzuschlagsberechtigte Kinder“ von öffentlich-rechtlichen Bediensteten und Versorgungsempfängern vor. Da mit Wirkung vom 1. 1. 1975 den Angehörigen des öffentlichen Dienstes statt Kinderzuschlag Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz gewährt wird und die seitherigen Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes über den Kinderzuschlag durch Art. I des Siebenten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 20. 12. 1974 (BGBl. I S. 3716) gestrichen worden sind, sind § 93 HBG, die o. g. Tuberkulosehilfeverordnung und § 127 BSHG Änderungsbedürftig. Im Interesse einer bundeseinheitlichen Verfahrensweise soll jedoch mit einer Änderung der landesrechtlichen Vorschriften solange gewartet werden, bis die entsprechende Änderung des § 127 BSHG, die zur Zeit vorbereitet wird, durchgeführt ist.

Angesichts dieser Sachlage bitte ich die für die Gewährung der Tuberkulosehilfe zuständigen Behörden, bis zur Anpassung der landes- und bundesrechtlichen Vorschriften an die geänderten Bestimmungen des Besoldungsrechts Tuberkulosehilfe für den gleichen Personenkreis zu gewähren oder weiterzugewähren, für den diese Hilfe bisher zu gewähren war.

Wiesbaden, 5. 4. 1975 Der Hessische Minister des Innern
I B 34 — P 1802 A — 1
StAnz. 16/1975 S. 698

574

Neunter Tarifvertrag vom 17. März 1975 zur Durchführung des § 5 des Chorgagentarifvertrages vom 10. Dezember 1964 i. d. F. des Tarifvertrages vom 3. Dezember 1974

Bezug: Meine Rundschreiben vom 3. April 1974 (StAnz. S. 763); 29. April 1974 (StAnz. S. 899); 23. Juli 1974 (StAnz. S. 1419); 23. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 78)

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein e. V. und der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer sowie der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen ist Einvernehmen über den Abschluß eines Tarifvertrages zur Durchführung des § 5 des Chorgagentarifvertrages vom 10. Dezember 1964 erzielt worden; er trägt das Datum vom 17. März 1975 und tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Ich gebe den Tarifvertrag mit folgenden Vollzugshinweisen bekannt:

I.

1. Die nach § 1 des Tarifvertrages zu erhöhenden Grundgagen betragen mit Wirkung vom 1. Januar 1975 bei dem Hessischen Staatstheater Wiesbaden und den Staatstheatern Darmstadt und Kassel

Die Gagen für die Anfänger betragen	1336,— DM.
im 1. Jahr	835,— DM
im 2. Jahr	1002,— DM
im 3. Jahr	1169,— DM.

2. Für den Ortszuschlag nach § 6 Chorgagentarifvertrag ist die zu dem Vergütungstarifvertrag Nr. 13 zum BAT vom 17. März 1975 als Anlage 7 abgedruckte Ortszuschlagstabelle maßgebend. Der Tarifklasse II entsprechen die für die in die Vergütungsgruppen V c bis X BAT eingruppierten Angestellten des Landes vorgesehenen Beträge. Zu den Grundgagen für Anfänger nach Nr. 1 tritt der sich nach dem Familienstande ergebende volle Ortszuschlag.

3. Im übrigen ist der Vollzugserlaß vom 4. Februar 1965 zum Chorgagentarifvertrag vom 10. Dezember 1964 (StAnz. 1965 S. 215) mit Ausnahme der Nrn. 6 und 7 weiterhin maßgebend.

4. Gemäß § 2 des 9. Durchführungstarifvertrages wird neben den nach § 1 erhöhten Grundgagen die seit dem 1. Juli 1972 gewährte Zulage in Höhe von 67,— DM monatlich weiterhin gezahlt. Die Zulage ist Teil des festen Gehalts und damit Arbeitsentgelt im Sinne der steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften. Sie gehört zum Dienstverkommen im Sinne des § 22 der Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen.

5. Auf die vom 1. Januar 1975 an zu zahlenden Gagen sind die für die Zeit vom 1. Januar 1975 an bereits gezahlten Gagen anzurechnen.

II.

Der Hessische Minister der Finanzen hat zugestimmt, daß die durch die Erhöhung der Grundgagen bedingten Mehrausgaben — soweit erforderlich — im laufenden Rechnungsjahr überplanmäßig bei den zuständigen Titeln der Theaterhaushalte nachgewiesen werden.

Wiesbaden, 27. 3. 1975

Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2122 A — 31
StAnz. 16/1975 S. 699

Neunter Tarifvertrag vom 17. März 1975 zur Durchführung des § 5 des Chorgagentarifvertrages vom 10. Dezember 1964

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein e. V., Köln, Vorstand, einerseits, und der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer in der DAG, Erfstadt-Lechenich, Geschäftsführer, sowie der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Hamburg, Präsident, andererseits, wird der folgende Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1

Die Grundgagen der Mitglieder der Opernchöre, die unter den Geltungsbereich des Chorgagentarifvertrages fallen, werden um 6 v. H. erhöht.

§ 2

- (1) Neben den nach § 1 erhöhten Grundgagen wird eine monatliche Zulage von 67,— DM gezahlt.
- (2) Die Zulage ist Teil des festen Gehalts im Sinne des § 3 Abs. 1 des Normalvertrages Chor.

§ 3

§ 4 Abs. 1 des Chorgagentarifvertrages vom 10. Dezember 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag vom 3. Dezember 1974, erhält die folgende Fassung:

„(1) Die Grundgagen richten sich nach der Chorgagenklasse. Sie betragen in der Klasse

1 a	ab 1543,— DM
1 b	von 1502,— DM bis 1542,— DM
2 a	von 1336,— DM bis 1501,— DM
2 b	von 1159,— DM bis 1335,— DM
3	von 1036,— DM bis 1158,— DM
4	von 981,— DM bis 1035,— DM.“

§ 4

§ 2 des Tarifvertrages vom 1. April 1974 zur Durchführung des § 5 des Chorgagentarifvertrages vom 10. Dezember 1964 (8. Durchführungstarifvertrag) tritt außer Kraft.

§ 5

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 3. 1975

(Es folgen die Unterschriften)

575

Erhöhung der Gagen für die Ballettgruppen bei den staatlichen Theatern mit Wirkung vom 1. Januar 1975

Bezug: Meine Rundschreiben vom 3. April 1974 (StAnz. S. 764) und 23. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 125)

I.

Nach der Erhöhung der Grundgagen für die Mitglieder der Opernchöre durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975 (vgl. mein Vollzugsrundschreiben vom 27. März 1975 (StAnz. S. 699) müssen die Ballettgagen im Hinblick auf § 2 Abs. 1 und 2 des Ballettgagentarifvertrages vom 28. Juni 1968 (StAnz. S. 1386) entsprechend angepaßt werden. Für den Vollzug dieser Anpassung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 das folgende:

1. Die Gagen der Mitglieder der Ballettgruppen betragen

	bei einem Anspruch auf den Ortszuschlag der			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
	DM	DM	DM	DM
bei dem Hessischen Staatstheater Wiesbaden und den Staatstheatern Darmstadt und Kassel	1557,—	1640,—	1710,—	1776,—

Für die Zuteilung zu den Stufen des Ortszuschlages ist § 15 BBesG maßgebend. Vgl. die Bekanntmachung des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 1. November 1974 (GVBl. I S. 523).

2. Die Gagen für die Anfänger betragen

	im 1. Jahr	im 2. Jahr
	DM	DM
bei dem Hessischen Staatstheater Wiesbaden und den Staatstheatern Darmstadt und Kassel	973,—	1168,—

Die vorstehenden Gagen sind unter Berücksichtigung der Stufe 1 des Ortszuschlages (ledige Anfänger) festgesetzt. Sollte künftig die Festsetzung der Gage für einen Anfänger erforderlich werden, dem nach dem Familienstand der Ortszuschlag einer höheren Stufe als der Stufe 1 zusteht, bitte ich, diese bei mir zu beantragen.

3. Für Gruppentänzerinnen und Gruppentänzer, die eine Solöverpflichtung haben, ist der Teil der Gage, der am 31. Dezember 1974 über die nach dem Familienstand (gemäß Nr. 1 des Bezugsrundschreibens) zustehende Gage hinausgeht, um

6 v. H. zu erhöhen. Im übrigen sind die nach dem Familienstand nach Nr. 1 dieses Rundschreibens zustehenden Gagen zu zahlen.

Bei der Berechnung des Erhöhungsbetrages sich ergebende Pfenningbeträge sind bis zu 49 Pfenning auf volle Deutsche Mark abzurunden, sonst aufzurunden.

4. Die unter Buchst. b in meinem Erlaß vom 9. Juli 1959 — P 2122 A — 10 — I 41 (nicht veröffentlicht) getroffene Regelung bleibt unberührt.

5. Die nach dem Tarifvertrag vom 30. April 1971 (StAnz. S. 1090) i. d. F. des Ergänzungstarifvertrages vom 28. Januar 1972 (StAnz. S. 452) zustehende Zulage in Höhe von 67,— DM monatlich ist neben den erhöhten Ballettgagen unverändert weiter zu zahlen. Die Zulage ist Arbeitsentgelt im Sinne der steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften. Sie gehört zum Dienststeinkommen im Sinne des § 22 der Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen.

6. Auf die nach den Nrn. 1 bis 3 vom 1. Januar 1975 an zu zahlenden Gagen sind die für die Zeit vom 1. Januar 1975 an bereits gezahlten Gagen anzurechnen.

Im übrigen darf ich nochmals darauf hinweisen, daß zu der in dem Tarifvertrag vom 3. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 125) vereinbarten Erhöhung der Ballettgagen vom Beginn der Spielzeit 1975/76 an ein besonderer Erlaß ergehen wird.

II.

Der Hessische Minister der Finanzen hat zugestimmt, daß die durch die vorstehende Erhöhung der Ballettgagen bedingten Mehrausgaben — soweit erforderlich — im laufenden Rechnungsjahr überplanmäßig bei den zuständigen Titeln der Theaterhaushalte nachgewiesen werden.

Wiesbaden, 27. 3. 1975

Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2122 A — 43

StAnz. 16/1975 S. 699

576

Änderung der Vergütungsordnung des TVK — Vierter Tarifvertrag zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) vom 17. März 1975

Bezug: Mein Rundschreiben vom 3. April 1974 (StAnz. S. 800)

Der Deutsche Bühnenverein e. V. hat mit der Deutschen Orchestervereinigung e. V. im DGB und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Einvernehmen über den Abschluß des Vierten Tarifvertrages zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) erzielt. Der Tarifvertrag trägt das Datum vom 17. März 1975; er tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

I.

Ich gebe den Tarifvertrag mit den folgenden Vollzugshinweisen bekannt:

1. Entsprechend dem am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Grundvergütungsvertrag Nr. 13 zum BAT für den Bereich des Bundes und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist für die unter den TVK fallenden Musiker eine Erhöhung der Grundvergütungen um 6 v. H. vereinbart worden.

2. Die Tätigkeitszulagen und die Zulagen nach den Fußnoten zu den Vergütungsgruppen der Vergütungsordnung der TVK sind gleichfalls um 6 v. H. erhöht worden.

3. Die sich nach der Erhöhung ergebende Fassung der Vergütungsordnung ist zu dem Tarifvertrag als Anlage 1 abgedruckt.

4. Nach § 2 Abs. 1 des Tarifvertrages tritt zu den erhöhten Grundvergütungen eine Zulage von 100,— DM monatlich. Die Zulage ist Arbeitsentgelt im Sinne der steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften. Sie gehört zum Dienststeinkommen im Sinne des § 22 der Satzung der Versorgungsanstalt der Deutschen Kulturorchester.

5. Nach § 3 des Tarifvertrages ist in Abweichung von § 24 TVK mit Wirkung vom 1. Januar 1975 die als Anlage 2 vereinbarte — mit der Anlage 7 zum Vergütungsvertrag Nr. 13 zum BAT übereinstimmende — Ortszuschlagstabelle anzuwenden. Diese Ortszuschlagstabelle tritt zu dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem für die Beamten des Landes die gleiche oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle wirksam wird.

6. Gemäß § 4 des Tarifvertrages werden die Vergütungen der Musiker mit festen Gehältern (§ 2 Abs. 2 TVK) um 6 v. H. erhöht. Der Erhöhungsbetrag ist von dem für den Monat Dezember 1974 zustehenden festen Gehalt zu berechnen.

Zu den auf diese Weise erhöhten festen Gehältern tritt eine monatliche Zulage von 100,— DM, sofern die festen Gehälter vom 1. Januar 1975 an auf mehr als 2067,— DM, aber nicht mehr als 3286,— DM, erhöht worden sind.

7. Auf die vom 1. Januar 1975 an erhöhten Vergütungen sind die für die Zeit vom 1. Januar 1975 an bereits gezahlten Vergütungen anzurechnen.

II.

Der Hessische Minister der Finanzen hat zugestimmt, daß die durch die Erhöhung bedingten Mehrausgaben — soweit erforderlich — überplanmäßig bei den zuständigen Titeln der Theaterhaushalte nachgewiesen werden.

Wiesbaden, 27. 3. 1975

Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2121 A — 48

StAnz. 16/1975 S. 700

*

Vierter Tarifvertrag zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) vom 17. März 1975

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein e. V., Köln, Vorstand, einerseits, und der Deutschen Orchestervereinigung e. V. im DGB, Hamburg, Geschäftsführer, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Stuttgart, Hauptvorstand, andererseits, wird folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1

Die Grundvergütungen, die Tätigkeitszulagen und die Zulagen nach den Fußnoten zu den Vergütungsgruppen A und B der Anlage 2 (Vergütungsordnung) zum Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) vom 1. Juli 1971 werden um 6 v. H., erhöht und durch die Beträge der Anlage 1 zu diesem Tarifvertrag ersetzt.

§ 2

(1) Neben den nach § 1 erhöhten Grundvergütungen und Zulagen wird

- in den Vergütungsgruppen A bis E Fußnote 1 eine Zulage von monatlich 100,— DM,
 - in der Vergütungsgruppe E eine Zulage von monatlich 67,— DM
- gezahlt.

(2) Die Zulagen sind Teil der Grundvergütung im Sinne des § 21 Buchst. a TVK. Sie gehören zum Dienststeinkommen im Sinne des § 22 der Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester und sind gesamtversorgungsfähig.

§ 3

Abweichend von § 24 TVK gilt die diesem Tarifvertrag als Anlage 2 beigefügte Ortszuschlagstabelle. Sie tritt außer Kraft, wenn für die Beamten des Arbeitgebers eine entsprechende oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle in Kraft tritt. Von diesem Zeitpunkt an gilt § 24 TVK uneingeschränkt.

§ 4

(1) Die Vergütungen der Musiker mit festen Gehältern werden um 6 v. H. erhöht.

(2) Neben den Vergütungen wird eine Zulage gewährt. Sie beträgt

- monatlich 67,— DM, wenn die Vergütung nach Absatz 1 auf nicht mehr als 2067,— DM monatlich,
 - monatlich 100,— DM, wenn die Vergütung nach Absatz 1 auf mehr als 2067,— DM, aber auf nicht mehr als 3286,— Deutsche Mark monatlich
- erhöht worden ist.

§ 5

§ 2 und § 4 Abs. 2 des Tarifvertrages vom 1. April 1974 zur Durchführung des § 55 des Tarifvertrages für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) treten mit Wirkung vom 1. Januar 1975 außer Kraft.

§ 6

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 3. 1975
(Es folgen die Unterschriften)

Anlage 1

Vergütungsordnung (monatliche Grundvergütungen und Tätigkeitszulagen, Tarifklassen des Ortszuschlages) in der ab 1. Januar 1975 geltenden Fassung

Vergütungsgruppe A

1650,01 — 1832,35 — 2014,68 — 2197,02 — 2379,36 — 2561,69 DM
Tätigkeitszulagen: 512,34 — 256,17 — 128,08 DM
Ortszuschlag: Tarifklasse I c
Fußnoten:

- Zulage nach § 22 Abs. 7 Buchst. a beträgt in jeder Dienstaltersstufe mindestens 177,02 DM und höchstens 442,58 DM.
- Liegen die Voraussetzungen für die Zahlung der Zulage nach Nr. 1 nicht vor, sind aber mindestens 99 Planstellen besetzt, kann der Arbeitgeber in jeder Dienstaltersstufe eine Zulage bis zu 212,42 DM gewähren.
- Die Zulagen nach Nr. 1 und Nr. 2 gelten als Bestandteil der Grundvergütung. Die Tätigkeitszulagen erhöhen sich in der Stufe 1 um 20 v. H., in der Stufe 2 um 10 v. H., in der Stufe 3 um 5 v. H. der nach Nr. 1 oder Nr. 2 gewährten Zulage.

Vergütungsgruppe B

1293,58 — 1382,64 — 1472,93 — 1563,24 — 1653,53 — 1743,82 — 1834,11 — 1924,40 — 2014,69 DM
Tätigkeitszulagen: 402,94 — 201,47 — 100,73 DM
Ortszuschlag: Tarifklasse I c
Fußnote:

Die Zulage nach § 22 Abs. 7 Buchst. b beträgt in jeder Dienstaltersstufe 115,05 DM. Die Zulage gilt als Bestandteil der Grundvergütung. Die Tätigkeitszulagen erhöhen sich in der Stufe 1 um 23,01 DM, in der Stufe 2 um 11,51 DM, in der Stufe 3 um 5,75 DM.

Vergütungsgruppe C

1228,18 — 1310,05 — 1400,34 — 1490,64 — 1580,93 — 1671,22 — 1761,51 — 1851,80 — 1942,10 DM
Tätigkeitszulagen: 388,42 — 194,21 — 97,11 DM
Ortszuschlag: Tarifklasse I c

Vergütungsgruppe D

1161,19 — 1242,53 — 1325,99 — 1416,28 — 1506,57 — 1596,86 — 1687,15 — 1777,44 — 1867,73 DM
Tätigkeitszulagen: 373,54 — 186,77 — 93,99 DM
Ortszuschlag: Tarifklasse I c

Vergütungsgruppe E

1027,27 — 1094,25 — 1161,23 — 1228,21 — 1295,19 — 1368,49 — 1442,84 — 1517,19 — 1591,54 DM
Tätigkeitszulagen: 318,31 — 159,16 — 79,57 DM
Ortszuschlag: Tarifklasse I c
Fußnoten:

- Die Musiker der früher in die Tarifklasse III bzw. Vergütungsgruppe F eingruppierten Orchester erhalten folgende Grundvergütungen:
1043,14 — 1124,48 — 1205,82 — 1287,17 — 1375,53 — 1465,82 — 1556,11 — 1646,40 — 1736,69 DM
und folgende Tätigkeitszulagen:
347,34 — 173,67 — 86,84 DM
- Liegt die Voraussetzung für die Zahlung der Grundvergütungen nach Nr. 1 nicht vor, kann der Arbeitgeber in jeder Dienstaltersstufe eine Zulage bis zu der sich aus der Nr. 1 ergebenden Grundvergütung der entsprechenden Dienstaltersstufe gewähren. Die Zulage gilt als Bestandteil der Grundvergütung.

Ortszuschlagstabelle

Tarifklasse	Stufe 1 ledig	Stufe 2 verheiratet	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder
I c	422,99	513,59	590,59	664,18	698,32

Bei mehr als drei Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar für das vierte und fünfte Kind um je 64,71 DM für das sechste und die weiteren Kinder um je 80,60 DM

577

Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung vom 17. März 1975:
hier:

- Bühnenmitglieder
- Chormitglieder
- Tanzgruppenmitglieder
- Musiker in Kulturorchestern

I.

Der Deutsche Bühnenverein hat mit der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer, der Deutschen Orchestervereinigung und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 17. März 1975 einen Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung an die obengenannten Bedienstetengruppen vereinbart, den ich nachstehend bekanntgebe.

Der Tarifvertrag ist weitgehend dem mit meinem Rundschreiben vom 18. März 1975 (StAnz. S. 567) bekanntgegebenen Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung an Arbeitnehmer des Landes vom 17. März 1975 nachgebildet. Die Abweichungen tragen lediglich den Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse der genannten Bedienstetengruppen Rechnung.

Die mit meinem vorbezeichneten Rundschreiben vom 18. März 1975 gegebenen Hinweise zu dem Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung an Arbeitnehmer des Landes gelten sinngemäß auch für den Vollzug des nachstehenden Tarifvertrages über eine einmalige Zahlung an Bühnenmitglieder usw.

II.

Der Hessische Minister der Finanzen hat zugestimmt, daß die einmaligen Zahlungen bei den Titeln der Theaterhaushalte nachzuweisen sind, bei denen die laufenden Bezüge der Anspruchsberechtigten zu buchen sind und — soweit erforderlich — die hierdurch bedingten Mehrausgaben überplanmäßig bei den zuständigen Titeln der Theaterhaushalte nachgewiesen werden können.

Wiesbaden, 27. 3. 1975

Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2122 A — 61
StAnz. 16/1975 S. 701

*

Tarifvertrag über eine einmalige Zahlung vom 17. März 1975

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein e. V., Köln, Vorstand, einerseits, und der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen in der Gewerkschaft Kunst des DGB, Hamburg, Präsident, der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer in der DAG, Erfstadt-Lechenich, Geschäftsführer, der Deutschen Orchestervereinigung e. V. in der Gewerkschaft Kunst des DGB Hamburg, Geschäftsführer, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Stuttgart, Hauptvorstand, andererseits, wird der folgende Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für Personen, die am 1. April 1975
1. als Bühnenmitglieder auf Normalvertrag Solo oder als Bühnentechniker nach dem Bühnentechnikertarifvertrag — BTT — vom 25. Mai 1961 bzw. nach dem Tarifvertrag für technische Angestellte mit teilweiser künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen — BTTL — vom 3. November 1961 beschäftigt sind und deren festes Gehalt nach dem Neunten Durchführungstarifvertrag vom 17. März 1975 zum Anpassungsrahmentarifvertrag vom 3. Juni 1966 angepaßt wird,

2. unter den Geltungsbereich eines der nachstehenden Tarifverträge fallen:

- a) Normalvertrag Chor vom 10. Dezember 1964,
- b) Normalvertrag Tanz vom 28. Juni 1968,
- c) Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) vom 1. Juli 1971.

§ 2 Anspruchsvoraussetzungen, Zahlungspflicht

(1) Anspruch auf die einmalige Zahlung haben Personen, die vom 1. Januar 1975 bis einschließlich 30. April 1975 ununterbrochen in einem Arbeitsverhältnis oder mehreren Arbeitsverhältnissen, die durch den Normalvertrag Solo oder die in § 1 genannten sonstigen Tarifverträge geregelt sind, stehen und hieraus mindestens für einen Teil des Monats April 1975 Anspruch auf Bezüge haben.

Der Anspruch wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß

- a) wegen des Ablaufs der Bezugsfristen für Krankenbezüge oder wegen des Bezuges von Mutterschaftsgeld für den Monat April 1975 keine Bezüge zustehen,
- b) das Arbeitsverhältnis nach dem 1. April 1975 wegen Schwangerschaft oder wegen Niederkunft in den letzten drei Monaten endet.

(2) Der Anspruch richtet sich gegen den Arbeitgeber, zu dem das Arbeitsverhältnis am 1. April 1975 besteht.

Protokollnotizen:

1. Eine Unterbrechung im Sinne des Absatzes 1 liegt vor, wenn zwischen den Arbeitsverhältnissen im Sinne dieser Vorschrift ein oder mehrere Tage liegen, an denen das Arbeitsverhältnis nicht bestand. Es ist jedoch unschädlich, wenn der Berechtigte in dem zwischen diesen Arbeitsverhältnissen liegenden gesamten Zeitraum arbeitsunfähig krank war oder die Zeit zur Ausführung seines Umzugs an einen anderen Ort benötigt hat.
2. Stirbt der Berechtigte vor dem 1. Mai 1975 und hat er die einmalige Zahlung erhalten, gelten die Voraussetzungen des Absatzes 1 als erfüllt.

§ 3 Höhe der einmaligen Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung beträgt 100,— DM.

(2) Nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren Rechtsverhältnisse durch den Bühnentechnikertarifvertrag — BTT — oder den Tarifvertrag für technische Angestellte mit teilweiser künstlerischer Tätigkeit an Landesbühnen — BTTL — geregelt sind, erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der mit ihnen vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Angestellten entspricht.

(3) Für die Höhe der einmaligen Zahlung nach den Absätzen 1 und 2 sind die Verhältnisse am 1. April 1975 maßgebend.

(4) Die einmalige Zahlung gehört nicht zum festen Gehalt (§ 3 Abs. 1 Normalvertrag Solo, § 3 Abs. 1 Normalvertrag Chor, § 3 Abs. 1 Normalvertrag Tanz) bzw. zur Vergütung (§ 21 TVK). Sie gehört nicht zum Diensteinkommen im Sinne des § 23 der Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen bzw. des § 23 der Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester und ist nicht gesamtversorgungsfähig. Sie ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.

§ 4 Fälligkeit

Die einmalige Zahlung wird mit den Bezügen für den Monat April 1975 fällig.

Wiesbaden, 17. 3. 1975

(Es folgen die Unterschriften)

578

Anpassung der festen Gehälter der Bühnenmitglieder und der Bühnentechniker — Tarifvertrag vom 17. März 1975 zur Durchführung des Anpassungsrahmentarifvertrages vom 3. Juni 1966

Bezug: Meine Rundschreiben vom 14. Juni 1971 (StAnz. S. 1090), 7. Februar 1972 (StAnz. S. 412), 19. März 1973 (StAnz. S. 666), 5. April 1974 (StAnz. S. 802)

In Vollzug des § 2 Abs. 1 des Anpassungsrahmentarifvertrages vom 3. Juni 1966 hat der Deutsche Bühnenverein im Hinblick auf den am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Vergütungstarifvertrag Nr. 13 zum BAT für den Bereich des Bundes und

für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. März 1975 mit der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen ebenfalls am 17. März 1975 den Tarifvertrag zur Durchführung des Anpassungsrahmentarifvertrages vereinbart. Der Tarifvertrag ist mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft getreten und für die staatlichen Theater in vollem Umfang verbindlich.

I.

Ich gebe den Tarifvertrag mit folgenden Hinweisen bekannt:

1. Entsprechend den Ergebnissen der Tarifverhandlungen für die unter den BAT fallenden Angestellten des öffentlichen Dienstes ist eine Erhöhung der festen Gehälter um 6 v. H. vereinbart worden.
2. Bei der Berechnung des Erhöhungsbetrages sind die Festbeträge unberücksichtigt zu lassen, die den Zulagen entsprechen, die die vom BAT erfaßten Angestellten auf Grund besonderer tarifvertraglicher Vorschriften erhalten, weil diese Zulagen über den 31. Dezember 1974 hinaus in unveränderter Höhe gezahlt werden.

Grundlage für die Berechnung des Erhöhungsbetrages ist

- a) das feste Gehalt vermindert um die Zulagen nach § 2 des Ergänzungsstarifvertrages vom 30. April 1971 (StAnz. S. 1090) — 34 bzw. 50,— DM — und/oder nach § 1 Abs. 2 des Durchführungstarifvertrages vom 28. Januar 1972

(StAnz. S. 412) — 33 bzw. 50,— DM —,

wenn das feste Gehalt um diese Zulagen von demselben staatlichen Theater erhöht worden ist,

- b) das vereinbarte feste Gehalt, wenn es um die bei Buchstabe a genannten Beträge nicht erhöht worden ist.

Soweit die Anwendung der in Buchst. a genannten tarifvertraglichen Vorschriften nach § 2 Abs. 2 Buchst. a und b des Anpassungsrahmentarifvertrages einzelvertraglich vereinbart ist, gilt Entsprechendes.

Beispiel:

Der Opernsänger des Beispiels im Bezugsrundschreiben vom 5. April 1974 ist mit dem festen Gehalt von 2831,73 DM auch in der Spielzeit 1974/75 beim gleichen Theater beschäftigt.

Berechnungsgrundlage für die Erhöhung um 6 v. H. ist das um 100,— DM gekürzte feste Gehalt.

Erhöhungsbetrag:

2731,73 DM × 6 v. H. = 163,90 DM

Das vom 1. Januar 1975 an zustehende feste Gehalt beträgt insgesamt

(2831,73 DM + 163,90 DM) 2995,63 DM.

3. der Erhöhungsbetrag nach Nr. 2 ist spitz zu berechnen.
4. Auf die vom 1. Januar 1975 an erhöhten festen Gehälter sind die für die Zeit vom 1. Januar 1975 an bereits gezahlten festen Gehälter anzurechnen.
5. Ein Anspruch auf die Erhöhung des festen Gehalts besteht nicht, soweit Ausnahmen von der Anpassung nach § 2 Abs. 2 und 3 des Anpassungsrahmentarifvertrages vorliegen. Hierzu verweise ich auch auf die Erläuterungen des Deutschen Bühnenvereins, die den Theatern mit dessen Schreiben vom 24. Juni 1966 — U 42/66 — zugegangen sind. Von weiteren Hinweisen sehe ich deshalb ab. Soweit sich in einzelnen Fällen Schwierigkeiten bei der Entscheidung ergeben, ob ein Mitglied von der Anpassung auszunehmen ist, bitte ich, mich bei der abschließenden Entscheidung zu beteiligen.

II.

Ich weise erneut darauf hin, daß die Theaterbetriebszulage nach § 6 des Bühnentechnikertarifvertrages bei jeder Erhöhung des Höchstbetrages der Vergütungsgruppe IV b BAT entsprechend anzupassen ist. Ich halte es für empfehlenswert, die Zulage nicht in festen Beträgen, sondern in Vomhundertsätzen in den Dienstverträgen zu vereinbaren.

III.

Der Hessische Minister der Finanzen hat zugestimmt, daß die durch die Anpassung der festen Gehälter bedingten Mehrausgaben — soweit erforderlich — überplanmäßig bei den zuständigen Titeln der Theaterhaushalte nachgewiesen werden.

Wiesbaden, 27. 3. 1975 Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2122 A — 37

StAnz. 16/1975 S. 702

*

Neunter Tarifvertrag vom 17. März 1975 zur Durchführung des Anpassungsrahmentarifvertrages vom 6. Juni 1966

Zwischen dem Deutschen Bühnenverein e. V., Köln, Vorstand, einerseits, und der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Hamburg, Präsident, andererseits, wird der folgende Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1

- (1) Die festen Gehälter der in § 1 des Anpassungsrahmentarifvertrages genannten Personen werden um 6 v. H. erhöht.
- (2) Berechnungsgrundlage für die Erhöhung nach Absatz 1 ist

- a) bei den Personen, deren festes Gehalt bei demselben Theater nach § 2 des Ergänzungstarifvertrages vom 30. April 1971 und/oder nach § 1 Abs. 2 des Durchführungstarifvertrages vom 28. Januar 1972 um feste Beträge erhöht worden ist, das um diese Erhöhung verminderte feste Gehalt,
- b) bei den Personen, deren festes Gehalt nach den in Buchst. a genannten Tarifverträgen nicht erhöht worden ist, das vereinbarte feste Gehalt.

Entsprechendes gilt, soweit die Anwendung der vorgenannten tarifvertraglichen Vorschriften nach § 2 Abs. 2 Buchst. a und b des Anpassungsrahmentarifvertrages einzelvertraglich vereinbart worden ist.

§ 2

§ 1 gilt nicht für die nach § 2 Abs. 2 und 3 des Anpassungsrahmentarifvertrages ausgenommenen Personen.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 3. 1975

(Es folgen die Unterschriften)

579

Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG);

hier: Anhebung der Regel-Bedürftigkeitsgrenzen des Hinweises 13 c

Der Bundesminister der Verteidigung hat mit Wirkung vom 1. April 1975 die Bedürftigkeitsgrenzen des Hinweises 13 c für eine alleinstehende Person auf 393,— DM und für ein Ehepaar, das einen gemeinsamen Haushalt führt, auf 660,— DM festgesetzt.

Der Hinweis wird entsprechend geändert werden.

Wiesbaden, 21. 3. 1975

Der Hessische Minister des Innern

I B 62 — 95 b — 04—01 — 3/75

StAnz. 16/1975 S. 703

580

Prüfungsordnung der Polizei-Führungsakademie für den höheren Polizeivollzugsdienst vom 2. Mai 1973 in der ab 15. Mai 1975 geltenden Fassung

Bezug: Erlaß vom 3. Mai 1973 (StAnz. S. 814)

Nachstehend wird die ab 15. Mai 1975 geltende Fassung der Prüfungsordnung der Polizei-Führungsakademie für den höheren Polizeivollzugsdienst in Hiltrup vom 2. Mai 1973 bekanntgemacht.

Sie ist gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 5 des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie vom 28. April 1972, verkündet durch Gesetz vom 15. Dezember 1972 (GVBl. I S. 412), am 20. Februar 1975 durch das Kuratorium bei der Polizei-Führungsakademie beschlossen worden.

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände sind gemäß Art. 15 des Abkommens auf Bundesebene beteiligt worden.

Wiesbaden, 9. 4. 1975

Der Hessische Minister des Innern

III B 5 — 8 d 06

StAnz. 16/1975 S. 703

Prüfungsordnung der Polizei-Führungsakademie für den höheren Polizeivollzugsdienst vom 2. Mai 1973 in der ab 15. Mai 1975 geltenden Fassung

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Zuständigkeit
- § 3 Prüfungsausschuß
- § 4 Schriftführer
- § 5 Personalräte
- § 6 Prüfung
- § 7 Zuhörer
- § 8 Prüfungsfächer
- § 9 Noten
- § 10 Lehrgangsleistung
- § 11 Schriftliche Prüfung
- § 12 Beurteilung der schriftlichen Prüfungsarbeiten
- § 13 Bekanntgabe der Lehrgangsleistungen, schriftlichen Prüfungsleistungen und mündlichen Prüfungsfächer
- § 14 Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung
- § 15 Mündliche Prüfung
- § 16 Fachnote
- § 17 Prüfungsergebnis
- § 18 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
- § 19 Prüfungszeugnis
- § 20 Beurkundung des Prüfungshergangs
- § 21 Erkrankung, Rücktritt, Versäumnis, Nichtabgabe von Arbeiten
- § 22 Täuschungsversuch und ordnungswidriges Verhalten
- § 23 Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten
- § 24 Verbleib der Prüfungsakten
- § 25 Inkrafttreten

§ 1 Zweck der Prüfung

In der Prüfung soll der Beamte nachweisen, daß er nach seinen Kenntnissen, Fähigkeiten und Leistungen für den höheren Polizeivollzugsdienst geeignet ist.

§ 2 Zuständigkeit

Die Prüfung wird von der Polizei-Führungsakademie durchgeführt.

§ 3 Prüfungsausschuß

(1) Die Prüfung wird vor einem Prüfungsausschuß abgelegt. Bei Bedarf können mehrere Prüfungsausschüsse eingerichtet werden.

(2) Jeder Prüfungsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und vier Lehrkräften als Beisitzer. Der Vorsitzende muß Mitglied oder stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums sein. Mitglied des Prüfungsausschusses kann nur ein Hochschul-lehrer, eine andere wissenschaftlich tätige Person, ein Beamter mit Befähigung zum Richteramt, zum höheren Verwaltungsdienst oder höheren Polizeivollzugsdienst oder ein Richter sein; das Kuratorium kann Ausnahmen zulassen.

(3) Der Vorsitzende, die anderen Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter werden vom Kuratorium bestellt.

(4) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit Stimmenmehrheit, Stimmenthaltung ist unzulässig.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind unabhängig. An Weisungen und Aufträge sind sie nicht gebunden.

§ 4 Schriftführer

Der Vorsitzende bestellt ein Mitglied des Prüfungsausschusses als Schriftführer. Dieser hat den Vorsitzenden bei der Vorbereitung und Durchführung der Prüfung zu unterstützen und eine Niederschrift (§ 20) zu fertigen.

§ 5 Personalräte

(1) Die Rechte der Personalräte bei den Prüfungen nach dem Personalvertretungsrecht des Bundes oder eines Landes bleiben unberührt.

(2) Die Innenminister/-senatoren teilen der Polizei-Führungsakademie vor Beginn der mündlichen Prüfung mit, welches Mitglied eines Personalrats an der Prüfung teilnimmt.

§ 6 Prüfung

(1) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Der schriftliche Teil geht dem mündlichen voraus.

(2) Das Kuratorium legt die Termine der Prüfung fest; Einzelheiten regelt der Präsident der Polizei-Führungsakademie.

§ 7 Zuhörer

(1) Die Prüfung ist nicht öffentlich.

(2) Den Innenministern/-senatoren, den Mitgliedern des Kuratoriums, Beauftragten der obersten Dienstbehörden der Beamten und dem Präsidenten der Polizei-Führungsakademie ist die Anwesenheit bei den mündlichen Prüfungen gestattet.

(3) Den Angehörigen des Lehrkörpers und anderen Personen kann der Vorsitzende die Anwesenheit gestatten.

§ 8 Prüfungsfächer

Die Prüfungsfächer sind

1. für Beamte der uniformierten Polizei
Einsatzlehre,
Verkehrslehre,
Kriminalistik/Kriminologie,
Eingriffsrecht (einschl. Haftungsrecht),
Staats- und Verfassungsrecht;
2. für Beamte der Kriminalpolizei
Einsatzlehre,
Kriminalistik,
Kriminologie,
Eingriffsrecht (einschl. Haftungsrecht),
Staats- und Verfassungsrecht.

§ 9 Noten

(1) Die Lehrgangleistung, die schriftliche und mündliche Prüfungsleistung in den einzelnen Fächern und das Prüfungsergebnis sind mit folgenden Noten zu bewerten:

- | | |
|------------------|---|
| sehr gut (1) | = eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht; |
| gut (2) | = eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht; |
| befriedigend (3) | = eine Leistung, die im allgemeinen den Anforderungen entspricht; |
| ausreichend (4) | = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht; |
| mangelhaft (5) | = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht; jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten; |
| ungenügend (6) | = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten. |

(2) Für die Lehrgangleistung (§ 10) und die Fachnote (§ 16) sind Zwischenwerte zulässig.

§ 10 Lehrgangleistung

(1) Die Lehrgangleistung in den einzelnen Prüfungsfächern ist das Mittel aus den Noten der Klausurarbeiten und der mündlichen Leistung.

(2) In jedem Prüfungsfach sind drei Klausurarbeiten unter Kennziffer zu schreiben.

(3) Klausurarbeiten und die mündliche Leistung sind nach § 9 Abs. 1 zu bewerten.

(4) Versäumt ein Beamter eine Klausurarbeit, so hat er sie nachzuschreiben. Über Ausnahmen entscheidet der Präsident der Polizei-Führungsakademie.

(5) Für die Anfertigung der Klausurarbeiten gilt § 11 Abs. 4 bis 8 sinngemäß.

§ 11 Schriftliche Prüfung

(1) In jedem Prüfungsfach ist eine schriftliche Prüfungsarbeit anzufertigen. Für die Bearbeitung der Aufgaben ist eine Zeit von je fünf Stunden anzusetzen.

(2) Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung bestimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Sie sind getrennt in verschlossenen Umschlägen aufzubewahren; diese sind erst am Prüfungstag in Gegenwart der Beamten zu öffnen. Bei jeder Aufgabe sind die Hilfsmittel, die benutzt werden dürfen, anzugeben.

(3) Sind mehrere Prüfungsausschüsse vorhanden, so bestimmen die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse die Aufgaben gemeinsam.

(4) Der Beamte versieht seine Prüfungsarbeiten an Stelle des Namens mit einer Kennziffer. Die Kennziffern werden vor Beginn einer jeden schriftlichen Prüfungsarbeit verlost. Die Polizei-Führungsakademie fertigt eine Liste mit den Kennziffern der einzelnen Beamten und verschließt sie in einem Umschlag, der zu versiegeln ist. Die Liste darf erst nach der endgültigen Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten eröffnet werden.

(5) Die Plätze in den Prüfungsräumen werden an jedem Prüfungstag neu verlost.

(6) Die Aufsicht bei den schriftlichen Prüfungsarbeiten führen Lehrkräfte mit der Befähigung nach § 3 Abs. 2 oder sonstige Beamte des höheren Polizeivollzugsdienstes. Sie dürfen in dem Prüfungsfach bei den zu beaufsichtigenden Beamten nicht unterrichtet haben.

(7) Die Prüfungsarbeiten sind spätestens mit Ablauf der Bearbeitungszeit an den Aufsichtsführenden abzugeben. Er weist rechtzeitig auf den Ablauf der Bearbeitungszeit hin und vermerkt auf jeder Arbeit den Zeitpunkt der Abgabe. Nach Ablauf der Bearbeitungszeit stellt er fest, wer keine Arbeit abgegeben hat, und vermerkt dies in einer Niederschrift. Der Aufsichtführende verschließt die abgegebenen Arbeiten in einem Umschlag, den er einem Beauftragten der Polizei-Führungsakademie übergibt.

(8) Bei einer erheblichen Störung der Ordnung kann der Präsident der Polizei-Führungsakademie den Beamten von der weiteren Teilnahme an der schriftlichen Prüfungsarbeit ausschließen. Der Aufsichtführende kann den Beamten bis zur Entscheidung des Präsidenten vorläufig ausschließen.

(9) In der Niederschrift sind Unterbrechungen, Unregelmäßigkeiten oder sonstige Vorkommnisse zu vermerken.

§ 12 Beurteilung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden von einem Erst- und einem Zweitprüfer bewertet. Bei unterschiedlicher Bewertung einer Prüfungsarbeit entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Rahmen der Noten des Erst- und Zweitprüfers.

(2) Die Erst- und Zweitprüfer werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Er kann mit der Bewertung Lehrkräfte der Polizei-Führungsakademie beauftragen, die nicht dem Prüfungsausschuß angehören; sie müssen die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 2 erfüllen. Einer der Prüfer muß dem Prüfungsausschuß angehören.

§ 13 Bekanntgabe der Lehrgangleistungen, schriftlichen Prüfungsleistungen und Fächer der mündlichen Prüfung

(1) Die Lehrgangleistungen sind vor Beginn der schriftlichen Prüfung bekanntzugeben.

(2) Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeiten und die Prüfungsfächer, in denen der Beamte mündlich geprüft werden soll, sind spätestens am siebenten Tag vor der mündlichen Prüfung schriftlich bekanntzugeben. Diese Mitteilung schließt die mündliche Prüfung in anderen Prüfungsfächern nicht aus, falls der Prüfungsausschuß dies auf Grund des Verlaufs der mündlichen Prüfung für erforderlich hält.

§ 14 Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung

Ergeben sich aus der Note der Lehrgangleistung und der Note der schriftlichen Prüfung in mehr als drei Prüfungsfächern Durchschnittsnoten unter 4,00, so ist der Beamte zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§ 15 Mündliche Prüfung

(1) Der Prüfungsausschuß bestimmt, in welchen Prüfungsfächern der Beamte geprüft werden soll. Jeder Beamte ist mindestens in einem Prüfungsfach zu prüfen. Er muß in jedem Prüfungsfach geprüft werden, in dem

1. der Unterschied zwischen Lehrgangsleistung und schriftlicher Prüfungsleistung mehr als eine Note beträgt,
2. das Mittel aus Lehrgangsleistung und schriftlicher Prüfungsleistung nicht mindestens die Note „ausreichend“ (4,00) ergibt.

Auf Antrag des Beamten ist die Prüfung auf ein von ihm gewähltes Prüfungsfach zu erweitern. Der Antrag ist nach Bekanntgabe der Fächer zu stellen, in denen der Beamte mündlich geprüft werden soll, spätestens bis zum Ablauf des dritten Tages vor Beginn der mündlichen Prüfung.

- (2) Die mündliche Prüfung erfolgt in Prüfgruppen von nicht mehr als sechs Beamten.
- (3) Der Vorsitzende leitet die mündliche Prüfung und bestimmt ihre Dauer. Er hat darauf zu achten, daß die Beamten in geeigneter Weise befragt werden, und kann sich selbst an der Prüfung beteiligen.
- (4) Die Prüfung eines Beamten oder mehrerer Beamter in einem Prüfungsfach schließt nicht aus, daß auch die anderen Prüfungsteilnehmer in diesem Prüfungsfach befragt werden.
- (5) Nach der Prüfung bewertet der Prüfungsausschuß auf Vorschlag des jeweiligen Prüfers die einzelnen Prüfungsleistungen mit einer Note nach § 9 Abs. 1.

§ 16 Fachnote

- (1) Die Fachnote ist das Mittel aus den Noten der Lehrgangsleistung, der schriftlichen und mündlichen Prüfungsleistung.
- (2) Ist der Beamte in einem Fach nicht mündlich geprüft worden, so ist die Fachnote das Mittel aus den Noten der Lehrgangsleistung und der schriftlichen Prüfungsleistung.

§ 17 Prüfungsergebnis

- (1) Besteht der Beamte die Prüfung, so erhält er eine Gesamtnote. Sie ist das Mittel aus den einzelnen Fachnoten. Ergibt die Berechnung einen gebrochenen Wert, so wird bei Werten bis 0,50 die bessere Note, bei darüberliegenden Werten die schlechtere Note als Gesamtnote erteilt.
- (2) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Beamte
 1. aus dem Mittel der Fachnoten die Note „ausreichend“ (4,00) nicht erreicht hat oder
 2. in drei oder mehr Prüfungsfächern nicht mindestens die Fachnote „ausreichend“ (4,00) oder
 3. in zwei Prüfungsfächern die Fachnote „mangelhaft“ (5,00) oder
 4. in einem Prüfungsfach die Fachnote „ungenügend“ (6,00) erhalten hat.

§ 18 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

Im Anschluß an die Beratung des Prüfungsausschusses teilt der Vorsitzende dem Beamten das Prüfungsergebnis mit.

§ 19 Prüfungszeugnis

- (1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält über das Ergebnis ein Zeugnis mit der Gesamtnote.
- (2) Ein Beamter, der die Prüfung nicht bestanden hat, erhält eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, warum die Prüfung nicht bestanden ist.
- (3) Das Prüfungszeugnis und die Bescheinigung nach Abs. 2 werden vom Präsidenten der Polizei-Führungsakademie unterzeichnet.

§ 20 Beurkundung des Prüfungshergangs

- (1) In die Niederschrift (§ 4) sind aufzunehmen
 1. Ort, Tag und Dauer der mündlichen Prüfung,
 2. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihrer Stellvertreter, sofern sie bei der Prüfung mitgewirkt haben,
 3. die Namen der Beamten, welche die Prüfung ablegen,
 4. die Namen der bei der Prüfung nach §§ 5, 7 Abs. 2 Anwesenden,
 5. die Bewertung der Lehrgangsleistung,
 6. die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung,
 7. die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistung,
 8. die Fachnoten,
 9. das Prüfungsergebnis,
 10. Entscheidungen des Prüfungsausschusses.
- (2) Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 21 Erkrankung, Rücktritt, Versäumnis, Nichtabgabe von Arbeiten

- (1) Ein Beamter, der durch Krankheit oder sonstige von ihm nicht zu vertretende Umstände verhindert ist, an der Prüfung oder an einzelnen Prüfungsabschnitten teilzunehmen, hat dies unverzüglich in geeigneter Form nachzuweisen. Bei Erkrankung kann die Vorlage eines amts- oder polizeiärztlichen Zeugnisses verlangt werden. Der Prüfungsausschuß entscheidet, ob die Prüfung neu zu beginnen oder fortzusetzen ist.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ein Beamter in einem besonderen Fall mit Genehmigung des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurücktritt.
- (3) Erscheint ein Beamter ohne ausreichende Entschuldigung an einem Prüfungstag nicht oder tritt er ohne Genehmigung des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurück, gilt die Prüfung als nicht bestanden.
- (4) Gibt der Beamte eine Prüfungsarbeit ohne ausreichende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig ab, gilt sie mit der Note „ungenügend“ bewertet. Bei nicht rechtzeitiger Abgabe kann der Prüfungsausschuß beschließen, daß nach § 12 zu verfahren ist.
- (5) In Fällen der Absätze 1 und 2 findet § 11 Abs. 4 und 5 keine Anwendung.

§ 22 Täuschungsversuch und ordnungswidriges Verhalten

- (1) Der Prüfungsausschuß kann eine schriftliche oder eine mündliche Prüfungsleistung, bei der ein Beamter
 1. getäuscht oder zu täuschen versucht,
 2. andere als zugelassene Hilfsmittel benutzt,
 3. sonst erheblich gegen die Ordnung verstoßen

hat, je nach Schwere der Verfehlung mit der Note „ungenügend“ bewerten oder den Beamten von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen; im letzteren Fall gilt die Prüfung als nicht bestanden.

- (2) Stellt sich innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Prüfung heraus, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 oder 2 vorlagen, so kann der Prüfungsausschuß die Prüfung für nicht bestanden erklären. Falls der Prüfungsausschuß, der die Prüfung abgenommen hat, nicht mehr zusammenzutreten kann, entscheidet ein anderer Prüfungsausschuß, der vom Vorsitzenden des Kuratoriums bestellt wird.

§ 23 Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten

Der Beamte kann innerhalb eines Jahres, jedoch frühestens zwei Wochen nach Beendigung der Prüfung, auf Antrag seine schriftlichen Prüfungsarbeiten und die dazugehörigen Beurteilungen bei der Polizei-Führungsakademie unter Aufsicht einsehen. Die Anfertigung von Abschriften oder Ablichtungen — auch auszugsweise — ist nicht zulässig.

§ 24 Verbleib der Prüfungsakten

Die Prüfungsakten verbleiben bei der Polizei-Führungsakademie. Die während des Lehrgangs geschriebenen Klausurarbeiten können nach Ablauf von zwei Jahren, die schriftlichen Prüfungsarbeiten nach Ablauf von 10 Jahren seit Beendigung der Prüfung vernichtet werden.

§ 25 Inkrafttreten

Die Prüfungsordnung vom 2. Mai 1973 tritt in der geänderten Fassung am 15. Mai 1975 in Kraft.

Hiltrup, 17. März 1975

gez. Krampol
Der Vorsitzende des Kuratoriums
bei der Polizei-Führungsakademie

581

Änderung der Verpflegungsvorschrift für die staatliche Vollzugspolizei — VfdP 660/HE — vom 14. Dezember 1967 (StAnz. S. 1613);

hier: Berechnung der Tagesteilverpflegung

I.

Nummer 6 der Verpflegungsvorschrift für die staatliche Vollzugspolizei — VfdP 660/HE — vom 14. Dezember 1967 (StAnz. S. 1613) erhält folgende Fassung:

6. Verpflegungsgeld und Tagesverpflegung

(1) Die Höhe des Verpflegungsgeldes für eine Tagesverpflegung und die bei der Ausgabe von Tagesteilverpflegung auf Morgen-, Mittags- und Abendkost eines Kalendertages entfallenden Anteile werden nach Maßgabe der im Landeshaushaltsplan veranschlagten Mittel festgesetzt.

(2) Die Tagesverpflegung kann als warme oder kalte Verpflegung verabreicht werden.

(3) Als Tagesteilverpflegung wird an berechnigte Teilnehmer in der Regel nur die Mittagkost ausgegeben; die Morgen- oder Abendkost nur, wenn dienstliche Gründe es erfordern.

(4) Tagesteilverpflegung für Pflichtteilnehmer an der Gemeinschaftsverpflegung ist nur zulässig, wenn infolge besonderer dienstlicher Verhältnisse volle Tagesverpflegung nicht gewährt werden kann.

II.

Diese Änderung wird am 1. April 1975 wirksam.

Wiesbaden, 9. 4. 1975

Der Hessische Minister des Innern
III A 17 — 13 g

StAnz. 16/1975 S. 705

582

Der Hessische Minister der Finanzen**Zahlungen aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs — „Zahlungserlaß“ —**

Im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimme ich folgendes:

1. Nr. 4.10 meines Erlasses vom 19. 6. 1974 (StAnz. S. 1149) enthält folgende Fassung:

„4.10 Die Sonderregelung nach Nr. 4.5.1 bis 4.5.3 gilt nicht für nichtkommunale Träger von Maßnahmen, die investive Zuschüsse nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz erhalten. Für diese Träger richtet sich

der Mittelabruf nach VV Nr. 8 zu § 44 LHO. Dies gilt auch für Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, die einer Gemeinde (GV) zur Weiterleitung an andere Träger in ihrem Bereich bewilligt werden, soweit deren Maßnahmen an die Stelle kommunaler Maßnahmen treten. Hierfür ausgezahlte Beträge sind von der Gemeinde (GV) nach Erhalt unverzüglich weiterzuleiten.“

2. Anlage 1 zum Zahlungserlaß wird durch folgende neue Anlage I ersetzt:

Anlage 1 zum Zahlungserlaß in der Fassung vom 14. März 1975

Verwendungszweck	Kap. Titel	Fälligkeiten	Vorschriften
1. Allgemeine Zuweisungen		s. Zahlungserlaß Nr. 2	
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden	17 20—613 01		
Schlüsselzuweisungen an kreisfreie Städte	17 20—613 02		
Schlüsselzuweisungen an Landkreise	17 20—613 03		
Zuweisungen an eingegliederte ehem. kreisfreie Städte und die diese Städte aufnehmenden Landkreise	17 20—613 04		Regelung erfolgt durch Sondererlaß
Zuweisungen an den LWV nach dem Mittelstufengesetz	17 22—613 01		
Zuweisung der dem Land zustehenden Grunderwerbsteuer an die kreisfreien Städte und Landkreise	17 20—613 11		
2. Zweckzuweisungen und Sonderlastenausgleiche		s. Zahlungserlaß Nr. 3	
Zusätzliche Finanzzuweisungen an Gemeinden der Zonenrandkreise	17 20—613 05		jährlicher Sondererlaß des Mdl
Sonderzuweisung Wiesbaden	17 20—613 16	März	
Sonderlastenausgleich an ehemalige Kreisstädte	17 20—613 17		Regelung erfolgt durch Sondererlaß
Zuweisungen zu den Kosten der Lastenausgleichsämter	17 20—633 01	Febr., Mai, August, November je 1/4	Sondererlaß StAnz. 9/1974 S. 423
Schullastenausgleich	17 20—653 01	Febr., Mai, August, November je 1/4	
Laufende Zuweisungen zu den Kosten der Gesundheitsämter	17 20—ATG 71	April, Sept. je 1/2	
Erstattungspauschale an den LWV zur Abgeltung der Kosten für die Unterbringung gerichtlich eingewiesener Personen	17 22—643 01	Januar	
Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock	17 24—613 01/883 01		Regelung erfolgt im Einzelfall
Laufende Zuweisungen zur Unterhaltung von Straßen	17 30—653 02/653 04	März, August je 1/2	
Zuweisungen für den überörtlichen Personennahverkehr	17 30—653 71	Febr., Mai, August, November je 1/4	
3. Allgemeine Investitionshilfen		s. Zahlungserlaß Nr. 4	
Schulen	17 28—883 01/15		
Gesundheitsämter und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens	17 35—883 01		
Sport- und Freizeitanlagen	17 37—883 01/06		
Gemeinschaftshäuser	17 38—883 01		
Jugendhilfeeinrichtungen	17 39—883 01/07		

Verwendungszweck	Kap. Titel	Fälligkeiten	Vorschriften
Altenheime und sonstige Sozialhilfeeinrichtungen	17 40—883 01/ 02, 883 11/12		
Trink- und Abwasseranlagen Schuldendiensthilfen	17 42—623 01/ 627 01		
Kapitalzuweisungen	17 42—883 01/ 887 01		
Müllbeseitigungsanlagen	17 43—883 01/ 887 01		
4. Leistungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und nach dem hessischen Krankenhausgesetz			
Einmalige investive Zuwendungen	17 36 ATG 75/ 76	s. Zahlungserlaß Nr. 4	
Abgeltung der Pflegesätze	17 36 ATG 71	} Febr., April, Juni, Aug., Okt., Dez. je 1/6	
Zuweisungen für kurzfristige Anlagegüter	17 36 ATG 72		
Sonstige Zuweisungen für Akutkrankenhäuser	17 36 ATG 73/ 77		
5. Investitionszuweisungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse			
Laufende Zuweisungen zum Um- und Ausbau von Straßen	17 30—883 03/ 883 04	März, August je 1/2	
Sonderprogramm für gemeindlichen Straßenbau	17 30—883 15		
Beseitigung von Verkehrsnotständen	17 30—883 22/ 883 25		
Investive Zuwendungen für den öffentlichen Personennahverkehr	17 30 ATG 71 (ohne 653 71)		

Dieser Erlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Wiesbaden, 14. 3. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1117 — 1 — III B 41
StAnz. 16/1975 S. 706

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

583

Nachtrag zu den Genehmigungsurkunden der Butzbach-Licher Eisenbahn Aktiengesellschaft zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen

Auf Grund der §§ 2 Abs. 7 Nr. 3 und 11 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Eisenbahnen und Bergbahnen (EBG) vom 7. Juli 1967 (GVBl. I S. 127) und § 1 des Gesetzes über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Bahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs vom 7. März 1934 (RGBl. II S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1951 (BGBl. I S. 225), in Verbindung mit § 5 Abs. 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 29. März 1951 (BGBl. I S. 225), entbinde ich die Butzbach-Licher Eisenbahn-Aktiengesellschaft wegen erheblicher Unrentabilität mit Wirkung vom 1. Juni 1975 von der ihr nach den Genehmigungsurkunden vom 22. März 1902/17. Juli 1907 nebst den hierzu ergangenen Nachträgen obliegenden Betriebspflicht des Schienengüterverkehrs auf dem Strackenabschnitt

Münzenberg (ausschließlich) — Hof und Dorf Güll (5,37 km)

mit der Auflage, den Betrieb auf der Teilstrecke

Münzenberg (ausschließlich) — Trais Münzenberg (1,44 Kilometer)

bis 1. Februar 1976 aufrechtzuerhalten.

Die Genehmigungsurkunden gelten insoweit als geändert.

Wiesbaden, 3. 4. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III a 2 — 66 d — 10.03
StAnz. 16/1975 S. 707

584

Anweisung für die Einrichtung des Liegenschaftskatasters (KatEinrAnw):

hier: Neufassung des Abschnitts „Katasterkartenwerk“
Bezug: RdErl. des HMdF in der vom 1. 7. 1962 an geltenden Fassung (StAnz. S. 1127), zuletzt geändert durch meinen RdErl. vom 15. 3. 1974 (StAnz. S. 770, ber. S. 1086)

Aus der in Vorbereitung befindlichen Neufassung der Anweisung für die Einrichtung des Liegenschaftskatasters setze

ich auf Grund der §§ 4 und 27 des Katastergesetzes vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 256), den nachstehend abgedruckten Abschnitt 2.0 „Katasterkartenwerk“ vorweg in Kraft. Diese Neufassungen ersetzen den Abschnitt B (Nrn. 44 bis 61) sowie die Anlage 2 des Bezugserrlasses.

Da sich die Neufassung u. a. auch durch eine neue Gliederung und Abschnittsnumerierung von der bisherigen Fassung unterscheidet, ist in dem neuen Abschnitt 2.0 bei Verweisungen auf Stellen der noch gültigen bisherigen Fassung zur Verdeutlichung den Nummern die Bezeichnung „alt“ beigegefügt worden (z. B. Nr. 14 — alt).

Soweit sich aus der Neufassung auch Änderungen für bereits vorliegende Karten ergeben (z. B. bei der Bezeichnung der Flurkarten), bitte ich, die Anpassung an die Neuregelung von Fall zu Fall durchzuführen.

Wiesbaden, 20. 3. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
IV c 2 — K 4120 A — 19
StAnz. 16/1975 S. 707

Anlage

2.0 Katasterkartenwerk

2.1 Allgemeines

(1) Das Kartenwerk des Liegenschaftskatasters (Katasterkartenwerk) besteht aus

- a) der Flurkarte und
- b) der Schätzungspause.

(2) Die Flurkarte soll den Bedürfnissen von Recht, Verwaltung und Wirtschaft sowie von Planung und Statistik gerecht werden; sie dient als Grundlage für die Benennung der Grundstücke im Grundbuch (§ 2 Abs. 2 Satz 1 der Grundbuchordnung).

(3) Die Schätzungspause enthält die rechtskräftig festgestellten Bodenschätzungsergebnisse (vgl. Nr. 31 — alt) in kartenmäßiger Darstellung.

2.2 Flurkarte**2.21 Mathematische und geodätische Grundlagen**

(1) Die Flurkarte beruht auf der Gauß-Krüger-Abbildung*). Die Abbildungseinheit ist ein 3° breiter Meridianstreifen. Die Flurkarte ist nicht nur winkeltreu, sondern — infolge ihres Maßstabes (vgl. Nr. 2.23) — für den praktischen Gebrauch hinreichend längen- und somit auch flächentreu.

(2) Jedes Kartenblatt wird durch Gitterlinien des orthogonalen Koordinatensystems in der Abbildungsebene begrenzt (vgl. Nr. 2.24).

(3) Die Zuordnung des geometrischen Karteninhalts (vgl. Nr. 2.22) zum Gitternetz in der Abbildungsebene erfolgt mittels der Vermessungspunkte des Lagenetzes, die im Gauß-Krüger-Koordinatensystem bestimmt sind, durch graphische Ableitung (Kartierung) oder rechnerisch (Koordinaten). Damit werden die Vermessungspunkte geodätische Grundlage der Flurkarte.

2.22 Inhalt

In der Flurkarten sind nachzuweisen:

a) Geodätische Grundlagen

- die Vermessungspunkte des Lagenetzes mit ihren Nummern,
- die Nivellementpunkte mit ihren Höhen,
- die Schnittpunkte der am Bildrahmen (vgl. Nr. 2.24 Abs. 2) bezifferten Gitterlinien mit einer Maschenweite von 10 cm × 10 cm. Liegt dem als maßgebend anzuschenden Zahlenwerk des Liegenschaftskatasters innerhalb des Bildrahmens einer Flurkarte überwiegend ein vom Gauß-Krüger-System abweichendes Koordinatensystem zugrunde, so sind einige Gitterlinien auch dieses Systems am Bildrahmen anzureißen und zu beziffern,

b) Katastergrundriß

- die Grenzen der Verwaltungsbezirke (Land, Regierungsbezirk, Kreis und Gemeinde) und der Katasterbezirke (Gemarkung, Flur),
- die Grenzen der Flurstücke, die Grenzmarken und sonstige wichtige Grenzeinrichtungen,
- die Gebäude und sonstige dauerhafte Bauwerke von Bedeutung, ggf. mit ihrer Kennzeichnung (z. B. durch Angabe der Hausnummer, durch Bezeichnungen wie „Kirche“, „Rathaus“ und dgl.),

c) topographische Angaben

- sonstige Gegenstände und Anlagen, wenn es aus topographischen Gründen erforderlich ist,

d) beschreibende Angaben

- die Nummern der Fluren und Flurstücke (vgl. Nrn. 6 und 9 — alt),
- die Lagebezeichnung (vgl. Nr. 12 ff. — alt),
- die Nutzungsarten (vgl. Nr. 14 ff. — alt) und ihre Grenzen.

2.23 Maßstab

(1) Der Maßstab der Flurkarte ist

- a) für bebaut oder für die Bebauung vorgesehene Gebiete das Verhältnis 1 : 500,
- b) für noch nicht zur Bebauung vorgesehene, wirtschaftlich aber besonders aktive Gebiete und Gebiete mit überwiegend kleinen landwirtschaftlich genutzten Flurstücken das Verhältnis 1 : 1000,
- c) für die übrigen Gebiete das Verhältnis 1 : 2000.

(2) Für das Gebiet einer Gemarkung sollen nicht mehr als zwei verschiedene Maßstabsverhältnisse benutzt werden.

(3) Jedes Flurstück soll nur in einem Maßstab dargestellt werden. Um ein geschlossenes Kartenbild zu wahren, sind Flurstücke von ungünstiger Form und Lage (z. B. Wege, Wasserläufe und dgl.) durch Sondierung zu zerlegen.

(4) Ausnahmen von Abs. 1 und 2 bedürfen der Genehmigung des Hessischen Landesvermessungsamtes.

(5) Bei Bedarf können von den Flurkarten größeren Maßstabs Verkleinerungen hergestellt und in die Flur-

karten kleineren Maßstabes eingefügt werden. Für diese verkleinerten Darstellungen gilt nicht Nr. 2.1 Absatz 2, zweiter Halbsatz. Die Grenze des Geltungsbezirks ist besonders zu kennzeichnen.

2.24 Form, Blattschnitt

(1) Die Flurkarte ist als Rahmenkarte (vgl. Nr. 2.21 Abs. 2) auf einem transparenten Zeichenträger hoher Maßbeständigkeit zu fertigen.

(2) Der Rahmen der Kartenblätter (Bildrahmen) wird im Maßstab 1 : 2000 von den Gitterlinien gebildet, die mit vollen Kilometern beziffert sind. Die Kartenblätter der Maßstäbe 1 : 1000 und 1 : 500 sind dem Blattschnitt der Karte 1 : 2000 nach Maßgabe der Anlage 2 anzupassen.

(3) Das Bildformat beträgt im Normalfall 500 mm × 500 mm. Werden zwei west-östlich nebeneinanderliegende Flurkarten zu einem Doppelblatt zusammengefaßt, so beträgt das Bildformat 500 mm × 1000 mm. Das Format des Kartenblattes (Zeichenträger) soll in Nord-Süd-Richtung 200 mm und in Ost-West-Richtung 120 mm größer als das Bildformat sein.

(4) Die Kartenblätter sind im allgemeinen nur bis an die Grenze des Amtsbezirks des Katasteramtes auszuarbeiten.

(5) Der Bildrahmen kann in Ausnahmefällen bis zum Rand des Zeichenträgers überzeichnet werden, wenn damit die Darstellung kleinerer Restflächen auf einem besonderen Blatt vermieden wird (z. B. beim Wechsel des Maßstabes, an der Grenze des Amtsbezirks).

2.25 Bezeichnung

(1) Jede Flurkarte wird durch eine sechsstellige Nummer bezeichnet. Die ersten vier Stellen entsprechen den in Kilometern ausgedrückten Koordinaten — unter Weglassung der beiden ersten Ziffern — der südwestlichen Blattecke. Die beiden letzten Stellen werden nach Maßgabe der Anlage 2* vergeben.

(2) Sind zwei Flurkarten auf einem Zeichenträger als Doppelblatt zusammengefaßt, so erhält dieses Kartenblatt beide Kartennummern.

2.26 Herstellung

(1) Die Flurkarte entsteht in der Regel durch maßstabgetreue Kartierung (Zeichnung) der Vermessungsergebnisse. Für die Ausarbeitung gilt die Zeichenvorschrift für Katasterkarten und Vermessungsrisse.

(2) Die Kartierung (Zeichnung) kann zunächst auch als „Inselkarte“ ausgeführt werden. Sie ist jedoch sobald wie möglich dem Blattschnitt nach Nr. 2.24 anzupassen.

(3) Für die Fortführung und Erneuerung der Flurkarte gelten die Vorschriften der Fortführungsanweisung II.

2.27 Einführung der Flurkarte

(1) Die Einführung der Flurkarte ist vom Vorsteher des Katasteramtes wie folgt zu bescheinigen:

Als Flurkarte eingeführt am

Der Vorsteher des Katasteramtes

(Unterschrift)

2.28 Archivstück

Von jeder neuen Flurkarte ist eine Mikrofilmaufnahme als Archiv- und Sicherheitsstück für die obere Katasterbehörde herzustellen. Das Archivstück soll spätestens nach 25 Jahren erneuert werden.

2.3 Schätzungspause

(1) Die rechtskräftig festgestellten Ergebnisse der Bodenschätzung sind in ein transparentes Deckblatt zur Flurkarte, die Schätzungspause, zu übernehmen.

(2) Der Zeichenträger für die Schätzungspause soll die gleichen Eigenschaften besitzen wie der für die Flurkarte.

(3) Auf Antrag oder aus besonderem Anlaß kann durch gemeinsame Reproduktion von Flurkarte und Schätzungspause die Schätzungskarte hergestellt werden. Eine Schätzungskarte für den Dienstgebrauch des Katasteramtes ist nicht zu fertigen.

*) Diese wird geometrisch als konforme querachsige Berührungszylinderabbildung des Bessel-Ellipsoids in die Ebene gedeutet.

*) hier nicht abgedruckt.

585

Hessisches Landesamt
für Straßenbau

Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (StLK)

Der Bundesminister für Verkehr hat durch das allgemeine Rundschreiben Straßenbau Nr. 4/1975 den Standardleistungskatalog für 2 weitere Leistungsbereiche im Straßenbau eingeführt. Es handelt sich um die Leistungsbereiche 110 Entwässerung für Straßen und 111 Entwässerung für Kunstbauten. Ich gebe dieses allgemeine Rundschreiben zur Kenntnisnahme und Beachtung im Bereich von Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen nachstehend bekannt.

Wiesbaden, 20. 3. 1975 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
IV a 1 — 61 c *StAnz. 16/1975 S. 709*

Der Bundesminister für Verkehr
StB 12/70, 15.01/12010 Vms 75
53 Bonn-Bad Godesberg, den 28. 2. 1975

Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 4/1975
Sachgebiet 17: Vertrags- und Verdingungswesen

An die obersten Straßenbaubehörden der Länder mit Nebenabdrucken für die Regierungen oder Mittelbehörden die Autobahnämter die Straßenbauämter die Rechnungshöfe der Länder **nachrichtlich**

An die Bundesanstalt für Straßenwesen den Bundesrechnungshof

Betr.: Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (StLK)
hier: Einführung der Leistungsbereiche (LB) 110 und 111

Bezug: Mein Allgem. Rundschreiben Straßenbau Nr. 14/1974 vom 15. 8. 1974 — StB 12/70.15.01/12040 Vms 74

Anlg.: Verzeichnis der Leistungsbereiche des StLK (Stand November 1974)

I.

Mit dem o. g. Allgemeinen Rundschreiben Nr. 14/1974 wurden von mir die ersten neun Leistungsbereiche des bundeseinheitlichen, datenverarbeitungsgerechten StLK für den Bereich des Bundesfernstraßenbaues eingeführt.

Nunmehr liegen zwei weitere Leistungsbereiche

- LB 110 Entwässerung für Straßen
- LB 111 Entwässerung für Kunstbauten

als Ergebnis der Arbeiten des Arbeitsausschusses „Ausschreibung“ im EDV-Ausschuß Bund/Länder (Straßenwesen) vor.

Die sechs hauptsächlichsten Leistungsbereiche für Kunstbauten sind z. T. verabschiedet und können in Kürze herausgegeben werden. Die übrigen Leistungsbereiche sind ebenfalls in Bearbeitung und sollen nach und nach folgen (Anlage).

Druck und Vertrieb der beiden LB 110 und 111 veranlaßt die Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Köln, die ich beauftragt habe, Ihnen auf meine Kosten gesondert Exemplare in der Zahl dieses Allgemeinen Rundschreibens zuzusenden. Weitere von Ihnen benötigte Exemplare können dort auf eigene Kosten bezogen werden.

Ich führe die Leistungsbereiche 110 und 111 des StLK für den Bereich des Bundesfernstraßenbaues ein und bitte Sie, diese Unterlagen in die Vorbereitungen zur Anwendung des StLK einzubeziehen.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie den StLK auch bei Bauverträgen in Ihrem übrigen Zuständigkeitsbereich anwenden würden.

Dieses Allgemeine Rundschreiben wird im Verkehrsblatt Heft 7/1975 veröffentlicht.

II.

Das für die DV-Anwendung des StLK entwickelte Programmsystem „Ausschreibung im Straßenbau“ (ASTRA) wurde im

vorigen Jahr von der Bundesanstalt für Straßenwesen abgenommen und wird z. Z. einem systematischen Programmtest unterzogen. Einzelheiten hierzu werde ich Ihnen in Kürze mitteilen.

Im Auftrag
Prof. Dr.-Ing. Leins

Anlage zum
Allgemeinen Rundschreiben Nr. 4/1975
vom 28. Februar 1975

Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (StLK)

Verzeichnis der Leistungsbereiche des StLK
(Stand November 1974)

LB 101	Vermessung	i. B.
LB 102	Entwurf	i. B.
LB 103	Bodenerkundung	i. B.
LB 104	Baustelleneinrichtung	01/74
LB 105	Verkehrssicherung	01/74
LB 106	Erdbau	01/74
LB 107	Landchaftsbau	i. B.
LB 108	Baugruben, Leitungsgräben	01/74
LB 109	Wasserhaltung	E
LB 110	Entwässerung für Straßen	11/74
LB 111	Entwässerung für Kunstbauten	11/74
LB 112	Tragschichten	01/74
LB 113	Bituminöse Decken	01/74
LB 114	Betondecken	01/74
LB 115	Pflaster, Platten, Borde, Rinnen	01/74
LB 116	Gerüste, Behelfsbrücken	E
LB 117	Tief-Gründungen	E
LB 118	Kunstbauten aus Beton, Stahl- und Spannbeton	E
LB 119	Mauerwerk für Kunstbauten	E
LB 120	Kunstbauten aus Stahl	i. B.
LB 121	Lager-, Übergänge, Geländer für Kunstbauten	E
LB 122	Oberflächen- und Korrosionsschutz	i. B.
LB 123	Abdichtungen und Fugen für Kunstbauten	E
LB 124	Leiteinrichtungen	i. B.
LB 125	Verkehrszeichen	i. B.
LB 126	Lichtzeichenanlagen	i. B.
LB 127	Beleuchtung	i. B.
LB 128	Zäune	E
LB 129	Sonstige Ausstattung	i. B.
LB 190	Stundenlohnarbeiten	01/74

Erläuterung:

- 01/74 = Buchausgabe des LB, z. B. Ausgabe Januar 1974, liegt vor.
- E = Entwurf des LB liegt zur Verabschiedung vor.
- i. B. = Entwurf des LB befindet sich in Bearbeitung.

586

Änderung der Richtlinien für das Bescheinigungsverfahren nach § 4 Abs. 1 Nr. 11 des Grunderwerbsteuergesetzes bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (StAnz. 1970 S. 1713 ff.)

Mit Genehmigung des Vierten Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der rückwirkend zum 1. 1. 1975 in Kraft tritt, ist eine Neuabgrenzung der Fördergebiete vorgenommen worden.

Zu den unter Ziffer 2.2 der vorgenannten Richtlinien aufgeführten Fördergebieten kommen hinzu:

- der Landkreis Waldeck-Frankenberg,
- die Städte Allendorf und Neustadt im Landkreis Marburg-Biedenkopf und
- die Gemeinde Heidenrod, Untertaunuskreis.

Zu den unter 2.4. genannten gewerblichen Entwicklungsschwerpunkten gehört nunmehr auch die Stadt Allendorf.

Wiesbaden, 2. 4. 1975 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
II a 2 — 31 n 06 03 *StAnz. 16/1975 S. 709*

587

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Ungültigkeitserklärung in Verlust geratener Dienstaussweise für Forstbeamte des Landes Hessen

Folgende vom Regierungspräsidenten in Darmstadt ausgestellten Dienstaussweise für Forstbeamte des Landes Hessen sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Nr.	Ausweis-Ausstellungsdatum	Name	Amtsbezeichnung	Forstamt
1022	18. 10. 1972	Paul Schneider	Oberförster	Ewersbach
1101	18. 10. 1972	Karl Rohrbeck	Revierförster	Rod a. d. W.
1255	30. 11. 1972	Heinrich Fehl	Oberförster	Burgjoß
1582	2. 1. 1973	Erhard Knobloch	Revierförster	Königstein
1693	12. 1. 1973	Dietrich Schack	Oberförster	Darmstadt

Wiesbaden, 24. 3. 1975

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
III A 1 — 2030 — B 15
StAnz. 16/1975 S. 710

588

Personalmeldungen

Es sind

A. im Bereich des Präsidenten des Hessischen Landtags

ernannt:

zum Oberregierungsrat Regierungsrat (BaL) Wolfgang Berger (1. 4. 1975);

zum Oberregierungsrat (BaL) Oberregierungsrat z. A. (BaP) Philipp Klinger (13. 3. 1975);

zum Oberregierungsrat z. A. (BaP) Herbert Grauel (27. 3. 1975);

zum Regierungsrat (BaL) Regierungsrat z. A. (BaP) Harald Prochnow (13. 3. 1975);

zum Regierungsrat z. A. (BaP) Jürgen Michaelis (1. 2. 1975);

zum Amtsrat z. A. (BaP) Franz Becker (27. 3. 1975);

zum Amtmann Oberinspektor (BaL) Walter Haybach (2. 12. 1975);

versetzt:

vom Fernmeldeamt Wiesbaden Techn. Fernmeldehauptsekretär (BaL) Karl Roßel (1. 2. 1975).

Wiesbaden, 3. 4. 1975 Hessischer Landtag
V 8 b 06

StAnz. 16/1975 S. 710

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungsbezirk Kassel

bei der Landeskriminalpolizei

ernannt:

zu Kriminalkommissaren die Kriminalobermeister (BaP) Harald Heppel, Krim.-Kommissariat Eschwege, Volker Schibat, Krim.-Kommissariat Korbach, Klaus Rehs, Krim.-Kommissariat Fritzlar, Herbert Sohn, Pol.-Direktion Marburg (L.), die Kriminalhauptmeister Werner Zacke (BaP) Pol.-Direktion Marburg (L.), Klaus Wenzel (BaL) Pol.-Direktion Fulda (sämtlich 23. 12. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeiobermeister (BaP) Gerhard Frankfurth, Krim.-Kommissariat Fritzlar (21. 1. 1975), Rolf Grimmelbein, Pol.-Direktion Marburg (L.) (22. 2. 1975), Kriminalobermeister (BaP) Robert Steiner, Pol.-Direktion Marburg (L.) (24. 2. 1975), Kriminalhauptmeister (BaP) Wolfgang Wieser, Pol.-Direktion Marburg (L.) (20. 1. 1975);

entlassen:

Kriminalmeister (BaP) Michael Bertus, Krim.-Kommissariat Fritzlar (28. 2. 1975) gem. § 41 Abs. 1 HBG.

Kassel, 20. 3. 1975

Der Regierungspräsident
P/1 7— o 16/03 B

StAnz. 16/1975 S. 710

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Regierungsbezirk Darmstadt

Gymnasien

ernannt:

zu Studienräten/Innen z. A. (BaP) die Assessoren/Innen des Lehramts Margarete Küchenberg, Langen, Elisabeth Koscher, Wächtersbach, Hans Bahmer, Hungen, Hannelore Becker-Howahrde, Bad Schwalbach, Gisela Merten, Wiesbaden, Volkhart Müller, Dieburg, Werner Wagner, Lampertheim, Henner Bernhardt, Haiger, Klaus-Dieter Keßler, Oberursel, Karl Hubbe, Wetzlar, Michael Wolff, Frankfurt (M.), Thomas Kuhn, Nieder-Roden, Monika Meyse, Frankfurt (M.), Klaus-Jochem Mank, Launsbach, Edith Seipel, Gelnhausen, Klaus Steinmetz, Hochheim, Carola Sandforth-Flottrung, Schwalbach, Georg Hofmann, Eckhard Woite, beide Dieburg, Gisela Molitor, Frankfurt (M.), Dr. Gerd Maas, Biebertal, Hans Overbeck, Friedberg, Wolfgang Meyer, Gießen, Manfred Paulus, Darmstadt, Heinz Diekmann, Offenbach, Michael Krüger, Haiger, Rainer Knaut, Frankfurt (M.), Wilma Wolff, Gießen, Günther Wiprich, Hochheim (M.), Reinhard Klüh, Friedberg, Dorothee Gaile, Barbara Harnisch, beide Gießen, Adelheid Köhler, Braunfels, Edith Keller, Groß-Bieberau, Hubert Bausch, Limburg, Klaus Schimpf, Großkrotzenburg, Albert Jung, Groß-Bieberau, Joachim Astemer, Offenbach (M.), Helga Stapf, Wiesbaden, Harald Ketzer, Offenbach (M.), Walter Kern, Frankfurt (M.), Heinz Krauss, Hallersheim, Renate Schamp, Wsb.-Klarenthal, Falko Fritsch, Wächtersbach, Verena Listl, Frankfurt (M.), Wilfried Bode, Dillenburg, Uwe Faulhammer, Gießen, Wolfgang Hermann, Frankfurt (M.), Günter Knop, Gießen, Christa Kern, Darmstadt, Hildegard Bentfeld, Nidderau, Hermann Trost, Gelnhausen, Bettina Grün, Büdingen, Hannes Weihs, Bischofsheim, Wolfram Waltemathe, Nidderau, Hans Barth, Butzbach, Franz Kammer, Bad Nauheim, Liselotte Käbisch, Bleidenstadt, Horst Stähler, Limburg, Gudrun Bethke, Bad Homburg, Linda Bornscheuer, Gießen, Joachim Hellwig,

Wsb.-Bierstadt, Wolfgang Budde, Groß-Gerau, Dr. Peter Bürgel, Darmstadt, Ludwig Brunnengräber, Bensheim, Klaus-Dietmar Hahn, Groß-Gerau, Dr. Gertrud Franz-Roth, Wiesbaden, Udo Papendieck, Neu-Isenburg, Gerhard Göttmann, Frankfurt (M.), Armgard Milleville, Grünberg, Ilse Herzog, Frankfurt (M.), Hartmut Gram, Erlensee, Brigitte Goller, Karl Glas, beide Neu-Isenburg, Helmut Kaulfuss, Schwalbach, Ursula Kaster (Frankfurt (M.)), Uwe Seibert, Rüsselsheim, Wolfgang Buchholz, Seeheim a. d. B., Brigitte Bark von Pezold, Frankfurt (M.), Michael Rohowski, Mühlheim, Günter Wetzel, Bensheim (sämtlich 1. 2. 1975), Ludwig Hentschel, Offenbach (M.) (4. 2. 1975), Dieter Klein, Freigericht, Gertrud Krapp, Wiesbaden, Reinhard Kamp, Taunusstein, Bärbel De Riz, Wallrabenstein, Karl Tramer, Georg Geibel, beide Frankfurt (M.), Gisela Menge, Darmstadt, Harald Tilly, Bensheim, Corinna Zillig, Groß-Gerau, Mechthild Prüfert-Schmitz, Frankfurt (Main), Waldtraut Biedermann-Finger, Gießen (sämtlich 1. 2. 1975), Wiltrud Stock, Grünberg (6. 2. 1975), Hans-Peter Kock, Oberursel, Norbert Hahn, Wiesbaden, Rüdiger Fleischhacker, Limburg, Rudolf Ganzmann, Brigitte Becker, Annelore Hartmann, sämtlich Frankfurt (M.), Dr. Jürgen Krämer, Darmstadt, Horst Guckelsberger, Gießen, Klaus Ferro, Offenbach (M.), Albert Hoffmann, Grünberg, Anita Föhl, Offenbach (M.), Bernd Wiederhold, Groß-Gerau, Christl Kayser, Ulrich Kayser, beide Weilburg, Christiane Irmiler, Darmstadt, Wolfgang Roeb, Gelnhausen, Monika Siebel, Kelkheim, Karin Hesse, Bürstadt, Heinrich Bengel, Groß-Gerau, Ursula Roland, Nieder-Roden (sämtlich 1. 2. 1975), Sigrid Faber, Seligenstadt (3. 2. 1975), Elfriede Hermann, Christa Herding, Frankfurt (M.), Fritz-Hans Kimmel, Wiesbaden, Renate Zilske, Bürstadt, Werner Obländer, Frankfurt (M.), Maria Wurmbach, Haiger, Peter Wüntscher, Rauenheim, Bernhard Pellinghoff, Reiner Sonntag, beide Frankfurt (M.), Ulf-Dietrich Rohde, Langenselbold, Dr. Hans-Jürgen Fuchs, Großen-Buseck, Franz Daniels, Kronberg, Siegfried Göckel, Frankfurt (M.), Irmentraud Hahn, Wsb.-Bierstadt, Dieter Graulich, Offenbach (M.), Hiltrud Greil, Frankfurt (M.), Johannes Galonska, Bürstadt, Peter Emmerich, Offenbach (M.), Dietmar Reuter, Oberursel (sämtlich 1. 2. 1975), Johannes Metz, Büdingen (5. 3. 1975), Horst Kneip, Wiesbaden, Ulrich Weber, Offenbach (M.) (sämtlich 1. 2. 1975),
frühere Studienassessorin Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg (1. 2. 1975);

zu **Studienräten** Studienräte z. A. (BaP) Wilhelm Werner, Dillenburg (7. 2. 1975), Horst Küster, Gernsheim (10. 2. 1975);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Marina Pelzer, Darmstadt (6. 2. 1975), Eva Gekeler, Wächtersbach (13. 2. 1975), Norbert Fritz, Darmstadt (20. 2. 1975), Helgard Racker, Darmstadt (6. 2. 1975), Johanna Reisky, Darmstadt (4. 2. 1975), Hartmut Eisenträger, Weilburg (3. 2. 1975), Rosemarie Papadopoulou-Killius, Frankfurt (M.) (9. 12. 1974), Ursula Mitlewski, Darmstadt (20. 2. 1975), Harald Zimmermann, Wetzlar (1. 2. 1975), Adolf Sauerwald, Wetzlar (13. 2. 1975), Fritz Hild, Dillenburg (21. 2. 1975), Ursula-Verena Strümpe, Hanau (5. 2. 1975), Hartmut Rückert, Solms (10. 2. 1975), Dieter Pochop, Erlensee (30. 1. 1975), Wilfried Göbel, Hadamar (13. 2. 1975), Christina Hinkel, Bad Vilbel, Werner Geist, Hanau (M.) (beide 4. 2. 1975), Johann-Georg Kiefer, Maintal 1 (17. 2. 1975), Edith Haase, Brigitte Xanthopoulos, beide Hanau (M.) (beide 12. 2. 1975), Dieter Breiholz, Darmstadt (14. 2. 1975), Gertraud Schäfer, Hanau (M.), Gisela Schulz, Bad Vilbel (beide 4. 2. 1975), Heiner Nizschke, Bruchköbel (3. 2. 1975), Brigitte Walgarth, Butzbach (4. 2. 1975), Gerd Johannsen, Friedberg (4. 2. 1975), Ursel Mehnert, Hanau (M.) (5. 2. 1975), Manfred Henke, Hanau (M.) (10. 2. 1975), Klaus Rainer Stutte, Darmstadt (12. 2. 1975), Erika Zoppa, Friedberg (4. 2. 1975), Burkhard Wellenkötter, Laubach (10. 2. 1975), Wolfgang Behrenbruch, Frankfurt (M.) (3. 2. 1975), Ulrike Thomas, Gernsheim (10. 2. 1975), Renate Wagemann, Grünberg (25. 2. 1975), Dietfried Kienast, Gießen (20. 2. 1975), Hadmut Hindorf, Michelstadt (27. 2. 1975), Heinz-Dieter Dalicho, Darmstadt (8. 2. 1975), Wilfried Göbel, Hadamar (13. 2. 1975), Ingeborg Schulze, Gießen (5. 2. 1975), Bernd Schmäche, Frankfurt (M.) (7. 2. 1975), Werner Frühauf, Hanau (4. 2. 1975), Gisela Eis, Heusenstamm (12. 2. 1975), Berndt Reinhardt, Bensheim (1. 3. 1975), Gerhard Keiner, Gießen (1. 2. 1975), Kurt-Heinrich Schulze, Gießen (20. 2. 1975), Ulrike Schatz, Ober-Ramstadt (4. 3. 1975), Armin Kleist, Frankfurt (M.) (14. 2. 1975), Renate Rückriegel, Freigericht (4. 2. 1975), Heide Kimmel, Bad Homburg (27. 1.

1975), Manfred Schwahn, Hanau (M.) (4. 2. 1975), Horst Lachmann, Hanau (M.) (14. 2. 1975), Freya Leibl-Wawarta, Hofheim (Ts.) (1. 2. 1975), Erhard Siegel, Bad Homburg (12. 2. 1975), Dr. Ortrud Schweser, Bad Homburg (7. 2. 1975), Charlotte Busse, Manfred Schüler, beide Königstein (beide 4. 2. 1975), Winfried Brückner, Königstein (6. 2. 1975), Albrecht Reuter, Bad Homburg (12. 2. 1975), Ewald Neher, Frankfurt (M.) (5. 2. 1975), Manfred Pöschl, Offenbach (M.) (1. 2. 1975), Edith Nungeßer, Darmstadt (10. 2. 1975), Herbert Rößler, Wiesbaden (24. 2. 1975), Peter Jakob, Frankfurt (M.) (7. 2. 1975), Wolfgang Kilb, Ehringshausen (25. 1. 1975);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Jürgen Skiba, Hanau (M.) (22. 4. 1974), Wilhelm Straka, Wetzlar (1. 4. 1975), Herbert Schweiger, Gießen (1. 4. 1975), Dieter Geier, Werner Eisenstein, Diethart Bucker, alle Wetzlar (sämtlich 1. 4. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Studienräte (BaP) Wilhelm Werner, Dillenburg (14. 2. 1975), Rainer Tempel, Gelnhausen (13. 2. 1975);

in den **R u h e s t a n d** getreten:

Oberstudienrätin Katharina Hansult, Dillenburg (31. 1. 1975);

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Rüdiger Mannweiler, Usingen (31. 1. 1975);

die Oberstudienräte/innen Irene Sangk, Hofheim/Ts., Gertrud Pietzsch, Bensheim, Heinz Bingel, Frankfurt (M.) (sämtlich 31. 1. 1975), Hildegard Laux, Bad Nauheim (30. 9. 1974), Hans Georg Goerke, Darmstadt (31. 1. 1975), Dr. Günther Glogner, Laubach (31. 7. 1975), Dr. Erika Mergell, Frankfurt (M.) (31. 3. 1975);

Direktor einer Gesamtschule Adolf Kilb, Wallrabenstein (31. 1. 1975);

entlassen:

Studienreferendar Peter Schröder, Frankfurt (M.) (31. 12. 1974);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen
ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** Horst Nadler, Groß-Gerau, Ute Müller, Volker Müller, Christa Morgenroth, Oberursel, Gabriele Müller, Groß-Gerau, Marga Kuhaupt, Dillenburg, Doris Schmähling, Heusenstamm, Edda Rompf, Dillenburg, Heide Uhlemann, Offenbach (M.), Hannelore Müller-Klausch, Heusenstamm, Renate Gerhard, Reinheim, Rudolf Gebauer, Offenbach (M.), Marion Glaab, Oberursel, Eva-Maria Grainger-Smith, Waltraud Henkes, Frankfurt (M.), Günter Horny, Groß-Gerau, Ursula Bekker, Margot Böcher, Wiesbaden, Eva-Maria Kröckel, Bad Soden, Gudrun Waldschmidt, Limburg (L.), Holger Lück, Wetzlar, Gerhild Sachs, Wiesbaden, Marianne Roth, Hanau (M.), Renate Sabelberg, Wetzlar, Hans-Jürgen Rosenplänter, Wiesbaden, Hildegard Rückert, Hanau (M.), Petra Roth, Gabriele Rode, Gießen, Brigitte Roß, Heppenheim, Anne Reitz, Gelnhausen, Renate Dutz, Offenbach (M.), Margarete Eisenhut, Bad Soden, Elke Drobek, Darmstadt, Johanna Ergh, Frankfurt (M.), Christa Fassmann, Groß-Gerau, Ursula Dorsch, Offenbach (M.), Inge Mörschel, Friedberg, Hannelore Werner, Wetzlar, Hiltrud Metzner, Groß-Gerau, Silvia Sperling, Darmstadt, Georg Schmadt, Heiga Schenk, Kornelia Leupoldt, Frankfurt (M.), Brigitte Müller-Lojahn, Offenbach (M.), Herbert Weinig, Reinheim, Friederike Wickel, Dillenburg, Volker Wolf, Reinheim, Magdalene Zentek, Bad Soden, Esther Wolters, Frankfurt (Main), Anette Zartner, Ruth Seidel vereh. Schuster, Wetzlar, Gabriele Voss, Heidi Vogl, Frankfurt (M.), Rosemarie Grünert, Darmstadt, Michael Hammerschmitt, Barbara Heilig, Frankfurt (M.), Renate Herber, Wiesbaden, Margit Henze, Oberursel, Werner Helfenstein, Roswitha Dietze, Frankfurt (M.), Theodor Martin, Wetzlar, Martina Heilmann, Monika Memmler, beide Oberursel, Anna Stork, Gießen, Alexander Taitl, Wiesbaden, Heidemarie Gärtner, Reinheim, Joachim Effenberger, Hanau (M.), Helga Wotzka vereh. Ehmke, Frankfurt (M.), Inge Endres, Heusenstamm, Hans Fahr, Gelnhausen, Gudrun Emrich, Wiesbaden, Ursula Eisinger, Matthias Edeling, Darmstadt, Gisela Dotzauer, Frankfurt (M.), Herta Eckmann, Darmstadt, Ga-

briele Faßbinder, Friedberg, Monika Bücher verch. Enders, Wiesbaden, Maria Lahnstein-Ulrich, Darmstadt, Elke Koch, Frankfurt (M.), Angelika Popp, Wetzlar (sämtlich 1. 2. 1975), Christian Zimmermann, Frankfurt (M.) (6. 2. 1975), Bärbel Nohl, Wetzlar, Gerhard Nollau, Oberursel, Elke Pfaff, Reinheim, Sylvia Odenwald, Wetzlar, Rolf Ohnesorge, Groß-Gerau, Marianne Oitmann, Oberursel, Klaus Meyers, Groß-Gerau (sämtlich 1. 2. 1975), Marianne Kieffer, Frankfurt (M.) (3. 2. 1975), Ulla Andres, Reinheim, Petra Aich, Oberursel, Dorothea Arnold, Offenbach (M.), Gisela Matern, Heppenheim, Carmen Przykalla, Oberursel, Karl-Heinz Kreß, Frankfurt (M.), Ursula Schneider, Wiesbaden, Gerhard Schreiber, Frankfurt (M.), Sigrd Scholz, Bad Soden, Adelheid Klauer, Frankfurt (M.), Gabriele Rückert, Offenbach (M.), Evelyn Römmelt, Christine Rosentreter, Groß-Gerau, Günter Roth, Ilona Rüksamen, Oberursel, Elisabeth Röder, Offenbach (M.), Wilfried Sterlike, Frankfurt (M.), Ursula Fack, Groß-Gerau, Margarete Erker, Frankfurt (M.) (sämtlich 1. 2. 1975), Maria-Anna Dross, Dillenburg (5. 2. 1975), Uta Dosch, Heppenheim (1. 2. 1975), Roswitha Hackler, Wetzlar (13. 2. 1975), Christa Kottmann, Gießen (14. 2. 1975), Günter Griebenow, Frankfurt (M.), Horst Helmut Adamitz, Offenbach (M.), Renate Nyssen, Christiane Ostersezer, Frankfurt (M.) (sämtlich 1. 2. 1975), Klaus Pflüger, Groß-Gerau (12. 2. 1975), Helga Ruhland, Reinheim, Jutta Rosenplänter, Wiesbaden, Christiane Lenke verch. Riese, Oberursel, Gerd Stockhausen, Frankfurt (Main), Gudrun Elsner, Limburg, Angelika Bendlin, Reinheim, Ursula Beckmann, Groß-Gerau, Silvia Berberich, Darmstadt, Lydia Best, Bad Soden, Elisabeth Radlinger, Groß-Gerau, Rita Laser verch. Ebert, Darmstadt, Herbert Leupoldt, Frankfurt (M.), Karin Lotz, Offenbach (M.), Götz von Lojceski, Helmut Lepper, Wetzlar, Ingeborg Leinberger, Oberursel, Annerose Lauber, Wiesbaden, Renate Löffler, Bad Soden, Wolfgang Leininger, Wiesbaden, Marie-Helene zur Linde-Schönheit, Oberursel (sämtlich 1. 2. 1975), Christiane Lösch, Reinheim, Margit Lellmann, Limburg (beide 5. 2. 1975), Winfried Leichtfuß, Limburg (L.), Gerd-Uwe Litschen, Bad Soden, Angela Brand, Renate Brand, Wetzlar, Günther Brass, Oberursel, Wolfgang Bolte, Marion Boller, Jürgen Born, Marion Brusset, sämtlich Friedberg, Elke-Maria Appel, Martina Bantow, beide Offenbach (Main), Volker Backöfer, Heppenheim (sämtlich 1. 2. 1975), Manfred Lieske, Wetzlar (12. 2. 1975), Bernd Rakelmann, Oberursel (1. 2. 1975), Eva Renner, Offenbach (M.) (4. 2. 1975), Birgit Rau, Wiesbaden, Margarete Pöttcher, Ingrid Pichl, Reinheim, Sabine Reimold verch. Brand, Oberursel, Renate Bräuninger, Astrid Branner, Bad Soden, Renate Bolz-Wagner, Frankfurt (M.), Helga Brückner, Wetzlar, Dorothea Breckner, Darmstadt, Volkmar Baulig, Frankfurt (M.), Heidi Linder-Dyck, Oberursel, Carola Lotz, Rosemarie Löffler, beide Gelnhausen, Susanne Müller, Wiesbaden, Norbert Sattler, Frankfurt (M.), Renate Sander, Oberursel, Helene Sargut, Frankfurt (M.) (sämtlich 1. 2. 1975), Wolfgang Rehmert, Heusenstamm, Gudrun Rempel verch. Reuschl, Gelnhausen, Thomas Roepke, Bad Soden (sämtlich 1. 2. 1975), Ingrid Laube, Offenbach (M.), Eva-Maria Liesner, Wetzlar, Renate Schmelze, Heusenstamm, Monika Roepke, Oberursel, Maria Rust, Frankfurt (M.), Michael Engelmann, Wiesbaden, Manfred Rupp, Oberursel, Gustav Semiller, Wiesbaden, Barbara Seitz, Offenbach (Main), Hermann Schäfer, Wetzlar, Gertrud Pollaert, Darmstadt, Karl-Heinz Pithan, Dillenburg, Yvonne Menne, Bad Soden, Birgit Pickrahn, Dillenburg, Magdalene Kreckel, Limburg, Helga Lenz, Reinheim, Ingrid Liefold, Dillenburg, Gerhard Löffler, Gelnhausen, Elke Lischke, Bad Soden, Adelheid Loretz, Darmstadt, Peter Schardt, Limburg, Ulrike Skrinjar, Groß-Gerau, Gabriele Bauer, Limburg (sämtlich 1. 2. 1975), Hildegard Grimm, Friedberg (19. 2. 1975), Christa Hartmann, Limburg (13. 2. 1975), Regina Sproll, Heidemarie Sperl, Frankfurt (M.), Irmtraud Simon, Limburg, Gretel Merdan, Darmstadt (sämtlich 1. 2. 1975), Bettina Solbach, Wetzlar (3. 2. 1975), Annemarie Panteleit, Hanau, Hans-Joachim Hartmann, Limburg, Eva Fuchslocher, Frankfurt (M.), Hannelore Fienemann, Oberursel, Kolliope Franke-Xenakis, Frankfurt (M.), Ute Fröder, Groß-Gerau, Walter Kaiser, Hannelore Trost, beide Limburg, Günther Vogel, Friedberg, Inge Keil, Limburg, Melitta Engel, Wiesbaden, Wolf-Dieter Pie, Friedberg, Melanie Ott, Limburg, Hans-Günther Mainusch, Groß-Gerau, Dieter Freymann, Darmstadt, Marlis Ziegenhain, Limburg (sämtlich 1. 2. 1975), Volker Ziel, Friedberg (14. 2. 1975), Manfred Weber, Limburg (13. 2. 1975), Klaus-Dieter Wenzel, Wetzlar (12. 2. 1975), Hubert Wenzel, Hanau (3. 2.

1975), Walter Lotz, Frankfurt (M.) (1. 2. 1975), Margit Schneider, Dillenburg (24. 2. 1975), Thomas Blume, Limburg (14. 2. 1975), Martina Feiertag, Georg Fischer, Oberursel, Anneliese Lang, Limburg, Gabriele Christeas, Oberursel, Annemarie Fellmann, Offenbach (M.), Jutta Ladwig, Gelnhausen, Wilfried Michel, Frankfurt (M.), Raimund Darmstadt, Oberursel (sämtlich 1. 2. 1975);

zu apl. Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Marianne Roß, Schlüchtern, Edmund Weins, Bad Soden, Brigitte Schmidt, Oberursel, Elfie Schneider, Erbach, Jitka Petracek, Darmstadt (sämtlich 1. 2. 1975), Monika Boldt, Friedberg (1. 8. 1974), Felicitas Patzner, Frankfurt (M.) (31. 1. 1975), Recka Pröh, Bensheim (1. 2. 1975);

zur Inspektorin z. A. (BaP) Verwaltungsangestellte Edith Kittel, Friedberg (1. 4. 1975);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Gerd Reinheimer, Groß-Gerau, Annette Kress, Schlüchtern, Nadja Werner, Reinheim, Gabriele Landmann, Hans-Joachim Schulz, Heusenstamm, Rainer Kaufmann, Offenbach (M.), Dieter Josten, Wolfgang Hippauf, Heusenstamm, Helgard Hintz, Wetzlar, Ernst-Günter Bauer, Heppenheim, Gisela Granzer, Offenbach (M.), Christrun Gehrling, Darmstadt, Renate Plank, Offenbach (M.), Bruno Persichilli, Brigitte Jung, Heusenstamm, Brigitte Püschel, Gerd Jahn, beide Offenbach (M.), Hubert Frank, Friedberg, Karoline Bosco, Gernsheim, Brigitte Fischer, Schlüchtern, Barbara Wendt, Seligenstadt, Friedrich Werner, Offenbach (M.), Christel Neißner, Gießen, Monica Stieler, Heusenstamm, Waltraud Löbel, Wetzlar, Regina Pfeil, Groß-Gerau, Stephan Schenk, Gelnhausen, Gisela-Edith Müller, Offenbach (M.), Monika Scheel, Bad Schwalbach, Anita Kirchner, Offenbach (M.), Birgit Struppmann, Rüdeshelm, Ursula Schmidtke, Friedberg, Doris Schmidt, Klaus Schmidt, beide Limburg (L.), Lieselotte Jochemczyk, Wetzlar, Ernst Müller, Klaus Zänger, beide Heusenstamm, Werner Zietz, Volker Mäkelburg, beide Offenbach (M.), Dagmar Schmidt, Gertrud Schmitt-Schieferstein, beide Wetzlar, Karin Horst, Groß-Gerau, Heide Kruczlnna verch. Sauer, Dillenburg, Beate Marquardt, Heppenheim, Margret Dietrich, Wetzlar, Ingrid Schmidt, Wiesbaden, Rainer Staab, Gelnhausen, Brigitte Stegen, Nd.-Ohmen, Klaus Wiederspahn, Heusenstamm, Edmund Ruckes, Heda Rossberg, Limburg, Bernd Schupp, Camberg (Ts.), Sven-Olaf Dethlefsen, Hungen, Cornelia Schardt, Erbach, Jürgen Engert, Barbara Faul, Katrin Erbguth, Heppenheim, Judith Schrader, Rüdeshelm, Ulrike Schmidt, Gelnhausen (sämtlich 1. 2. 1975), Charlotte Becker, Heusenstamm (1. 8. 1974), Marianne Glatz, Ursula Kowalke, beide Darmstadt, Gerhard Kraus, Renate Klötzl, beide Limburg, Karl Otto Herd, Gelnhausen, Inge Sporleder, Wetzlar, Claus Krafczyk, Usingen, Rudolf Seitner, Hadamar, Manfred Schmitt, Gießen, Petra Jaser, Maintal 2, Heidrun Janocke, Groß-Gerau, Katharina Gilles, Maintal 2, Manfred Pfaff, Büdingen, Josef Gleixner, Maintal 2, Hertha Frischkorn, Schlüchtern, Heinz-Wilhelm Keil, Gießen, Brigitte Jung, Limburg, Hannelore Nebel, Offenbach (M.), Jutta Henkel, Groß-Gerau, Karlheinz Euler, Claus-Peter Gebhardt, beide Gelnhausen, Klaus-Dieter Gote, Weilburg, Roswitha Jordan, Gelnhausen, Ulrich Lahr, Camberg, Herbert Landmann, Gelnhausen, Renate Müller, Groß-Gerau, Mechthild Keller, Usingen, Renate Tron, Gelnhausen, Margrit Rudolph, Gelsenheim, Ingo Rudolph, Florstadt 1, Hannelore Scheuffler, Bad Vilbel, Jochen Schmidt, Ober-Ramstadt, Horst Krause, Oberursel, Juliana Schmidt-Bräkling, Eppertshausen, Klaus-Peter Mohr, Angela Navratil, beide Erbach, Dieter Müller, Gelnhausen, Brigitte Müller, Gießen, Ellen Husel, Hilde Hinke, Oberursel, Michael Bahns, Groß-Gerau, Thomas Guntermuth, Gelnhausen, Roswitha Langer, Bad Soden, Franz Pflum, Mücke/Nd.-Ohmen, Bernd Rösler, Offenbach (M.), Frank Manus, Reinheim, Egon Purkl, Ursula Schorge, beide Frankfurt (M.), Ilse Schwalm, Mechthild Schüller, beide Gießen, Monika Ruppel, Rüdeshelm, Veronika Roth, Hadamar, Amélie Eck, Limburg, Wilhelm Müller, Dillenburg, Waltraud Nelsel, Friedberg, Hannelore Nicklaus, Heppenheim, Uta Lieber, Hanau, Helga Kalbhenn, Friedberg, Annerose Morot, Bad Soden, Anneliese Müller, Gießen, Rolf Schomber, Bad Soden, Bernhard Sehr, Limburg, Sigrun Stanislav verch. Heuser, Usingen, Anne Förster, Erbach, Ingrid Garbe geb. Roth, Wetzlar, Peter Gries, Schlüchtern, Helmut Heckl, Taunusstein 1, Helga Hecker, Alsfeld, Christa Hauch, Heusenstamm, Helga Hartmann, Darmstadt, Regina Diiter, Groß-Gerau, Lulise Schilling, Friedberg, Helga Filzek, Bad Soden, Inge Felst, Reinheim, Wolfgang Bauer, Gelnhausen, Ursula Eckermann,

Axel Kosmale, Darmstadt, Renate Treppenhauer, Bad Soden, Karla Waldmann, Frankfurt (M.), Elisabeth Leonhard, Christa Ude, Darmstadt, Heribert Volz, Frank Tritsch, beide Reinheim, Bernd Müller, Limburg, Alwin Ludwig, Nidderau, Werner Lang, Heppenheim (sämtlich 1. 2. 1975), Siegfried Thomas, Gießen (3. 2. 1975), Ursula Starke, Hanau, Alfons Strathmann, Frankfurt (M.) (beide 1. 2. 1975), Gabriele Orth, Friedberg (4. 2. 1975), Irene Paprotny, Friedberg, Rainer Pahl, Freigericht, Anita Lissowski, Gelnhausen, Irmgard Lindner, Hanau 7, Christa Meissner, Darmstadt, Lotte Kipp, Friedberg, Ilse Gieren, Oberursel 6, Irene Bauer, Groß-Gerau, Irmgard Arnold, Heusenstamm, Susanne van Geldern, Bad Soden, Gesine Gobert, Heusenstamm, Franz-Josef Arthen, Limburg, Hildegard Scholz, Seeheim, Regine Willführ, Groß-Bieberau, Heinz Weber, Idstein, Christiane Siebert, Frankfurt (M.), Wolfgang Konzack, Bad Soden, Helmut Turber, Bensheim (sämtlich 1. 2. 1975), Joachim Grabe, Erbach (5. 2. 1975), Ekkehard Blume, Dillenburg, Gerhard Boch, Bensheim, Karl-Heinz Lorenz, Heusenstamm, Heidemarie Kutzner, Heusenstamm, Isolde Kunz, Frankfurt (M.), Renate Kugehl, Heusenstamm, Annemarie Rehberg, Gießen, Elke Neumann, Darmstadt, Charlotte Stöhr, Lauterbach, Elfriede Tonding, Bensheim, Ulrich Vogel, Hanau, Brigitte Pfaff, Rüdeshheim, Angelika Peterhänsel, Cornelia Kube, beide Hanau (M.), Hans-Gerd Funk, Darmstadt, Ursula Lesch, Weilburg, Edith Hucl, Darmstadt, Ursula Clausen, Hungen, Thomas Conrad, Oberursel, Peter Rach, Aarbergen, Heinz Günter Hartmann, Taunusstein 1, Elisabeth Degen, Bad Schwalbach, Ingeborg Ulmen, Hannelore Vaillant, beide Friedberg, Michael Bernatz, Oberursel, Johannes Ressel, Aarbergen 2, Annette Kapanke, Camberg, Ernst-Peter Laux, Limburg, Adelheid Altenkirch, Idstein, Ingeborg Friedrich, Offenbach (M.), Brigitte Bayer, Seligenstadt, Gudrun Handke, Frankfurt (M.), Ulrike Mahr, Usingen, Eva Schwenecke, Gießen, Franz Reuter, Wetzlar, Ilona Spahr, Usingen (sämtlich 1. 2. 1975), Gabriele Radtke, Frankfurt (M.) (17. 2. 1975), Ellen Noll, Groß-Gerau, Felizitas Huhn, Hanau, Gerlinde Hieronymus, Reinheim, Gerda Lachmann, Frankfurt (Main), Barbara Ludwig, Siegfried Meissner, Darmstadt, Gerhild Kleinschnittger, Gießen, Hans Joachim Knapp, Dillenburg, Ursula Malsy, Oberursel, Helmut Hauf, Groß-Gerau, Christine Volz, Heusenstamm, Ulrike Schreiber, Frankfurt (M.), Eva-Maria Bleitgen, Gerhard Weck, beide Gießen, Richard Pokoy, Hofheim (Ts.) (sämtlich 1. 2. 1975), Karin Schriml, Bad Homburg (7. 2. 1975), Gudrun Hof, Reinheim, Karin Grimm, Margareta Grimme, Gießen, Ingrid Herbert, Heppenheim, Gabriele Klaffenbach, Dillenburg, Christine Mann, Rüdeshheim, Ulrike Bienau, Hanau, Wilfried Kalbhenn, Friedberg, Eva-Maria Schaffernicht, Frankfurt (M.), Heinz Kipp, Marianne Susewind, beide Friedberg, Heidemarie Mansky, Reinheim, Klothilde Mißler, Friedberg, Doris Meyer, Bad Soden, Karla Vorländer, Manfred Timpe, Gabriele Schmidt, sämtlich Frankfurt (M.), Reiner Ruckelshausen, Usingen, Hans Schindler, Friedberg, Jochem Sieber, Dillenburg, Roland Siebert, Friedberg, Marita von Mettenheim, Usingen, Hannelore Memmler, Aarbergen 2, Bernd Mathes, Friedberg, Ortrud Georg, Nora Hartmann, beide Frankfurt (M.), Volker Bauer, Bad Soden, Walter Heinz Gunkel, Hanau-Großauheim, Barbara Kollig, Brigitte Lindau, Alsfeld, Angela Krüger, Frankfurt (M.), Dagmar Kurth-Heckmann, Friedberg, Waltraud Brack, Frankfurt (M.), Gerhard Dinter, Reinheim, Ernst-Joachim Bittner, Elke Helios, Frankfurt (M.), Manfred Bock, Reinheim, Ludwig Blattner, Raunheim, Brigitte Bolenz, Frankfurt (M.), Carmen Busch, Offenbach (M.), Elisabeth Gál, Gießen, Birgit Franz, Darmstadt, Edwin Gödde, Frankfurt (M.), Fritz Hergenröder, Hanau (M.), Roswitha Eulitz, Heusenstamm, Klaus Fabian, Bad Soden, Ingrid Farnung, Lauterbach, Eckhard Hagemeister, Heusenstamm, Ursula Harnischfeger, Gießen, Berit Becker, Bad Soden, Christine Becker, Friedberg, Jutta Marrek, Dillenburg, Christa Minn, Bad Soden, Ursula Müller, Friedberg, Carola Müller, Darmstadt, Manfred Müller, Alsfeld, Gabriele Michael, Gisela Schäfer, beide Bad Soden, Anne-lore Brehm, Gelnhausen, Traude Balsler, Wetzlar, Astrid Baumgarten, Frankfurt (M.), Monika Altland, Bensheim, Jens Bachmann, Marianne Ahrens, Friedberg, Elisabeth Argelander, Bad Soden, Edeltraud Kuppler, Frankfurt (Main), Hans-Rudolf Stochl, Friedberg, Walter Strohbücker, Angela Meyer, Klaus Moor, sämtlich Bad Soden, Barbara Wermann, Heusenstamm, Ingrid Streit, Friedberg, Mechthild Müller-Peter, Wiesbaden, Ulrike Martenstein, Friedberg, Christine Mattil, Bad Soden, Dietmar Martin,

Lauterbach, Barbara Schmidt, Christine Hölzel, Frankfurt (Main), Gesine Speer, Reinheim, Hildegard Sonnenschein, Frankfurt (M.), Ernst Friedrich Puppel, Hochheim, Ulrich Bleitgen, Bad Soden, Wilfried Laux, Hadamar, Gundula Schäfer, Uwe Katzenmaier, beide Frankfurt (M.), Marita Jäger, Heusenstamm, Gerhard Kauer, Mörfelden/Walldorf, Wolfgang Lichtenberg, Erlensee, Elke Linzbach, Bad Vilbel, Gudrun Kohlwey, Frankfurt (M.), Gabriele Zimmer, Friedberg, Helga Toillie, Heusenstamm, Ute Martiny-Berné, Nidderau, Gudrun Mahr, Friedberg, Barbara Jungmann, Frankfurt (M.), Wolfgang Klapdor, Raunheim, Sylvia Klunker, Frankfurt (M.), Ingrid Paul-Neumann, Bruchköbel, Friedrich Pfeiffer, Weilburg, Monika Niedermeyer, Frankfurt (M.), Heide Decker, Heppenheim, Jutta Czerny, Hanau, Marianne Bukulin, Hofheim, Peter Duda, Frankfurt (M.), Ingrid Lang, Bad Soden, Angela Henkel, Mörfelden, Jürgen Schäfer, Groß-Bieberau, Rainer Modes, Erbach, Gabriele Topitsch, Mörfelden, Ursula Dietz-Funken, Gießen, Barbara Schmidt, Weilburg, Angelika Oberwinter, Wiesbaden, Edeltraud Wagner, Renate Hable, Frankfurt (Main), Hilmar Boucsein, Gießen, Käte Isbarn verheh. Bekker, Frankfurt (M.), Wolfgang Dworak, Hanau, Erika Herber, Frankfurt (M.), Johanna Becker, Bad Soden, Christina Bedenbender, Homberg, Gabriele Bienia, Hanau-Steinheim, Bettina Ströder, Lothar Müller, beide Frankfurt (M.), Rose-Marie Recher, Friedberg, Adelheid Knippel, Heusenstamm, Ulrike König, Bad Soden, Martin Kochanke, Raunheim, Peter Kimmel, Darmstadt, Joachim Kein, Frankfurt (M.), Claudia Lautenschläger, Kelsterbach, Jutta Zährer, Mörfelden, Rudolf Janas, Karin Cunz, Dillenburg, Renate Rieder, Groß-Gerau, Edith Ott-Büchler, Heusenstamm, Hiltraud Ogrinz, Bad Soden, Doris Fuhr, Taunusstein 2, Arnhilt Friedrichs, Gießen, Melanie Planz, Frankfurt (M.), Elke Waldau, Heusenstamm, Jürgen Klau-senitzer, Frankfurt (M.), Evelyn Zimmermann, Heusenstamm, Franz Schymalla, Nidderau, Irene Bausbach, Frankfurt (M.), Paul Uebereck, Wetzlar, Detlef Greyl, Heusenstamm, Hildegard Göttler, Elke Gerbig, Gertrud Gertz, Frankfurt (M.), Hans Schaad, Kelsterbach, Gabriele Flock-ton, Heusenstamm, Christel Pfeifer, Friedberg, Susanne Ohrloff, Heusenstamm, Fritz Sprengel, Erhard Claudy, Frankfurt (M.), Henry Danz, Alsfeld, Sigrid Bansa, Bensheim, Rüdiger Findeis, Hanau, Inge d'Amour, Bad Vilbel, Rita Bode, Lydia Schüle, Karin Schnur, sämtlich Friedberg, Michael Schuck, Giedern, Astrid Schramm, Edeltraud Klose, Petra Specht, sämtlich Heusenstamm, Heidemarie Laux, Gießen, Iris Breuer, Frankfurt (M.), Ingrid Brandt, Lauterbach, Renate Bös, Heusenstamm, Hannelore Buch-taleck, Alsfeld, Gisela Friedrich, Bad Soden, Gisela Wied, Frankfurt (M.), Manfred Zielke, Heusenstamm, Ulrike Zimmermann, Reinheim, Albrecht Schwabe, Gießen, Ursula von Schweinitz, Raunheim, Gisela Welke, Ginsheim, Brun-hilde Fiebig, Mörfelden, Christine Pietzonka, Reinheim, Gisela Zimmermann, Bad Soden (sämtlich 1. 2. 1975), Ursula Winter, Eschborn (5. 2. 1975), Renate Zippel, Bad So-den, Jutta Perk, Oberursel, Monika Pfliquett, Friedlinde Rucker, beide Darmstadt, Brigitte Büchner, Brigitte Grei-lich, Bad Soden, Ingeborg Spichal, Usingen, Doris Grote, Wetzlar, Carola Haas, Heusenstamm, Hans August Krag, Frankfurt (M.), Sigrid Eschenbacher, Offenbach (M.), Waltraut Frenz, Gießen, Wilhelm Galfe, Friedberg, Ute Ba-buin, Alexander Hofmann, beide Heusenstamm, Lothar Hoppe, Frankfurt (M.), Siegfried Freimuth, Oberursel, Günther Wolke, Gießen, Monika Thiel, Friedberg, Ulrike Kalbhenn, Alsfeld, Reinhart Uebe, Frankfurt (M.), Rose-marie Wilke, Reinheim, Waltraud Weisenseel, Bad Soden, Regina Sprengel, Friedberg, Christa Rübe, Gießen, Ger-hard Müller, Wallrabenstein, Ute Hecker, Limburg, Josef Schmit, Bad Soden, Ingeborg Schubert, Oberursel, Evelyn Holzmann, Heusenstamm, Heinrich Euler, Nidda, Heide-marie Kircher, Frankfurt (M.), Ulrike Kinkel-Wenzel, Ha-nau, Thomas Weber, Wolfgang Walter, beide Dillenburg (sämtlich 1. 2. 1975);

die apl. Lehrer/innen (BaW) Christel Werner, Dieburg (31. 1. 75), Klaus Schießer, Gelnhausen (29. 1. 75), Ernst Wachenfeld, Burg (10. 2. 75), Renate Bungert, Wiesbaden (10. 1. 75), Christa Wolf, Maintal 2 (22. 1. 75), Ingeborg Poths, Hanau (M.) (20. 1. 75), Lieselotte Evers, Darmstadt (14. 1. 75), Lieselotte Gröner-Mahr, Steinheim (12. 12. 74), Gabriele Leuchte, Nidderau (9. 1. 75), Barbara Götze, Bir-stein (16. 1. 75), Erika Kayserling, Schöneck (13. 5. 74), Elfi Rössner, Münster (4. 2. 75), Ulrike Holthaus, Groß-Zimmern (5. 2. 75), Hans Schlagberger, Biebesheim, Ulrike Stich, Bad Schwalbach (beide 17. 2. 75), Uwe Gössmann,

- Frankfurt (M) (19. 2. 75), Eva-Maria Rosner, Groß-Bieberau (6. 2. 75), Rainer Grünewald, Gemünden (10. 5. 74), Kurt-Jörg Fuchs, Schwalbach (9. 1. 75), Dieter Schmidt, Dietzenbach (13. 1. 75), Alfred Harnischfeger, Seligenstadt (17. 12. 74), Klaus Engelbach, Wetzlar (24. 2. 75), Susanne Dapprich, Nieder-Roden (18. 2. 75), Liane Lämmer, Langenselbold (6. 2. 75), Christine Sachs, Trebur (21. 12. 74), Lieselotte Wagner, Heusenstamm (6. 1. 75), Susanne Werth, Wächtersbach (15. 11. 74), Brigitte Jaganjac-Pulmer, Frankfurt (M) (4. 2. 75), Claudia Herrmann, Waldmichelbach (18. 12. 74), Edith Heiß, Lauterbach (6. 2. 75), Frank Heutger, Wächtersbach (6. 11. 74), Sylvia Graeben, Groß-Gerau (13. 1. 75), Thekla Haag, Groß-Gerau (14. 2. 75), Heidi Gattung, Eschborn (9. 1. 75), Claudia Janik, Gießen (30. 1. 75), Ilse Hasselbach-Hechler, Raunheim (27. 11. 74), Ursula Remer, Frankfurt (M.), Christa Slanarz, Offenbach (M.) (beide 14. 2. 75), Ulrich Bister, Dillenburg (31. 1. 75), Klaus Stamm, Biebergemünd (5. 2. 75), Renate Drawe, Heppenheim (12. 2. 75), Klaus Friedrich, Frankfurt (M.) (9. 1. 75), Peter Seidel, Mühlheim (19. 2. 75), Hans-Jürgen Stäcker, Dillenburg (5. 2. 75), Barbara Zintl, Frankfurt (M.) (14. 2. 1975), Maria Heiligenthal, Wiesbaden-Bleibach (5. 2. 75), Gabriele Schäffer, Frankfurt (M.) (19. 2. 75), Ursula Bäumlisberger, Groß-Gerau (17. 2. 75), Heike Hähnel, Rüsselsheim (19. 2. 75), Rosemarie Kullmann, Bad Homburg (14. 2. 1975), Karin Henschel, Nidderau (9. 1. 75), Klara Lehmann-Fuchs, Bruchköbel (6. 2. 75), Irmtraut Schaab, Wallerstädten (19. 2. 75), Werner Schrimpf, Büdingen (16. 12. 74), Hans-Peter Schütte, Frankfurt (M.) (7. 2. 75), Heinz-Dieter Schuhmann, Frankfurt (M.) (31. 1. 75), Dieter Reitz, Rüsselsheim (15. 1. 75);
- Norbert Bauer, Bensheim (3. 2. 75), Monika Weis, Hofheim (Ts.), Mariha Probst, Frankfurt (M.), Wolfgang Jeensch, Oberursel (sämtlich 1. 2. 75), Dorothea Scholz, Lampertheim (3. 2. 75);
- chem. apl. Lehrerin Renate Moore, Bad Vilbel (1. 2. 75);
- zu **Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Birgit Cibis, Wiesbaden (3. 2. 75), Margarete Braun, Limburg (20. 2. 75), Ruth Czup, Biblis (3. 2. 75), Irene Heinrich, Mainz-Kastel (6. 2. 75), Helga Prentzell, Rüsselsheim (13. 1. 1975), Renate Fröhlich, Dillenburg (31. 1. 75), Bianca Hefner, Groß-Gerau (17. 2. 75), Brigitte Hayn, Gräfenhausen (23. 1. 75), Ute Messerschmidt, Friedberg (11. 3. 75);
- zum **Realschullehrer z. A. (BaP)** Adolf Hattwig, Heusenstamm (1. 3. 74);
- zum **Lehrer an einer Sonderschule z. A. (BaP)** apl. Lehrer an einer Sonderschule (BaW) Klaus Völpel, Wiesbaden (12. 2. 75);
- zur **Taubstummeneroberlehrerin z. A. (BaP)** apl. Taubstummeneroberlehrerin (BaW) Waltraud Conrad, Friedberg (8. 1. 1975);
- zum **Lehrer Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer (BaL)** Peter Appel, Friedberg (1. 2. 75);
- zu **Fachlehrerinnen f. mus.-techn. Fächer** die Fachlehrerinnen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Waltraud Weichel, Bad König (3. 2. 75), Dorothea Bertl, Frankfurt/M. (17. 2. 1975);
- zum **Lehrer an einer Sonderschule** Lehrer (BaL) Alois Lehmann, Seligenstadt (24. 1. 75);
- zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Hildegard Weimann, Hintersteinau (23. 1. 75), Werner Hartmann, Groß-Bieberau (7. 2. 75), Charlotte Stefanie Martin, vereh. Brück, Bickenbach (20. 1. 75), Ingeborg Isenberg, Nieder-Ramstadt, Barbara Schwerdtner, Braunshardt (beide 27. 1. 75), Günter Vogt, Alsbach (10. 1. 75), Brigitte Lehmann, Frankfurt (M.) (17. 1. 75), Hannelore Lüdeling, Büttelborn (14. 1. 75), Christa Bodisch, Birkenau (5. 2. 75), Anne Jovy, Walldorf (16. 1. 75), Lieselotte Jüdt, Herbornseelbach (7. 2. 75), Vera Hammerl, Frankfurt (M.) (9. 1. 75), Werner Bert, Ueberau (12. 2. 75), Anna-Maria Nimz, Lampertheim (4. 2. 75), Sigrun Mosel, Gießen (21. 2. 75), Christa Fischer, Groß-Umstadt (19. 2. 75), Renate Hofmann, Viernheim (5. 2. 75), Regina Strauß, Hohenstein 1, Doris Werlein, Idstein (beide 14. 2. 75), Wilma Simon, Elz-Süd (17. 2. 75), Ursula Eitlich, Limburg (12. 2. 75), Felicitas Werner, Aarbergen (14. 2. 75), Sieglinde Göhde, Ober-Ramstadt (12. 2. 1975), Ingrid Heinzl, Rüsselsheim (16. 1. 75), Gisela Boß, Mainz-Kostheim (18. 2. 75), Uto Dirkes, Babenhausen (14. 2. 1975), Angelika Lutz, Herborn (7. 2. 75), Herbert Reubold, Breuberg (3. 2. 75), Renate Köhler, Offenbach (M.) (31. 1. 1975), Carola Scheps, Sprendlingen (18. 12. 74), Annegret Bauer, Bad Soden (30. 12. 74), Dieter Glöbe, Frankfurt (M.) (10. 1. 75), Gabriele Jäschke, Gießen (11. 2. 75), Brigitte Gravenhorst, Offenbach (14. 2. 75), Karin Findelsen, Waldmichelbach (8. 2. 75), Editha Brunner, Unter-Flockenbach (5. 2. 75), Manfred Gallus, Brachtal (3. 3. 75), Wolfgang Franz, Büdingen (17. 2. 75), Angelika Feuerbach, Frankfurt (M.) (14. 2. 75), Ingrid Gerner, Frankfurt (M.) (13. 1. 1975), Ingrid Glanz, Kefenrod (3. 2. 75), Helma Göppert, Hähnlein (20. 1. 75), Ursula Völzing, Wetzlar (17. 2. 75), Ursula Schöberl, Wetzlar (13. 2. 75), Helga Strödter, Wetzlar (3. 2. 75), Helga Andres, Dst.-Arheilgen (27. 1. 75), Ursula Eisner, Bad Homburg (19. 12. 74), Brigitte Regina Ebert, Erbach, Udo Emde, Neu-Isenburg (beide 12. 2. 75), Helga Scheffer, Rüdeshelm (4. 3. 75), Sabine Spce, Dietzenbach (18. 2. 75), Klaus-Jürgen Korbach, Laubach (24. 2. 75), Elke Meier, Harheim (29. 1. 75), Elke Müller, Duékoué (Côte d'Ivoire) (28. 1. 75), Maria Aschauer, Hasseiroth 1 (19. 2. 75), Marianne Altegoer, Wiesbaden (31. 1. 75), Helga Kaesle, Oberursel, Rosel Schmidt, Grünberg (beide 17. 2. 1975), Gundula Melitat, Rechtenbach (24. 2. 75), Ursula Ropenus, Ober-Roden (14. 2. 75), Viola Uebel, Frankfurt (Main) (27. 1. 75), Silvia Kwiatkowski, Friedberg (5. 3. 75), Gesine Streidl, Frankfurt (M.) (3. 2. 75), Jutta Streitzig, Gießen (7. 2. 75), Mechthild Wagner, Frankfurt (M.) (28. 1. 1975), Renate Frank, Frankfurt (M.) (9. 1. 75), Renate Körber, Gießen (26. 2. 75), Edeltraut Schneider, Gießen (14. 2. 1975), Christel Wopp, Groß-Gerau (29. 1. 75), Ursula Hallier, Altenstadt (28. 1. 75), Wolf Dieter Merkel, Schlüchtern (25. 2. 75), Elvira Merkel, Schlüchtern (28. 2. 75), Ursula Sonnenschein, Taunusstein (21. 2. 75), Gerhard Recktenwald, Egelsbach (4. 2. 75), Dagmar Kilger, Bad Soden (27. 2. 1975), Gudrun Schmidtchen, Frankfurt (M.) (10. 1. 75), Ingrid Maierhofer, Offenbach (M.) (22. 2. 75), Kerstin Gemündt, Taunusstein 1 (15. 2. 75);
- Marianne Meyer, Gießen (1. 2. 75), Christa Pennewiß, Darmstadt (1. 2. 75);
- Realschullehrer z. A. (BaP) Peter Reininger, Eschborn (Ts.) (24. 1. 75);
- zu **Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Eike Rudolph, Darmstadt (27. 1. 75), Horst Mayer, Homburg (5. 2. 1975), Monika Roggan, Wiesbaden (17. 2. 75), Karl Rotter, Linsengericht 2 (12. 2. 75), Werner Koch, Altenstadt (3. 2. 1975), Ingrid Golberg, Frankfurt (M.) (27. 1. 75), Ingeborg Heinisch, Bensheim-Auerbach (9. 12. 74), Annemarie Lehnhoff, Schmitten 3 (11. 2. 75), Manfred Letzerich, Wiesbaden (25. 2. 75), Walter Traysor, Bensheim (26. 2. 75), Angelika Greipel, Offenbach/M. (9. 1. 75), Hannegrete Ziegler, Dietzenbach (14. 2. 75);
- zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Horst Kreth, Frankfurt (M.) (10. 1. 75), Juliane Unger, Aarbergen-Michelbach, Walter Zorn, Bad Schwalbach (beide 14. 2. 75), Ulrich Prause, Camberg (12. 2. 75), Holle Maurer, Gießen (4. 2. 75), Gerd Beittler, Offenbach (M.) (14. 2. 75), Ursula Ruess, Stierstadt (13. 2. 75), Gabriele Lang, Kastel (17. 12. 74), Gerhard Länder, Offenbach (M.) (11. 2. 75), Waltraud Ley, Offenbach (M.) (30. 1. 75), Heinrich Steube, Rüsselsheim (13. 1. 75), Marianne Knieße, Wiesbaden (14. 2. 75);
- zur **Lehrerin an einer Sonderschule (BaL)** Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Christiane Hofmann, Butzbach (22. 1. 75);
- zum **Rektor einer Grundschule mit 6-15 Klassen** Lehrer Roland Kiehl, Lämmerspiel (1. 4. 75);
- berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**
- Lehrerin Ingeborg Kazda, Wetzlar (18. 2. 75), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Monika Kappatsch, Stierstadt (14. 2. 1975);
- in den Ruhestand getreten:**
- Realschullehrer Herbert Gahn, Bad Orb, Konrektor einer Haupt- und Realschule Wilhelm Arzbächer, Goddelau, Hauptlehrer Wilhelm Becker, Gießen-Röddgen, die Rektoren Wilhelm Heiß, Niddatal 1, Lorenz Ohlig, Offenbach/Main, Realschullehrer Adam Grenz, Bad König, Hauptlehrer Rudolf Höhn, Bleichenbach, Rektor einer Grund- und Hauptschule Wilhelm Kemmerer, Klein-Auheim, Lehrer Heinrich Häuser, Düdelsheim, Konrektor einer Grund- und Hauptschule Franz Kewelch, Wiesbaden (sämtlich 31. 1. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Lehrerin Lisa Wilhelm, Frankfurt (M.) (31. 3. 75), Realschullehrerin Dr. Christiane Wandel, Wiesbaden-Biebrich, Lehrer Edmund Skierka, Großauheim (beide 31. 1. 75), Rektor Wilhelm Döringer, Ober-Mörlen (30. 4. 75), Rektorin Katharina Liebig, Darmstadt, Lehrerin Else Lautenschläger, Dst.-Eberstadt (beide 31. 1. 75), Schulrat Bernhard Artur Walter Eschholz, Weilburg (31. 3. 75), Lehrer an einer Sonderschule Werner Schulz, Wiesbaden (30. 4. 75), Lehrerin Sieglinde Dürschmid, Dutenhofen (31. 1. 75), Lehrerin Ursula Brenk, Wetzlar (31. 3. 75), Lehrerin Helmuttraud Raynoschek, Frankfurt (M.), Rektor einer Haupt- u. Realschule Wolfgang Doll, Groß-Gerau (beide 28. 2. 75), Realschullehrer Karlheinz Ahlheim, Neu-Isenburg (31. 1. 1975), Rektor Albert Groß, Hainstadt (31. 12. 74), Realschullehrer Gerhard Kassmann, Bad Orb (31. 1. 75), Rektor Otto Dönges, Nidda (31. 12. 74), Lehrerin Anna Elisabeth Jatsch, Bensheim, Lehrer Wilhelm Jäger, Angersbach (beide 31. 1. 75), Lehrerin Gertrud Blochwitz, Friedberg (31. 7. 75);

entlassen:

Lehrerin Christa Maria Becker, Gießen (28. 2. 75), Lehrerin Doris Oehlenschläger, Feldatal (31. 12. 74), Lehrerin z. A. Uta Kirchner, Wiesbaden (15. 1. 75), Lehrer z. A. Gerhard Dinter, Groß-Zimmern (12. 10. 74), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer z. A. Verena Szakacs, Dietzenbach (31. 7. 73), Lehramtsreferendarin Beate Rüffer, Groß-Gerau (3. 2. 75), Lehramtsreferendar Erich Krichbaum, Offenbach (M.) (31. 1. 1975), apl. Lehrer Hans-Werner Wormsbäcker, Grebenhain (31. 7. 74), die Lehrerinnen z. A. Dorothea Kammann, Bad Homburg (31. 1. 75), Gabriele Mirk, Schwalbach-Limes (31. 7. 75), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Gisela Stöcker, Dst.-Arheilgen (31. 1. 75);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW)

Dipl.-Ökonom Gerald Balsler, Alsfeld, Herbert Busch, Dieburg, Dipl.-Hdl. Gerhard Pfälzter, Hausen, Dipl.-Hdl. Ludwig Schild, Darmstadt, Dipl.-Psychol. Bernd Greiten, Gießen, Werner Diehl, Darmstadt (sämtlich 1. 2. 75), Siegfried Eckel, Frankfurt (M.), (10. 2. 75), Wilhelm Herkert, Nidda (17. 2. 75), Ernst-Ludwig Laux, Darmstadt, Dipl.-Kfm. Reinhard Sprenger, Bad Homburg (beide 1. 2. 75), Georg Sippel, Usingen, Jochen Sicars, Darmstadt (beide 17. 2. 75), Siegfried Adam, Rüsselsheim (24. 2. 75), Dipl.-Psychol. Gabriele Uhlig, Darmstadt, Dipl.-Päd. Lea Rozenowajg, Wiesbaden, Dipl.-Ing. Dietmar Hengst, Friedberg (sämtlich 1. 3. 1975), Gerhard Lange, Schlüchtern, Dipl.-Hdl. Wolfgang Döpke, Bensheim (beide 1. 2. 75);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Assessoren/innen des Lehramts Jürgen Schönbach, Wiesbaden, Dipl.-Ökonom Rainer Hoffmann, Dipl.-Hdl. Peter Elborg, Frankfurt (Main), Karin Keyes, Offenbach (M.), Bernd Tschammerhöll, Hanau, Dipl.-Ing. Maike Kloeke-Damm, Darmstadt (sämtlich 1. 2. 75), Dipl.-Hdl. Heinz Dieter Metzler, Hofheim (Ts.) (1. 3. 75), Elisabeth Zöllner, Hanau (1. 2. 75);

zur Fachoberlehrerin f. technolog. Fächer z. A. (BaP) Fachoberlehrerinnen Beate Ehlers, Dillenburg (1. 12. 74);

zu Fachoberlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer die Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL) Gisela Zinn, Darmstadt, Eva Dorothea Röber, Darmstadt (beide 18. 12. 1974);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Dieter Grau, Wetzlar (8. 2. 75), Karl Ludwig Hinkel, Hanau (6. 2. 75), Herwarth Naujok, Frankfurt (M.) (10. 2. 1975), Siegfried Klingner, Friedberg (12. 2. 75), Gerd Urbach, Frankfurt (13. 2. 75), Dipl.-Hdl. Hans Beringer, Darmstadt (3. 3. 75), Adelheid Froster, Darmstadt (5. 2. 75), Ortwin Wirth, Usingen (6. 2. 75), Bettina Lederer, Frankfurt (M.) (14. 2. 75);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Anneliese Geiß, Büdingen (1. 4. 75), Heide Cornelius, Hofheim (Ts.) (1. 10. 74), Renate Fischlein, Oberursel (1. 4. 75);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektoren Philipp Kreuter, Hanau, Fritz Wilhelm Haas, Gießen, Oberstudienrat/rätin Dr. Leonhard Rauth, Darmstadt (sämtl. 31. 1. 75), Margot von Klitzing, Lauterbach (31. 12. 74);

entlassen:

Dipl.-Hdl. Studienrätin z. A. Christa Wittel, Frankfurt (M.) (31. 1. 75).

Darmstadt, 25. 3. 1975

Der Regierungspräsident

VI/1 — 71 08 (1)

StAnz. 16/1975 S. 710

Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Kassel

ernannt:

zu Oberstudiendirektoren die Studiendirektoren (BaL) Günter Otto, Bad Hersfeld (10. 10. 1974), Ulrich Blum, Melsungen (5. 11. 1974), Wolfgang Imhof, Fulda (7. 11. 1974);

zu Studiendirektoren die Oberstudienräte (BaL) Dieter Lück, Kassel, Dr. Wolfgang Brunotte, Kassel, Karl Krause, Kassel, Heinrich Wiederhof, Fritzlar, Günter Treu, Kassel, Ernst Weinert, Marburg, Karl-Heinz Reinke, Eschwege, Lothar Koop, Kassel, Wolfgang Bücken, Kassel, Wolfgang Neuhoof, Fritzlar (sämtlich 1. 10. 1974), Rudolf Teves, Marburg (30. 10. 1974), Hellmut Stockhardt, Bebra, Helmut Eckstein, Bad Hersfeld (beide 11. 11. 1974);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Rudolf Malorny, Schwalmstadt, Hermann v. Rhein, Fulda, Adelheid Buse, Kassel, Hans-Jürgen Hentsch, Kassel, Wolfgang Polzer, Fritzlar, Eike Diehl, Marburg, Hermine König, Kassel, Sitta v. Christen, Witzenhausen, Maria Sauer, Wolfhagen, Ingrid Schier, Bad Wildungen, Herbert Seibel, Bad Wildungen, Gero Marder, Korbach, Rüdiger Bernklau, Fulda, Heinz Michel, Fulda, Jürgen Zeller, Marburg, Hartmut Breuer, Bebra, Gerhard Weddig, Bad Hersfeld, Norbert Böck, Fulda, Peter v. Schwichow, Kirchhain, Egon Kaufmann, Bad Hersfeld (sämtlich 1. 10. 1974), Heinrich Opper, Schwalmstadt Eder (9. 10. 1974), Hiltraud Koch, Wolfhagen, Friedrich Keim, Wolfhagen (beide 10. 10. 1974), Gudrun Beetz, Fritzlar (11. 10. 1974), Brigitte Krück, Kirchhain, Herbert Krück, Kirchhain (beide 16. 10. 1974), Rolf Fritzsche, Kassel (17. 10. 1974), Herbert Becker, Melsungen, Baldur Kregel, Kassel, Willi Siebert, Kassel, Werner Pflüger, Kassel, Horst-Dieter Weil, Biedenkopf (sämtlich 21. 10. 1974), Gerhard Strieker, Hünfeld, Helmut Gundlach, Marburg, Reinhold Wind, Marburg (sämtlich 23. 10. 1974), Werner Kattwinkel, Fritzlar (24. 10. 1974);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ursula Fischer, Fulda, Volker Mueller, Kassel, Dieter Puschmann, Fulda (sämtlich 1. 10. 1974), Winfried Ollenschläger, Korbach (17. 10. 1974), Peter Vater, Eschwege (11. 9. 1974), Gerd Exner, Korbach (18. 9. 1974), Rosemarie Bay, Kassel (23. 10. 1974), Rainer Hünze, Kassel (6. 11. 1974), Albrecht Herzog, Fulda (8. 11. 1974), Gerwin Stehl, Marburg (8. 11. 1974), Rudolf Neuber, Marburg (21. 11. 1974), Werner Fischbach, Biedenkopf (23. 11. 1974), Alfred Prokein, Hünfeld, Joachim Danziger, Bad Hersfeld, Werner Bartholomäus, Bebra (sämtlich 25. 11. 1974), Gerhard Krause, Bebra (13. 12. 1974), Christian Lemke, Kassel (17. 12. 1974), Karl Honikel, Bad Hersfeld (21. 12. 1974), Helga Langguth, Biedenkopf (24. 1. 1975), Albrecht Armbrust, Kassel (27. 1. 1975), Manfred Eckert, Witzenhausen (29. 1. 1975);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Studienreferendare/innen (BaW) Eberhard Schlamann, Fritzlar (2. 9. 1974), Bernd Hartwich, Bad Hersfeld (3. 10. 1974), Siegfried Exler, Bad Hersfeld (4. 10. 1974), Hans Kastner, Kirchhain, Helga Schüler, Bad Hersfeld (beide 10. 10. 1974), Jochen Rappe, Marburg (14. 10. 1974), Karin Wege-Becker, Kirchhain, Friedrich Beerstecher, Kirchhain (beide 17. 10. 1974), Volker Becker, Korbach, Gerhard Guicking, Korbach, Karl-Friedrich Schwarz, Hünfeld (sämtlich 6. 11. 1974), Gerhard Stein, Melsungen-Eder (7. 11. 1974), Wolfram Hornig, Marburg (8. 11. 1974), Helmut Pfeiffer, Bad Hersfeld (13. 11. 1974), Ekkehard Nozulak, Melsungen, Achim Pöllert, Bad Wildungen (beide 14. 11. 1974), Willi Fey, Eschwege (5. 12. 1974), Dorothea Schulze-Heckmann, Kirchhain (24. 1. 1975);

zu Fachoberlehrern für technologische Fächer (BaL) die Fachoberlehrer für technologische Fächer z. A. (BaP) Kurt Arnold, Eschwege (2. 9. 1974), Willy Krapp, Eschwege (5. 9. 1974), Peter Stahl, Kassel (10. 9. 1974), Helmut Münzel, Bad Hersfeld (11. 9. 1974), Walter Sippel, Fulda (13. 9. 1974), Wolfgang Burko, Frankenberg (20. 9. 1974), Jürgen Kohnke, Melsungen (25. 9. 1974), Klaus-Dieter Constantin, Kassel, Gerhard Bauer, Kassel, Klaus Schmidt, Bad Hersfeld, Heinz-Jürgen Graul, Frankenberg (sämtlich 27. 9. 1974),

Hans-Joachim Zimmermann, Bebra (30. 9. 1974), Matthias Koelmer, Hofgeismar (2. 10. 1974), Hartmuth Leinitz, Hofgeismar (9. 10. 1974), Günter Kapteina, Fulda (23. 10. 1974), Dieter Wimmel, Kassel (13. 12. 1974), Manfred Schade, Kassel (18. 12. 1974);

zu **Fachoberlehreranwärtern für sozialpädagogische Fächer (BaW)** Adelheid Völker, Melsungen, Jürgen Linnert, Kassel, Horst Schmidt, Schwalmstadt (sämtlich 1. 10. 1974/71

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Christine Pontow, Kirchhain (4. 9. 1974), Helga Sprecher, Hofgeismar (4. 9. 1974), Rudolf Grötsch, Kassel (11. 9. 1974), Manfred Blakert, Eschwege (13. 9. 1974), Rainer Faupel, Fritzlar (16. 9. 1974), Edgar Elbrecht, Eschwege (20. 9. 1974), Gertrud Bollmann, Kassel (20. 9. 1974), Gerhard Nolting, Kassel (24. 9. 1974), Horst Kircher, Bad Hersfeld (25. 9. 1974), Ursula Pftzing, Melsungen, Marta Elisabeth Adolph, Frankenberg (beide 27. 9. 1974), Hedwig Gießler, Melsungen (4. 10. 1974), Brigitte Pinckernelle, Kassel (7. 10. 1974), Dieter Reidelbach, Bad Hersfeld (11. 10. 1974), Horst Wunderlich, Kassel (21. 10. 1974), Alfred Metz, Hünfeld (31. 10. 1974), Gernot Schöniger, Fulda (1. 11. 1974), Elisabeth Siebert, Korbach (4. 11. 1974), Wolfgang Fink, Kassel (25. 11. 1974), Günter Weber, Arolsen (27. 11. 1974), Ingeborg Tollhopf, Melsungen (23. 12. 1974);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter/innen (BaW) Adelheid Sohn, Hünfeld (2. 9. 1974), Holger Skollnowski, Korbach (4. 9. 1974), Hannelore Büttner, Fulda (11. 9. 1974), Erika Gerhardt, Kassel, Ingrid Rüger, Bad Hersfeld, Irene Burrack, Bad Hersfeld (sämtlich 12. 9. 1974), Ingeborg Conz, Kassel (9. 9. 1974) Margarete Smoor, Frankenberg, Marianne Marckwort, Frankenberg (beide 17. 9. 1974), Horst Flüge, Hofgeismar (23. 9. 1974), Marianne Wettengl, Eschwege (24. 9. 1974), Erhard Dangel, Fulda (27. 9. 1974), Brunhilde Ringhoff, Kassel (28. 1. 1975);

zu **Fachlehreranwärtern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaW)** Walter Boller, Bebra, Eberhard Czarnnecki, Kassel, Günther Koch, Bebra, Rosemarie Bohlender, Bad Hersfeld, Brigitte Wehner, Fulda, Dagmar Schröder, Hünfeld, LK Fulda, Uwe Koller, Fulda, Hans-Wilhelm Schraa, Bad Hersfeld, Georg Dorner, Bebra, Horst Schützenmeister, Kassel, Traute Hinz, Bebra, Gerhard Gradl, Kassel, Berthold Krönung, Fulda, Margot Roß, Melsungen, Wiltraud Wirth, Kassel, Rose-Dore Stadermann, Hofgeismar, LK Kassel, Monika Lohmann, Witzenhausen, Brigitte Hinz, Witzenhausen, Gertrud Franzkowiak, Kassel, Jutta Damianidis, Kassel, Magda Kranhold, Kassel, Beate Peters, Kassel, Ernst Meißner, Biedenkopf, Sigrid Hellmuth, Fritzlar, Helmut Gärtner, Kirchhain, Ewald Bemfert, Frankenberg, Walter Elmsheuser, Kirchhain, Erika Sprenger, Kassel, Erika Schnabel, Fritzlar, Helga Raith, Kassel, Kurt Schmidt, Kassel (sämtlich 1. 10. 1974), Karin Aporta, Kirchhain, Lothar Braun, Fritzlar, Karin Lorenz, Frankenberg (sämtlich 1. 11. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Oberstudiendirektor (BaL) Fritz Kuschke, Frankenberg, die Studiendirektoren (BaL) Dr. Günter Jahnke, Witzenhausen, Erwin Leiser, Kassel, Reinhold Schmidt, Kassel, die Oberstudienräte (BaL) Joachim Görke, Bad Hersfeld,

Georg Rüger, Bad Hersfeld, Otto Flandera, Kirchhain (sämtlich 31. 1. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektorin (BaL) Anna Sophie Regensburg, Kassel (31. 10. 1974), Oberstudienrätin (BaL) Gudrun Blankenburg, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (30. 11. 1974), Oberstudienrat (BaL) Hans-Günther Killburger, Kassel (31. 1. 1975), sämtlich gem. § 51 (1) HBG; Oberstudiendirektor (BaL) Richard Stoldner, Bad Wildungen, Studiendirektorin (BaL) Irma Seibel, Fulda, die Oberstudienrätinnen (BaL) Dora Reitz, Kassel, Margarete Welchert, Kassel, die Oberstudienräte (BaL) Wilhelm Müller, Fritzlar, Wilhelm Himmelreich, Hofgeismar, Kurt Weigert, Korbach (sämtlich 31. 1. 1975) alle gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Fachlehreranwärterin (BaW) Eva Söhngen, Kassel (31. 10. 1974), Fachoberlehreranwärterin (BaW) Gisela Emich, Melsungen (30. 11. 1974), Studienreferendar (BaW) Klaus Kalkowski, Kirchhain (31. 1. 1975);

verstorben:

Studienreferendar (BaW) Heribert Ringmann, Kassel (30. 11. 1974).

Kassel, 20. 3. 1975

Der Regierungspräsident
P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 16/1975 S. 715

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Hessisches Landgestüt Dillenburg

in den Ruhestand versetzt:

Gesütleiter (BaL) Alfred Thlerau (1. 4. 1975) gem. § 51 Abs. 3 HBG.

Dillenburg, 3. 4. 1975

Hessisches Landgestüt

StAnz. 16/1975 S. 716

K. beim Hessischen Rechnungshof

ernannt:

zu **Regierungsräten** die Oberamtsräte (BaL) Ulrich Barske, Max Brödel, Georg Crößmann, Georg Diehl, Robert Klüber, Georg Lang, Kurt Meyer, Heinz Odey, Artur Reimöller, Horst Siebert, Ludwig Scherer, Ewald Schreiber, Wilhelm Storck (sämtlich 1. 2. 1975);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Techn. Oberamtsrat Rudi Möhring (1. 11. 1974).

Darmstadt, 2. 4. 1975

Der Präsident
des Hessischen Rechnungshofs
Pr I 111 — 2/75

StAnz. 16/1975 S. 716

589 KASSEL

Regierungspräsidenten

Vorhaben der Firma Gebr. Heyn, 344 Eschwege

Die Firma Gebr. Heyn, 344 Eschwege, Friedrich-Ebert-Platz 2, hat Antrag auf Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Betonwaren-Fertigungshalle auf dem Grundstück in Eschwege, Helgoländer Straße, Gemarkung Niederhone, Flur 7, Flurstücke 62/21 und 14/61, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 4 Abs. 1 Bundes-Immisionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Kassel. Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen vom 22. 4. bis 23. 6. 1975 bei dem Magistrat der Stadt Eschwege, Rathaus, Zimmer Nr. 10, zur Einsichtnahme aus.

Während dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Magistrat

der Stadt Eschwege, Rathaus, Zimmer 10, erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Erörterungstermin wird auf Mittwoch, den 23. 7. 1975, 10.00 Uhr, in 344 Eschwege, Rathaus, Zimmer 17 b, festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, daß die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Kassel, 26. 3. 1975

Der Regierungspräsident
III/2 — 53 e 201 (51)

StAnz. 16/1975 S. 716

Buchbesprechungen

Bundes-Immissionsschutzgesetz. Kommentar/Rechtsvorschriften. Von Carl Hermann U l e. Grundwerk. 2. Teillieferung, Dezember 1974, 42,— DM. Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied.

Die 2. Teillieferung vervollständigt mit den Erläuterungen zu §§ 38 bis 65 die Kommentierung des Gesetzes. Im Teil 2 wird der Text der 1. und 2. BImSchV, der TA Luft, der VO über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen, der DampfkesselVO, der DruckgasVO, der AzetylenVO, der VO über brennbare Flüssigkeiten und des Gesetzes über das Umweltbundesamt sowie von Verwaltungsvorschriften zur DampfkesselVO und zum Benzinbleigesetz wiedergegeben. Die Erläuterungen zu §§ 38—65 BImSchG sind von besonderem Interesse, weil diese Bestimmungen größtenteils ganz neu sind und bei ihrer Anwendung schwierige Probleme aufwerfen können. Die Kommentierung vermag allerdings nicht alle Hoffnungen zu erfüllen.

So läßt die Erläuterung des § 40 eine genauere Abgrenzung des zulässigen Inhalts der VOn der Landesregierungen nach § 40 und der verkehrsrechtlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 b StVG in der Fassung des § 70 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG vermissen. Die Feststellung, daß Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörden, die über den in einer VO nach § 40 bestimmten zeitlichen Umfang hinausgehen, rechtswidrig sind, trifft zwar zu, ist aber insofern mißverständlich, als die Straßenverkehrsbehörden den zeitlichen Umfang der Verkehrsbeschränkungen auch nicht gegenüber der VO einschränken dürfen. Ihnen steht nur die verkehrstechnische Durchführung der Verbote zu, im wesentlichen also die Regelung und Durchführung der Beschilderung.

Zu § 41 werden ausführlich die Begriffe der öffentlichen Straße, der Eisenbahn und der Straßenbahn dargestellt (wobei allerdings die Frage unerörtert bleibt, wie es mit anderen Schienenbahnen steht); für den Begriff der wesentlichen Änderung, bei dem streitig ist, ob er auch andere als bauliche Änderungen umfaßt, begnügt der Verf. sich mit einer Verweisung auf § 15 und läßt lediglich durch die Nichterwähnung der dortigen Randnummer 5 (Änderung des Betriebs) vermuten, daß er den Begriff in § 41 möglicherweise auf bauliche Änderungen beschränkt sehen will. Der Satz: „Nach dem Stand der Technik vermeidbar sind schädliche Umwelteinwirkungen, die nach dem jeweiligen Stand der Technik vermieden werden können“ ist nicht gerade von hohem Aussagewert. Auch die Ausführungen zur Ausnahmeregelung in § 41 Abs. 2 gehen über umschreibende Wiederholungen des Gesetzestextes kaum hinaus.

Schwer verständlich ist die Erläuterung zu § 42 Abs. 1 Satz 2. Nach dieser Vorschrift besteht ein Anspruch auf Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen auch bei baulichen Anlagen, die bei Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder bei Auslegung des Entwurfs der Bauleitpläne mit ausgewiesener Wegeplanung (zwar noch nicht errichtet, aber) bereits bauaufsichtlich genehmigt waren. Nach der Erläuterung soll es nicht einmal darauf ankommen, ob die baulichen Anlagen vor oder nach diesem Zeitpunkt bauaufsichtlich genehmigt waren. Dies läßt sich weder aus dem Wortlaut noch aus dem Sinn der Bestimmung herleiten.

Einwendungen dieser Art sind bei einer Kommentierung so neuartiger Vorschriften, die im anlaufenden Vollzug täglich neue Probleme stellen, nahezu unvermeidlich. Sie ändern nichts daran, daß der Kommentar als bisher einziges vollständiges Erläuterungswerk zum BImSchG ein wertvolles Hilfsmittel für die Anwendung des Gesetzes darstellt. Sie sollen vielmehr Anregungen für die Fortführung des Werkes sein. Ministerialrat Dr. Hanns Engelhardt

Jugendverkehrsschulen in Hessen, herausgegeben vom Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ausgabe September 1974, 34 S., kostenlos.

Die Broschüre „Jugendverkehrsschulen in Hessen“ ist eine weitere Ausgabe, die in der Reihe erscheint „Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik informiert“.

Da die meisten Verkehrsunfälle auf menschlichem Versagen beruhen, kann auf Dauer eine Erhöhung der Verkehrssicherheit nur durch eine verstärkte Verkehrserziehung der Schüler und Jugendlichen erreicht werden, wobei die Mitwirkung der Eltern insbesondere im Bereich des 1. bis 4. Schuljahres eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg darstellt. Die schulische Verkehrserziehung hat in der Grundstufe zwei Schwerpunkte: Die Schüler sollen am Beginn bzw. am Ende der Primarstufe befähigt werden, sich als Fußgänger bzw. sich als Radfahrer verkehrsgerecht zu verhalten. Gerade bei der Radfahrausbildung genügt es nicht, den Schülern theoretisch die Verhaltensnormen und allgemeinen Richtlinien zu vermitteln. Um die Entscheidungsfähigkeit und ein sicheres Reaktionsvermögen heranzubilden, bedarf es der ergänzenden praktischen Unterweisung der Schüler in simulierten Verkehrssituationen mit Hilfe der Jugendverkehrsschulen.

Durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Beschaffung der Jugendverkehrsschulen und deren Einrichtung durch den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik sowie das Jugendwerk der Deutschen Shell AG, die organisatorische Betreuung durch die Landesverkehrswacht und die Durchführung des praktischen Unterrichts der Schulen zur Vorbereitung auf die praktische Unterweisung in den Jugendverkehrsschulen durch die Vollzugsbehörde dürfte eine solide Basis für eine erfolgversprechende Verkehrssicherheitsarbeit auch auf diesem Teilgebiet in Hessen geschaffen worden sein.

Das Heftchen „Jugendverkehrsschulen in Hessen“ gibt Auskunft über die Entwicklung der Verkehrserziehung mit Hilfe der Jugendverkehrsschulen. Mit Beiträgen aus der Sicht des Jugendwerks der Deutschen Shell, der Schule, der Vollzugsbehörde und der Landesverkehrswacht Hessen sowie einem Vorwort von Staatsminister Karry wird die jeweilige Beteiligung an der Verkehrserziehung der Schüler des 4. Schuljahres dargestellt. Eine Übersicht über die bisher beschafften mobilen und stationären Jugendverkehrsschulen in Hessen vervollständigen das Heftchen. Polizeihauptkommissar Krug

Bundessozialhilfegesetz (BSHG), Kommentar von Dr. F. Luber, Landessozialgerichtsrat a. D., 54. Ergänzungslieferung, 44,— DM. Gesamtwerk 68,50 DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Die vorliegende 54. Ergänzungslieferung bringt das Werk auf den Stand vom 1. 8. 1974. Der Anhang des Werkes wird auf folgenden Rechtsgebieten ergänzt:

Die landesrechtlichen Vorschriften zur Ausführung des Sozialhilferechts, und zwar von Berlin; hier ist insbesondere hinzuweisen auf die Ausführungsvorschriften für die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt nach den §§ 11 bis 25 BSHG außerhalb von Heimen, Anstalten und gleichartigen Einrichtungen (AV-Hilf) vom 1. 3. 1973; ferner die Ausführungsvorschriften über die Gewährung der stationären und fahrbaren Mittagstische nach dem BSHG (AV-Mittagstisch) vom 30. 8. 1974, die Ausführungsvorschriften über den Einsatz des Einkommens nach dem BSHG (AV-ESH) vom 27. 9. 1974, die Ausführungsvorschriften über den Einsatz des Vermögens nach dem BSHG (AV-VSH) vom 27. 9. 1974.

Bei der Ausbildungsförderung wurden das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 31. 7. 1974 sowie die Durchführungsverordnungen zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, nämlich die DarlehensV vom 31. 5. 1974 und die HärteV vom 15. 7. 1974 berücksichtigt. Landrat Dr. Jost

Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — (Bund, Länder und Gemeinden). Kommentar von ORR a. D. Sigmund Uttlinger und Ministerialdirigenten Alfred Breier, Bundesinnenministerium. Loseblattsammlung. 42. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage (11. Ergänzungslieferung zur 6. Auflage); 258 S. DIN A 5 im Streifband, 38,70 DM. Gesamtwerk (2600 Seiten in drei Plastikordnern) unverändert 72,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, 8 München 80, Vogelweideplatz 10.

Mit dieser Ergänzungslieferung werden die sich aus dem dienstrechtlichen Teil der Reform des Familienlastenausgleichs resultierenden Änderungen und Ergänzungen in das Loseblattwerk eingearbeitet, die sich aus dem 36. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 7. November 1974 und aus dem Siebenten Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 20. Dezember 1974 ergeben. Diese Vorschriften tragen bekanntlich im wesentlichen dem Wegfall des besoldungsrechtlichen Kinderzuschlags sowie den in diesem Zusammenhang vorgenommenen Änderungen des Ortszuschlagsrechts Rechnung.

Nach der Ankündigung des Verlages wird der neue Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 u. a. Inhalt der nächstfolgenden Ergänzungslieferung sein. Es ist anzunehmen, daß diese Ergänzungslieferung auch den am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Vergütungstarifvertrag Nr. 13 vom 17. März 1975 und die entsprechenden Tarifverträge für Auszubildende, Praktikanten usw. einschließen wird. Das als nützliches Handwerkszeug zu empfehlende Loseblattwerk befindet sich dann auf dem Rechtsstand vom 1. Januar 1975. Oberregierungsrat R a m d o h r

Rechtsversicherungsordnung, 3. Buch: Unfallversicherung. Kommentar von Friedrich E t m e r. Loseblattsammlung, 15. Ergänzungslieferung, 34,— DM; Gesamtwerk 48,— DM. Verlag R. S. Schulz, München, und Percha am Starnberger See.

Der neue Bearbeiter des zuletzt in StAnz. 1975 S. 603 besprochenen Kommentars setzt die dort geschilderte Ergänzung zügig fort. Die 15. Lieferung betrifft vor allem die §§ 776 und 882 RVO sowie das Fremdrentenrecht.

An Texten sind neu einzufügen: Die Änderung der Bekanntmachung über die geltenden Durchschnittssätze des Jahreseinkommens für die nach § 539 Abs. 1 Nr. 6 RVO versicherten Kistenfischer vom 23. 12. 1974 (C 15 f), die für den Binnenländer interessante Urlaubserlängerungen wecken; ferner: Die 5. Verordnung über die Festsetzung der Ortslöhne in der Sozialversicherung vom 25. 10. 1974 (BGBl. I S. 2906; C 31 d), das Rundschreiben über die Pauschbeträge nach § 15 BVG (C 33 c), die Richtlinien über die Körperersatzstücke, Hilfsmittel und Hilfen (C 33 d) sowie das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation im Auszug (C 59).

Ministerialrat Dr. Reuß

Städtebauförderungsgesetz. Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden vom 27. Juli 1971 sowie Sammlung des einschlägigen Bundes- und Landesrechts einschließlich der Verwaltungsvorschriften. Kommentar von Dr. jur. Wilhelm H a n s. 1. Auflage 1971, 17. Ergänzungslieferung, Stand 20. Januar 1974, rd. 210 S. mit Schlaufe und Sammelordner, Leinen. 18. Ergänzungslieferung, Stand 1. April 1974, rd. 260 S. mit Schlaufe. Loseblattausgabe in drei Bänden. Gesamtwerk 64,50 DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Die in rascher Folge erscheinenden Nachlieferungen, die im Durchschnitt mehr als 250 Druckseiten umfassen, machen nach dem Einfügen der 17. Ergänzungslieferung eine Aufteilung der Loseblattsammlung auf drei Bände erforderlich. Der notwendige dritte Sammelordner sowie die entsprechenden Vorblätter, Haupttitel und Inhaltsübersichten werden mit der Ergänzung, die den Stand vom 31. Dezember 1974 aufweist, geliefert. Dieser Nachtrag erfaßt ausschließlich Landesrecht aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Hessen. Folgende hessische Vorschriften sind abgedruckt: Verordnung über die förmliche Festlegung eines städtebaulichen Entwicklungsbereiches in der Stadt Allendorf vom 27. Februar 1974 (GVBl. I S. 143). Verordnung zur Durchführung der Hessischen Bauordnung vom 12. November 1963 (GVBl. I S. 157), zuletzt geändert durch die Zweite ÄndVO vom 23. März 1971 (GVBl. I S. 73). Erste Anordnung zur Übertragung der Befugnisse zur Umlegung auf die

Flurbereinigungsbehörde nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 9. August 1973 (GVBl. I S. 330). Zweite Anordnung zur Übertragung der Befugnisse zur Umlegung auf die Flurbereinigungsbehörde nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 7. September 1973 (GVBl. I S. 351). Dritte Anordnung zur Übertragung der Befugnisse zur Umlegung auf die Flurbereinigungsbehörde nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 8. Januar 1974 (GVBl. I S. 37). Vierte Anordnung zur Übertragung der Befugnisse zur Umlegung auf die Flurbereinigungsbehörde nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 22. Februar 1974 (GVBl. I S. 147). Bauaufsichtsgesetz vom 6. März 1954 (GVBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1970 (GVBl. I S. 399). Erste Verordnung über Ausnahmen von der Baugenehmigungs- und Anzeigepflicht vom 20. Oktober 1960 (GVBl. I S. 217), zuletzt geändert durch VO vom 21. Dezember 1972 (GVBl. I S. 23). Zweite Verordnung über Ausnahmen von der Baugenehmigungs- und Anzeigepflicht vom 21. Dezember 1972 (GVBl. I S. 23). Anordnung über die Zuständigkeit für die bauaufsichtliche Zustimmung zu Bauvorhaben des Bundes und des Landes vom 10. April 1970 (GVBl. I S. 289).

Die nachfolgende 18. Lieferung ergänzt auf rd. 250 Textseiten den bundesrechtlichen Teil des Werks, und zwar insbesondere auf dem Sektor des Wohnungswesens. Aufgeführt werden:

Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz — WoBindG) vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 954 I. d. F. vom 31. Januar 1974 (BGBl. I S. 137). Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen (Zweite Berechnungsverordnung — II. BV) i. d. F. vom 14. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1681). Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) — II. WoBaUG — i. d. F. vom 1. September 1965 (BGBl. I S. 1617 bzw. S. 1858). Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum vom 26. November 1971 (BGBl. I S. 1839). Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbauänderungsgesetz 1973 — WoBaUÄndG 1973) vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1970). Gesetz zur Reform des Grundsteuerrechts vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965). Verordnung zur Änderung berechnungsrechtlicher und mietspreisrechtlicher Vorschriften vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 857).

Mit der 19. Lieferung werden die Fassungen verschiedener bundesrechtlicher Vorschriften auf den neuesten Stand gebracht. Des Weiteren sind wiedergegeben:

Vorbereitung von Krediten zur Baulandbeschaffung und -erschließung. Richtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau vom 15. Febr. 1966 (BBauBl. S. 130). Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Schwimmbäder. Rd.-Erl. d. Innenministers vom 9. Juli 1973 (MinBl. S. 1288).

Im landesrechtlichen Teil verdient die Neufassung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 23. Juli 1973 (Nieders. GVBl. S. 259) Beachtung. Neben Vorschriften aus Niedersachsen und Hessen werden Regelungen aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz aufgenommen. Für den Benutzer des Werkes aus Hessen sind von Interesse:

Vierzehnte Hessische Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesbaugesetz vom 22. Februar 1974 (GVBl. I S. 147). Anordnung über die Zuständigkeit für bauaufsichtliche Zustimmung zu Bauvorhaben des Bundes und des Landes vom 10. Oktober (GVBl. I S. 399). Erste Anordnung der Hessischen Landesregierung zur Bestimmung der Zuständigkeit von Landesbehörden nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 13. März 1972 (GVBl. I S. 74). Hessisches Enteignungsgesetz (HEG) vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 107).

Fast überflüssig zu sagen, daß Titel, Vorblätter und Inhaltsübersichten für jeden Band fortgeschrieben werden und somit dem jeweiligen Stand und Inhalt des Werkes entsprechen.

Baudirektor S a d o n i

Sozialversicherungsgesetze. 3. Buch: Unfallversicherung. Begründet von J. Eckert, Ministerialdirektor a. D.; fortgeführt von W. Briggmann, Oberamtsrat. 9. Ergänzungslieferung, 19,80 DM, Gesamtwerk 48,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Im Zuge der grundlegenden Überarbeitung der von Eckert begründeten Sammlung der Sozialversicherungsgesetze (siehe insbesondere StAnz. 1972 S. 765, 1973 S. 2059) hat der neue Herausgeber auch den Band „Unfallversicherung“ modernisiert und gestrafft (StAnz. 1974 S. 1622). Das Werk enthält jetzt nur noch die Texte der einschlägigen Gesetze, Durchführungsverordnungen, Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Vereinbarungen. Der auf diese Weise umgestaltete Band „Unfallversicherung“ ist durch eine Ergänzungslieferung auf den Stand vom Januar 1975 gebracht. Eingearbeitet sind vor allem das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. 12. 1973 (BGBl. I S. 1885), das in dem neuen Teil 1 a des Bundes (Arbeitssicherheit) abgedruckt ist, das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469) und das Gesetz zur Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. 8. 1974 (BGBl. I S. 1881). Auch die neuen Durchschnittssätze des Jahreseinkommens der Küstenfischer (S. 71.14) sind abgedruckt (vgl. StAnz. 1975 S. 717).

Die erste Lieferung des neugestalteten Grundwerks, das ist dessen 8. Ergänzungslieferung (StAnz. 1974 S. 1622), hatte den Teil 8 — Vertragsrecht der Berufsgenossenschaften — freigelassen. Die jetzige Ergänzungslieferung enthält diesen Teil. Er enthält die Gebührenordnungen für Ärzte und für Zahnärzte, das Gebührenabkommen für die sonstigen Heil- und Hilfsberufe sowie eine Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen des Verhältnisses zwischen Ärzteschaft und Berufsgenossenschaften (S. 78.37).

Zu § 690 RVO waren bereits das Muster einer Dienstordnung für die Angestellten der Berufsgenossenschaft, die berufsgenossenschaftlichen Laufbahnrichtlinien samt Prüfungsordnungen und die Ausbildungsverordnung abgedruckt. Die Ergänzungslieferung bringt die Texte weiterer Prüfungsordnungen.

Ministerialrat Dr. ReuB

Staatsbürger-Taschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Schaubildern; begründet von Dr. Otto Model, fortgeführt von Dr. Carl Creifelds. 14. Auflage, 1975, 923 S., Leinen 24,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Für denjenigen, der am öffentlichen Leben interessiert ist, lohnt sich der Griff zum Model-Creifelds. Durch die zeitlich kurze Folge seiner Auflagen ist er stets aktuell. Sowohl von der Systematik als auch von der Stoffauswahl her kann man dem Staatsbürger-Taschenbuch bescheinigen, daß es seiner Aufgabe, nach Verlagsankündigung alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung usw. zu vermitteln, bestens gerecht wird.

Der Verfasser macht es sich zur Aufgabe, Beginn und Fortführung von Entwicklungen aufzuzeigen, die das Leben des Bürgers betreffen. Zu einzelnen Abschnitten werden Anmerkungen über Reformbestrebungen gemacht. Wegen der Aktualität und weil es uns bewegt, wäre daher eine Auseinandersetzung mit dem Staatsangehörigkeitsbegriff der DDR angebracht. Ferner fehlt ein Hinweis auf die Novelle zum Staatsangehörigkeitsgesetz, nach der Kinder aus Mischehen — auch nachträglich — die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können.

Das Staatsbürger-Taschenbuch ist im neuen Hauptteil untergliedert und hat einen weitgespannten Themenkreis von Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Gerichtswesen, Bürgerliches Recht und Strafrecht, Wehrrecht, Steuerrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Kirchenrecht, Wirtschaft bis Völkerrecht. Es sorgt für rasche Information und ermöglicht dem Leser, einen schnellen Blick in andere Arbeitsbereiche als sein eigenes zu tun. Wegen seines thematischen Umfangs eignet es sich auch vorzüglich für den Unterricht. Für Verwaltungsschulen dürften die Abhandlungen über Grundlagen des Staatsrechts, allgemeine Begriffe des Rechts, Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, Grundzüge des Beamtenrechts und des Polizeirechts von Bedeutung sein.

Der Verwaltungsgerichtsordnung sollte jedoch in künftigen Ausgaben ein breiterer Raum eingeräumt werden.

Verwirrend und nicht mehr zeitgemäß ist der Begriff Verwaltungsstrafrecht, weil es so etwas heute nicht mehr gibt. Gemeint ist nämlich das Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz. Der Verfasser sollte hier eine redaktionelle Änderung vornehmen.

Bei 923 Seiten war es dem Rezensenten nur möglich, das Staatsbürger-Taschenbuch stichprobenartig zu testen. Das Urteil klingt zwischendurch schon an: das Buch ist sehr zu empfehlen.

Polizeibezirkskommissar Wintrich

REKLAMATIONEN

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt — Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.



für Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe

Das vollständige Buch aller Gewerbetreibenden in Hessen

Band A Firmenverzeichnis DM 16,— + UST
Band B Branchenverzeichnis DM 24,— u. Porto



Druck- und Verlagshaus **CHMIELORZ**

6200 WIESBADEN · WILHELMSTRASSE 42

Telefon 39671, Fernschreiber 04-186648

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1975

MONTAG, 21. APRIL 1975

Nr. 16

Gerichtsangelegenheiten

1459

Erlaubnis

Frau Irmtraud Bartels, geb. Liebsch, Hohenstein 1, Gronauer Straße 31, habe ich durch Urkunde vom 4. März 1975 auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. 12. 45 — RGBl. I S. 1478 — die Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und zur Rechtsberatung erteilt. Ausgenommen sind alle Angelegenheiten des Sozialversicherungsrechts (Rentenberatung und -berechnung).

Geschäftssitz ist Hohenstein. Das mündliche Verhandeln vor Gericht ist nicht gestattet.

6200 Wiesbaden, 2. 4. 1975

Der Präsident des Landgerichts

Aufgebote

1460

C 171/75 — Aufgebot: Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige GmbH, 714 Ludwigsburg, Wüstenrot-Haus (Vertr.-Nr. 0740 6444), hat das Aufgebot zur Kraftloserklärung des Hypothekenbriefs über die im Grundbuch von Wächtersbach Band 37, Blatt 1050, in Abt. III Nr. 3 für die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige GmbH in Ludwigsburg eingetragene, mit bis zu 7 1/2% verzinsliche Darlehenshypothek von 18 300,— DM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 10. Dezember 1975, 9.15 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6460 Gelnhausen, 4. 4. 1975 Amtsgericht

1461

C 55/75 — Aufgebot: Die Rentnerin Berta Albracht, 3588 Homberg, Bez. Kassel, Marktplatz 2, vertreten durch die Rechtsanwälte: Dr. H. u. I. Dowie, 3588 Homberg, Bez. Kassel, Elisabethweg Nr. 8, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümer der im Grundbuch von Homberg, Band 108, Blatt Nr. 3222, eingetragenen Grundstücke Best.-Verz. lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 124/26, Grünland, Unland (Gebüsch), Unter der Melsunger Straße, Größe 19,82 Ar. Best.-Verz. lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 125/26, Landsstraße II. Ordnung, Mosheimer Straße, Größe 0,28 Ar, beantragt.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer, Metzgermeister Alexander Stolzenbach, zu Kassel, oder dessen Rechtsnachfolger, werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 10. Juni 1975, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

3588 Homberg, Bez. Kassel, 3. 4. 1975

Amtsgericht

Güterrechtsregister

1462

GR 526: Grau, Georg, Posthauptschaffner in Ludwigsau, OT Mecklar, und Gertrud, geb. Maares.

Durch Vertrag vom 1. November 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 30. 1. 1975 Amtsgericht

1463

GR 525: Schüler, Willi, Straßenwärter in Schenkklengsfeld, OT Dinkelrode, und Anna Maria, geb. Wiegand.

Durch Vertrag vom 30. Oktober 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 30. 1. 1975 Amtsgericht

1464

GR 530: Both, Reinhard, Verwaltungsangestellter in Schenkklengsfeld-Hilmes und Elisabeth, geb. Möller.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 29. Januar 1975 Gütergemeinschaft vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 21. 3. 1975 Amtsgericht

1465

GR 529: Altmüller, Heinrich Wilhelm, Schlosser in Schenkklengsfeld, und Anna Luise geb. Rüger.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 22. Januar 1975 Gütergemeinschaft vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 20. 2. 1975 Amtsgericht

1466

GR 528: Panicke, Hans, Schlosser in Haunetal-OT Wehrda, und Christel geb. Kranz.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 10. Januar 1975 Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes obliegt beiden Ehegatten.

6430 Bad Hersfeld, 14. 2. 1975 Amtsgericht

1467

73 GR 7252 A: Kaufmann Wilhelm Schusser und Irmgard geb. Forster, Hofheim am Taunus.

Durch Ehevertrag vom 13. Januar 1975 ist die Gütertrennung aufgehoben.

6000 Frankfurt (Main), 4. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 73

1468

1 GR 346 A — Neueintragung — 9. April 1975: Die Eheleute Arbeiter Horst Pagel und Katharina Pagel, geb. Pirone, 354 Korbach, haben durch Vertrag vom 10. März 1975 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 9. 4. 1975 Amtsgericht

1469

GR 512 — 2. April 1975: Dr. Gerd Eckhardt, geb. am 14. 6. 1945, und Wiltrud Eckhardt, geb. Schwaegermann, geb. am 11. 1. 1949, beide wohnhaft in Limburg-Lindenholzhausen, Schubertstr. 8.

Durch notariellen Vertrag vom 19. 2. 1975 ist Gütertrennung gemäß § 1415 BGB vereinbart.

6250 Limburg (Lahn), 2. 4. 1975 Amtsgericht

1470

GR 193 — Neueintragung: Bäcker Bernhard Karl Koch und Monika Karin Koch geb. Anderlitschek, Schlüchtern, Bachstr. Nr. 12.

Durch Vertrag vom 6. Februar 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 7. 4. 1975 Amtsgericht

1471

GR 194 — Neueintragung: Fuhrunternehmer Franz Josef Arns und Krankenschwester Margot Arns geb. Schilling, 6483 Bad Soden-Salmünster.

Durch Vertrag vom 24. Januar 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 8. 4. 1975 Amtsgericht

1472

GR 370: Die Eheleute Heizungsmonteur Friedel Bangert und Renate Bangert geb. Klein, 6391 Laubach, Naunstädter Weg, haben durch Ehevertrag vom 23. November 1974 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen i. Ts., 2. 4. 1975 Amtsgericht

1473

8 GR 526 — 11. April 1975: Zimmermann Armin Bender und Ute Bender, geb. Wagner, Beselich-Schupbach, Mittelstraße 41.

Durch notariellen Vertrag vom 25. März 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 11. 4. 1975 Amtsgericht

1474

GR 757: Eheleute Helmut Felber und Karin Felber, geb. Uhl, 633 Wetzlar, Lahnstraße 24.

Durch notariellen Vertrag des Notars Rolf Coester in Aßlar vom 19. November 1974 — Urkundenrolle Nr. 75/74 — ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6330 Wetzlar, 18. 3. 1975 Amtsgericht

Nachlasssachen

1475

52 VI 291/75 — Nachlassverwaltung: Die Verwaltung des Nachlasses der am 18. Februar 1975 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Schweizer Straße 86, wohnhaft gewesenen Witwe Katharina Pfeffer geb. Perrot wurde angeordnet.

Nachlassverwalter ist Rechtsanwalt und Notar Wolfgang Probst in Frankfurt (Main), Stettenstr. 31.

6000 Frankfurt (Main), 3. 4. 1975

Amtsgericht

Vereinsregister

1476

1 VR 564 — 24. 3. 1975: „Reitverein Oberstedten“ mit dem Sitz in Oberursel/Ts.

6380 Bad Homburg v. d. H., 8. 4. 1975

Amtsgericht

1477

VR 205 — Neueintragung — 10. April 1975: In das Vereinsregister ist heute eingetragen worden: Tennisclub Altenstadt in Altenstadt.

6470 Büdingen, 10. 4. 1975 Amtsgericht

1478

VR 326 — Neueintragung — 9. 4. 1975: Gruppe X, Urberach.

6110 Dieburg, 9. 4. 1975 Amtsgericht

1479

Neueintragungen (mit dem Sitz in Frankfurt am Main)

73 VR 6655 — 3. März 1975: Spielstube Bornheim.

73 VR 6658 — 11. März 1975: Treuversorgung.

73 VR 6657 — 6. März 1975: Kinder-Tanzgarde-Liederbach.

6000 Frankfurt (Main), 4. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 73

1480

VR 196 — 3. April 1975: Tuspo 1911 Grün-Weiß Ungedanken e. V., Sitz: Fritzlar-Ungedanken.

3580 Fritzlar, 3. 4. 1975 Amtsgericht

1481

41 VR 647 — 3. 4. 1975: Leichtathletik-Club (LC) Hanau/Main, Sitz: Hanau.

6450 Hanau, 3. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 41

1482

VR 408 — Neueintragung — 8. 4. 1975: Rasseflügel-Zuchtverein 1967 Kirberg, Hünfelden-Kirberg.

6250 Limburg (Lahn), 8. 4. 1975 Amtsgericht

1483

VR 304 — Lösung: Union Club de Espanoles, Sandbach/Odw. Der Verein ist aufgelöst.

6120 Michelstadt, 8. 4. 1975 Amtsgericht

1484

VR 206 — Neueintragungen: In das Vereinsregister wurde am 7. April 1975 unter Nr. 206 eingetragen:

a) Modellfluggruppe Schotten,

b) 6479 Schotten 1.

6478 Nidda, 7. 4. 1975 Amtsgericht

1485

8 VR 256 — 4. April 1975: Unterstützungseinrichtung der Kerkerbachbahn Aktien-Gesellschaft in Kerkerbach, Runkel-Kerkerbach.

Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 31. Dezember 1974 aufgelöst. Der Direktor Richard Kuhn, Runkel-Kerkerbach, ist zum Liquidator bestellt.

6290 Weilburg, 4. 4. 1975 Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse**1486**

61 N 17/74 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Autohaus Ernst Becker KG, 6100 Darmstadt, Sensfelderweg 35, wird heute, am 28. März 1975, 15.30 Uhr, Herr Rechtsanwalt Jörg Siemens, Darmstadt-Eberstadt, Jakobstraße 1, Tel. 5 14 79, 5 23 68, zum weiteren Konkursverwalter bestellt.

Termin zur Beschlußfassung über Belohnung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters sowie die Entlassung des bisherigen Verwalters, Rechtsanwalt Cohausz, Darmstadt, und zur Abnahme seiner Schlußrechnung und zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen ist: Mittwoch, den 21. Mai 1975, 14.00 Uhr, Saal 418, Erdgeschoß, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12.

6100 Darmstadt, 26. 3. 1975
Amtsgericht, Abt. 61

1487

61 N 26/75: Über das Vermögen der Fa. Ries — Bau GmbH, 61 Darmstadt-Eberstadt, Bernsteinweg 4, wird heute, am 2. April 1975, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Firma überschuldet ist.

Konkursverwalter: Herr Dr. Axel Reuter, Darmstadt, Bismarckstraße 5, Telefon: Nr. 2 18 08.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Mai 1975 beim Gericht anzumelden in doppelter Ausfertigung.

Termin zur Beschlußfassung über Belohnung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 15. Mai 1975, 11.00 Uhr, Saal 504, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, den 11. Juni 1975, 11.00 Uhr, Saal 418, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. April 1975 anzeigen.

6100 Darmstadt, 2. 4. 1975 Amtsgericht

1488

61 N 60/73 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Elfriede Pfeiffer, 61 Darmstadt-St. Stephan, Parzevalstr. 6, alleinige Inhaberin des Friseursalons Elfriede Pfeiffer, 61 Darmstadt, Im Hauptbahnhof, wird heute, am 27. März 1975, 13.00 Uhr, Herr Rechtsanwalt Jörg Siemens, Darmstadt-Eberstadt, Jakobstr. 1, Tel.: 5 14 79, 5 23 68, zum weiteren Konkursverwalter bestellt.

Termin zur Beschlußfassung über Belohnung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters sowie über die Entlassung und Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, Rechtsanwalt Bernhard Cohausz, Darmstadt, sowie über die in §§ 132, 134 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen: Mittwoch, den 21. Mai 1975, 15.00 Uhr, Saal 418, Erdgeschoß, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12.

6100 Darmstadt, 27. 3. 1975
Amtsgericht, Abt. 61

1489

81 N 211/75 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß der am 10. 12. 1974 in Frankfurt (M.) verstorbenen, zuletzt Frankfurt (M.), Mörfelder Landstr. 2 wohnhaft gewesenen Christine Elisabeth Jörg, wird heute, am 10. April 1975, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Schulz-Wenthe, 6 Frankfurt (M.), Börsenstraße 7, Tel. 28 72 93.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Mai 1975 zweifach schriftlich bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am 3. Juni 1975, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Mai 1975 ist angeordnet.
6000 Frankfurt (Main), 10. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 81

1490

81 N 15/75 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Melquiades Carreton, 6 Frankfurt (Main), Im Mainfeld 40, Inhaber der eingetragenen Firma Forum-Export-Import-Carreton und Gillbets, 6 Frankfurt (Main), Münchener Str. Nr. 47, wird heute, am 7. April 1975, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Masche, 6 Frankfurt (Main), Zell 63 69, Tel. 28 58 24.

Konkursforderungen sind bis zum 28. April 1975 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 16. Mai 1975, 10.30 Uhr, Prüfungstermin am 20. Juni 1975, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 28. April 1975 ist angeordnet.
6000 Frankfurt (Main), 7. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 81

1491

81 N 110/75 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fenix Platten- und Fliesenlegergesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt am Main, Porzellanhoferstraße 12, wird mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse eingestellt, § 204 KO. Vergütung des Verwalters 800,— DM + 5,5% Ausgleich, Auslagen 451,— DM.

6000 Frankfurt (Main), 4. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 81

1492

81 N 121/74 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Andre Hatzakorlian, genannt Baker, 6 Frankfurt (M.) 70, Großer Hasenpfad 139, alleinigen Inhabers der Firma Andre Baker, International Auto Sales, 6 Frankfurt/Main, Reuterweg 93, part., wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt (Main), 8. 4. 1975
Amtsgericht, Abt. 81

1493

VN 1/75 — Beschluß: In dem Vergleichsverfahren der Firma Hölil Dekor KG, 6163 Freigericht, Ortsteil Horbach, persönlich haftender Gesellschafter Kaufmann Friedrich Hölil in 6463 Freigericht 4, Birkenhalner Straße 19. Der persönlich haftende Gesellschafter hat durch einen am 3. März 1975 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma beantragt. Gemäß § 11 VerglO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Hans-Joachim Kühnel, 6456 Langenselbold, Friedrichstr. 13, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Gegen die Schuldnerin ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.
6460 Geinhausen, 8. 4. 1975 **Amtsgericht**

1494

42 N 28/72: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Georg Sommer oHG, Kleiderfabrik in 6301 Staufenberg**, ist infolge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf den 23. Mai 1975, vormittags 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Saal 100, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärungen des Konkursverwalters und des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts, Zimmer Nr. 108, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Der Termin dient gleichzeitig der Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters sowie zur Anhörung über die Erstattung der Auslagen und zur Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.
6300 Gießen, 7. 4. 1975 **Amtsgericht**

1495

42 VN 1/75 — Vergleichsantrag: Firma **Kochlik IFO KG, Internationale Fertigungsverkaufsorganisation, 6306 Lang-Göns, Finkenweg 1**, vertreten durch die Komplementärin **Kochlik und Co., GmbH, 7141 Oberstenfeld, Rosenstraße 7**, diese vertreten durch den alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer **Christian Kochlik, 7141 Oberstenfeld, Rosenstraße 7**, hat Vergleichsantrag zur Abwendung des Konkurses am 25. 3. 1975 gestellt.

Vorläufiger Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt **Friedrich Thomas, 6302 Lich, Oberstadt 14—16**.

Allgemeines Veräußerungsverbot und Verfügungsbeschränkungen seit 26. 3. 1975, 16.00 Uhr.
6300 Gießen, 2. 4. 1975 **Amtsgericht**

1496

42 N 19/75: Über das Vermögen des **Kurt Holste, 6451 Rodenbach 1, Alzenauer Straße 13**, wird heute, am 9. April 1975, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Steuerbevollmächtigter **Erich Reimann, 6450 Hanau, Salisweg Nr. 74**.

Konkursforderungen sind bis zum 14. 5. 1975 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 22. 5. 1975, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 7. 5. 1975 anzeigen.
6450 Hanau, 9. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 42**1497**

5 N 6/74: Im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 28. 5. 1973 verstorbenen

Kaufmanns Heinrich Löber, Dillenburg, bei dem Amtsgericht in Dillenburg — 5 N 6/74 — stehen für die Verteilung im Schlußtermin am 5. 6. 1975 576,23 DM zur Verfügung.

Die Summe der zu berücksichtigenden Konkursforderungen beläuft sich auf 11 279,22 DM, davon sind 324,84 DM bevorrechtigt.

6348 Herborn (Dill), 2. 4. 1975

Der Konkursverwalter:
Wienecke
Rechtsanwalt

1498

65 N 47/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Heizungsbaumeisters Helmut Basse, Inhaber der Heizungsbaufirma August Basse in Kassel, Usbeckstraße 13**, soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar ist ein Betrag von 4100,— DM. Zu berücksichtigen sind bei der Schlußverteilung 10 048,31 DM der Rangklasse I, 271 690,22 DM der Rangklasse II, 2441,30 DM der Rangklasse III, 63,30 DM der Rangklasse IV und 122 740,09 Deutsche Mark der Rangklasse VI.

Das Schlußverzeichnis ist in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abteilung 65, niedergelegt worden.
3500 Kassel, 8. 4. 1975

Der Konkursverwalter:
H. Merk
Rechtsanwalt

1499

65 VN 1/75: Die Firma **Heinz Siebert OHG, Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 16**, Inhaber **Scheide & Carbonell (HRA 7288)** hat am 28. 1. 1975 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist Rechtsanwalt **Klaus Bechmann, Kassel, Brüder-Grimm-Platz 4**.

3500 Kassel, 4. 4. 1975

Amtsgericht**1500**

65 N 14/74 — Konkurs: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Betreuungs- und Baugesellschaft mbH**, vertreten durch die Geschäftsführer **Horst Rose und Günter Bruns, Kassel, Rudolf-Schwander-Straße 10**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 19. August 1975, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 7. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 65**1501**

7 N 42/75 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma **Kryotechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6078 Neu-Isenburg, Kronengasse 8**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführerin **Kauffrau Ingeborg Röchner, Buchschlag, Ernst-Ludwig-Allee 33**, wird heute, am 3. 4. 1975, 16.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt **Rüdiger Pfeffer, Offenbach (Main), Luisenstraße 63**.

Konkursforderungen sind bis 5. 5. 1975 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134,

137 KO bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 9. Mai 1975, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Mittwoch, den 18. Juni 1975, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), Luisenstraße 16, III. Stock, Zimmer 835.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 5. 5. 1975.

6050 Offenbach (Main), 3. 4. 1975

Amtsgericht**1502**

7 N 92/74 — Konkursverfahren über das Vermögen der am 20. 8. 1973 verstorbenen **Charlotte Kornelie Margarete Pistorius**, zuletzt wohnhaft in Neu-Isenburg, wird aufgehoben.

6050 Offenbach (Main), 20. 3. 1975

Amtsgericht**1503**

7 N 60/73 — Konkursverfahren: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **MATPUR Edelstahl-Rohstoffgesellschaft mit beschränkter Haftung, Offenbach (Main), Grenzstraße 8**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Gerhard Teborg, 6466 Gründau-Rothbergen, Berliner Straße 1**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6050 Offenbach (Main), 13. 3. 1975

Amtsgericht**1504**

7 N 194/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Kauffrau Charlotte Burck, 6078 Neu-Isenburg, Hugentollenallee 114**, wird heute, am 3. 4. 1975, 16.10 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Rüdiger Pfeffer, Offenbach am Main, Luisenstraße 63**.

Konkursforderungen sind bis 5. 5. 1975 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 9. Mai 1975, 9.30 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Mittwoch, den 18. Juni 1975, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), Luisenstraße 16, III. Stockwerk, Zimmer 835.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 5. 5. 1975.

6050 Offenbach (Main), 3. 4. 1975

Amtsgericht**1505**

3 N 12 und 13/72: In den Konkursverfahren über das Vermögen a) der Firma **Apparatebau GmbH u. Co. KG**, b) der Firma **Apparatebau GmbH in Atzbach**, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Montag, den 29. April 1975, 15.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 17, bestimmt.

6330 Wetzlar, 4. 4. 1975

Amtsgericht**1506**

62 VN 6/75: Nach Ablehnung des Antrages auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist die Eröffnung des Anschlußkonkurses über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma **F. Becker & Co., 62 Wiesbaden, Hasengartenstraße 7**, gesetzlich vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Heinz-Otto Becker**, eingetragen im Handelsregister des

Amtsgerichts Wiesbaden unter HRA 265, am 26. 3. 1975 mangels Masse rechtskräftig abgelehnt worden.

Das Amt des vorläufigen Verwalters Rechtsanwalt Georg Freiherr Grote, Wiesbaden, ist beendet.

6200 Wiesbaden, 26. 3. 1975 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1507

6 a K 52/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Ober-Erlenbach, Band 57, Blatt Nr. 2480, eingetragene Wohnungseigentum lfd. Nr. 1, 34, ^{699/1000}, Gemarkung Ober-Erlenbach, Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Flur 9, Flurstück 2/9, Hof- und Gebäudefläche, Emmerichshohl, 7, 9, 11, 13, 15 und 17, Größe 38,66 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 31 des Aufteilungsplanes im Erdgeschoß links Haus 17 und dem dazugehörigen Kellerraum —

— Das Miteigentum ist durch Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in den Blättern 2444 bis 2484) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Zur Veräußerung des Wohnungseigentums ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich, es sei denn, die Veräußerung erfolgt an Abkömmlinge 1. Grades, an Ehegatten, im Wege der Zwangsvollstreckung, durch den Konkursverwalter oder ein Grundpfandgläubiger ist bei der Veräußerung als Vertragspartner beteiligt. Im übrigen ist wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragungsbewilligung vom 25. Oktober 1971 Bezug genommen. —

soll am 2. Juli 1975, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut Nr. 10/12, Zimmer Nr. 105 (Saal Nr. I), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Freitag Kommanditgesellschaft in Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 106 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

In der Sammelbekanntmachung muß es statt Grundstück jeweils Wohnungseigentum heißen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 26. 3. 1975

Amtsgericht

1508

4 K 69/74: Die im Grundbuch von Lorsch, Band 66, Blatt 3609, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lorsch, Flur 2, Flurstück 21/2, Hof- und Gebäudefläche, Landgrabenstraße 19, Größe 1,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lorsch, Flur 2, Flurstück 20/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Wingertsberg 2, Größe 27,72 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lorsch, Flur 2, Flurstück 16/7, Bauplatz, Die Schindwiese, Größe 2,94 Ar;

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lorsch, Flur 2, Flurstück 21/1, Hof- und Gebäudefläche, Landgrabenstraße 23, Größe 9,85 Ar,

sollen am 11. Juni 1975, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kauffrau Magdalena Schäfer geb. Trauth in Lorsch.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 2. 4. 1975

Amtsgericht

1509

8 K 21/74: Die im Grundbuch von Haigerseebach, a) Band 28, Blatt 1007, b) Band Nr. 34, Blatt 1195, eingetragenen Grundstückshälften der Ehefrau Monika Dittmann, geb. Becker,

zu a) lfd. Nr. 1, Gemarkung Haigerseebach, Flur 2, Flurstück 230/3, Hof- und Gebäudefläche, Ortsstraße, Größe 4,43 Ar,

zu b) lfd. Nr. 1, Gemarkung Haigerseebach, Flur 2, Flurstück 230/4, desgl., daselbst, Größe 2,49 Ar,

sollen am 18. Juni 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. April 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Monika Dittmann, geb. Becker, in Haigerseebach — zu 1/2 Anteil —

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Flur 2, Flurstück 230/3 = 29 150 DM

Flur 2, Flurstück 230/4 = 1 850 DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 8. 4. 1975

Amtsgericht

1510

8 K 53/74: Das im Grundbuch von Haiger, Band 58, Blatt 2204, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Haiger, Flur 12, Flurstück 200, Ackerland, Quendelbach, Größe 9,23 Ar,

soll am 25. Juni 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. Okt. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Buchhalter Günther Käppele in Eschenburg-Eibelshausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 923 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 8. 4. 1975

Amtsgericht

1511

K 37 74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Frankenberg (Eder), Band 189, Blatt Nr. 6583, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg, Flur 13, Flurstück 76 6, Hof- und Gebäudefläche, Ederstraße 18 a, Größe 11,50 Ar, soll am 18. Juni 1975, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Str. 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. Nov. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Punkt-Gaststättenbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankenberg (Eder).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 5. Februar 1975 auf 290 000 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 10. 3. 1975

Amtsgericht

1512

84 K 72.74 — **Zwangsvollstreckung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hattersheim (Amsgericht Frankfurt am Main, Abt. Höchst), Bd. 73, Blatt 2084, eingetragene 7, ^{579/1000} Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Hattersheim, Flur 22, Flurstück 463.4, Hof- und Gebäudefläche, Goethestr. 12—16, Größe 99,45 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 84 im IX. Obergeschoß (Block C), C-1-IX-4,

am Montag, 4. August 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 6. 1974 (Versteigerungsvermerk):

„Eigener Herd“ Bau- und Siedlungs-GmbH in Wiesbaden.

Der Wert des Anteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 98 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 17. 3. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

1513

84 K 136.74 — **Zwangsvollstreckung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 19, Band 12, Blatt 443, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 275, Flurstück 64/5, Hof- und Gebäudefläche, Leerbachstr. 92, Größe 5,51 Ar,

am Donnerstag, 28. August 1975, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 7. 1974 (Versteigerungsvermerk):

Kaufmann Edmund Chenu in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 795 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 10. 3. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

1514

84 K 307.74 — **Zwangsvollstreckung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das

im Wohnungsbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 40, Band 120, Blatt 3909, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus $\frac{1}{10}$ Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 40, Flur 9, Flurstück 1/30, Hof- und Gebäudefläche, Biedenkopf Weg 75, Größe 5,42 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. IV bezeichneten Wohnung im Obergeschoß links mit den dazugehörigen Kellerräumen Nr. 6, 7, 9 und der Garage Nr. 5,

— Das Miteigentum ist durch die Elnräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in den Blättern 3906, 3908 und 3910) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. —

am Mittwoch, dem 27. August 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 10. 1974 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Architekt Wolfgang Glesen in Bad Vilbel.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 21. 3. 1975
Amtsgericht, Abt. 84

1515

K 86/73: Das im Grundbuch von Reichelsheim, Band 31, Blatt 1437, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 1, Flurstück 12, Hof- u. Gebäudefläche, Dorn-Assenheimer Str. 14, Größe 5,01 Ar,

soll am Freitag, d. 20. 6. 1975, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer Nr. 32 (Erdgeschoß), durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 11. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Margot Schmidt geb. Walter in Florstadt 1.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 207 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/H., 9. 4. 1975
Amtsgericht

1516

5 K 13/75: Das im Grundbuch von Gersfeld, Band 46, Blatt 1427, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 38, Gemarkung Gersfeld, Flur Nr. 18, Flurstück 6/19, Lieg.-B. 95, Ackerland, Am Komberg, Größe 319,15 Ar,

soll am 5. Juni 1975, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße 38, Zimmer Nr. 210, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Katharina Karolina Hedwig Scheffler, geb. Lucas, in Gersfeld,

b) Bankrat i. R. Christian Emil Otto Stürz, Frankfurt (M.)-Niederrad, als Miteigentümer je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 11. 4. 1975
Amtsgericht

1517

K 11/73 — Beschluß: Die im Grundbuch von Flörsbach, Band 21, Blatt 492, eingetragene Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 35, Grünland, Holzung am Vockeweg, Größe 83,95 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 53, Grünland am Hungerborn, Größe 22,01 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 54, Grünland am Hungerborn, Größe 7,21 Ar,

sollen am Freitag, dem 13. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Gastwirt und Koch Wilhelm Eisert, Lohrhaupten, Ziegelhütte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 7, Flurstück 35	740 775 DM,
Flur 7, Flurstück 53	2 201 DM,
Flur 7, Flurstück 54	721 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 10. 4. 1975
Amtsgericht

1518

K 128/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Bad Orb, Band 163, Blatt 6836, eingetragene Grundstücke

Ifd. Nr. 6, Gemarkung Bad Orb, Flur 36, Flurstück 141/2, Hof- und Gebäudefläche, Fuldaer Straße, Größe 2,98 Ar,

Ifd. Nr. 7, Gemarkung Bad Orb, Flur 52, Flurstück 97, Grünland, Unland Hintere Hasel, Größe 37,71 Ar,

sollen am Freitag, dem 20. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. November 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Schreiner Helmut Göb in Bad Orb.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 36, Flurstück 141/2 = 157 490,56 DM, für Flur Nr. 52, Flurstück 97 = 3016,30 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 8. 4. 1975
Amtsgericht

1519

42 K 66/74 — Beschluß: Das im Grundbuch von Göbelnrod, Band 9, Blatt 330, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Göbelnrod, Flur Nr. 1, Flurstück 35/8, Lieg.-B. 166, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 10, Größe 3,69 Ar,

soll am 26. 6. 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Otto Laub, Göbelnrod, zu $\frac{1}{2}$,

b) dessen Ehefrau Frieda Laub, geb. Maiwald, daselbst, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 2. 4. 1975
Amtsgericht

1520

42 K 91/74 — Beschluß: Das im Grundbuch von Muschenheim, Band 22, Blatt Nr. 709, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Muschenheim, Flur 10, Flurstück 87, Lieg.-B. 240, Ackerland (Obstb.), Auf der Oberweid, Größe 14,48 Ar,

soll am 17. Juli 1975, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Rudolf Wagner in Muschenheim,

b) dessen Ehefrau Hilde geb. Müller, daselbst, als Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a ZVG festgesetzt auf 4344,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 4. 4. 1975
Amtsgericht

1521

42 K 41/74 — Beschluß: Das im Grundbuch von Münster, Band 18, Blatt 743, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Münster, Flur 1, Flurstück 327/3, Lieg.-B. 421, Hof- und Gebäudefläche, Licher Straße 31, Größe 7,46 Ar,

soll am 17. 7. 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 7. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Industriemeister Karl Breitenhorn in Gießen, Troppauer Straße 23.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 29 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 4. 1975
Amtsgericht

1522

42 K 93/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Lich, Band 81, Blatt 3747, auf den Namen des Dieter Büttner in Lich eingetragene ideelle Hälfte an dem Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Lich, Flur 9, Flurstück 288/1, Lieg.-B. 2627, Hof- und Gebäudefläche, Hohler Weg 7, Größe 26,96 Ar,

soll am 12. 6. 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, durch Zwangsvolleistreibung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. November 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Fliesenleger Dieter Büttner, Lich, zu $\frac{1}{2}$,

b) dessen Ehefrau Marlis Erika Büttner geb. Gunkel, daselbst, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 239 300,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 4. 4. 1975
Amtsgericht

1523

2 K 61/74: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Band 126, Blatt 5981, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 10, Flurstück 250, Hof- und Gebäude-

fläche, Haßlocher Straße 176, Größe 4,19 Ar soll am Donnerstag, dem 12. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude — Arbeitsamtsgebäude —, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 9. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Skowronek, Frankfurt (Main), Vilbeler Straße 38.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 10. 3. 1975 Amtsgericht

1524

2 K 81/74 — 2 K 95/74: Das im Grundbuch von Stockstadt, Band 14, Blatt 989, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Stockstadt, Flur Nr. 10, Flurstück 40, Ackerland, Die Mittelgewann, Größe 11,89 Ar,

soll am 19. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude — Arbeitsamtsgebäude —, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 11. 1974 bzw. 3. 12. 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Schuhmacher August Daniel Gils in Stockstadt und dessen Ehefrau Helene geb. Merz, daselbst, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 10. 3. 1975 Amtsgericht

1525

2 K 40/74: Die im Grundbuch von Mörfelden, Band 97, Blatt 5524, eingetragenen Grundstückshälften des Manfred Lahr an den Grundstücken

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur 4, Flurstück 567, Bauplatz, Berliner Straße, Größe 7,32 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Mörfelden, Flur 17, Nr. 353/1, Ackerland, Die vorderste Baine, Größe 3,05 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Mörfelden, Flur 17, Nr. 354/1, Ackerland, daselbst, Größe 3,07 Ar,

sollen am 26. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude — Arbeitsamtsgebäude —, Oppenheimer Straße 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 6. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Manfred Heinrich Gustav Lahr, Mörfelden, zu $\frac{1}{2}$,
b) dessen Ehefrau Marie Elis. geb. Koban, daselbst, zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 11. 3. 1975 Amtsgericht

1526

2 K 30/74: Das im Grundbuch von Gernsheim, Band 29, Blatt 1765, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gernsheim, Flur Nr. 1, Flurstück 662/13, Hof- und Gebäudefläche, Feldstr. 4, Größe 4,30 Ar,

soll am 1. Juli 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude — Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 5. 74 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinrich Josef Spieß, Automechaniker in Gernsheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 17. 3. 1975 Amtsgericht

1527

4 K 25/72, 4 K 24/73: Die im Grundbuch von Thalheim, Band 31, Blatt 1149, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 60, Ackerland Hellenberg, Größe 14,57 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 59, Ackerland Hellenberg, Größe 8,30 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 58, Ackerland Hellenberg, Größe 11,98 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 52, Ackerland Langanstrichen, Größe 41,95 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Thalheim, Flur 34, Flurstück 67, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorf, Haus Nr. 170, Größe 16,35 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 53, Ackerland Langanstrichen, Größe 42,42 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Thalheim, Flur 36, Flurstück 61, Ackerland Hellenberg, Größe 36,94 Ar,

sollen am 6. Juni 1975 im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstraße 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 1. 1973 und 13. 9. 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke): Frau Inge Hartmann, geb. Güh, Thalheim, geb. am 26. 7. 1928.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 10. 4. 1975 Amtsgericht

1528

42 K 19/72: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Langenbergheim, Band 17, Blatt 853, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenbergheim, Flur 6, Flurstück 32/17, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstraße 29, Größe 7,47 Ar,

am 18. 6. 1975, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Waltraud Markus, geb. Bausch, in Langenbergheim — zu $\frac{1}{2}$ —,
b) dieselbe,
c) Diana Markus, geb. 28. 3. 1963, Langenbergheim,
d) Erwin Markus, geb. 6. 12. 1964, Langenbergheim,

zu b) bis d) zu $\frac{1}{4}$ in Erbengemeinschaft. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 155 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 9. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

1529

42 K 20/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rüdighelm, Band 37, Blatt 1437, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüdighelm, Flur 12, Flurstück 22/2, Hof- und Gebäudefläche, Hasentalweg 2, Größe 6,77 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rüdighelm, Flur Nr. 12, Flurstück 22/4, Hof- und Gebäudefläche, Hasentalweg 2, Größe 3,77 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Rüdighelm, Flur Nr. 12, Flurstück 22/5, Hoarfum, Hasentalweg, Größe 0,63 Ar,

am 12. 6. 1975, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eilfriede Müllerschön in Rüdighelm.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 166 600 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 9. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

1530

42 K 73/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Kesselstadt, Band 99, Blatt 3568, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kesselstadt, Flur 13, Flurstück 155, Hofraum, Landstr., Größe 73,22 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kesselstadt, Flur 13, Flurstück 161, Hofraum, Claußiusstraße, Größe 38,58 Ar,

am 19. 6. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 6. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Verleger Karl Heinz Römer in Darmstadt.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 1 522 680 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 8. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

1531

42 K 96/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Großkrotzenburg, Band 102, Blatt 3842, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großkrotzenburg, Flur G, Flurstück 14/2, Bauplatz, Lindenstraße, Größe 6,25 Ar,

am 5. 6. 1975, 14 Uhr, im Gerichtsgeb. A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 7. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elektrotechniker Eyyup Han, Hanau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 147 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 9. 4. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

1532

64 K 80/73: Das im Grundbuch von Wahlershausen, Band 95, Blatt 2607, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wahlershausen, Flur 26, Flurstück 27/2, Hof- und Gebäudefläche, Landgraf-Karl-Straße 18, Größe 6,37 Ar,

soll am 10. Juni 1975, 12.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Sockelgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. Juni 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Textilkaufmann Horst Serbser,
b) Ehefrau Annalore Serbser geb. Knecht,
beide in Kassel — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 27. 3. 1975 Amtsgericht, Abt. 64

1533

1 K 51/73: Die im Grundbuch von Hillershausen, Band 6, Blatt 163, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hillershausen, Flur 1, Flurstück 35/1, Hof- und Gebäudefläche, Haus Nr. 18, Größe 4,85 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hillershausen, Flur 1, Flurstück 85/1, Hof- und Gebäudefläche, Haus Nr. 18, Größe 0,15 Ar,

sollen am 9. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Ingeborg Schulz geb. Kröll in Korbach-Hillershausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 33 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 2. 4. 1975 Amtsgericht

1534

7 K 26/74: Das im Grundbuch von Viernheim, Band 192, Blatt 7800, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Viernheim, Flur Nr. 4, Flurstück 95, Hof- u. Gebäudefläche, Kjesstr. 16, Größe 6,13 Ar,

soll am Mittwoch, 18. 6. 75, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 5. 74 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Barbara Haas geb. Beyer, Witwe, Viernheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 8. 4. 1975 Amtsgericht

1535

7 K 25/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Eschhofen, Band 33, Blatt 1082, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschhofen, Flur Nr. 20, Flurstück 382/2, Ackerland, Neuer Weg, Größe 12,58 Ar,

soll am 11. Juni 1975, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Limburg, Schiede 14, Zimmer Nr. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Johanna Barbara (genannt Betti) Neumann geb. Prinz, geb. am 24. 5. 1934, in Eschhofen, Wiesenstraße 13.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 776,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 4. 4. 1975 Amtsgericht

1536

7 K 64/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Heusenstamm, Band 113, Blatt 3997, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 7, Gemarkung Heusenstamm, Flur 3, Flurstück 441, LB 1075, Hof- u. Gebäudefläche, Kettelerstraße 19, Größe 5,52 Ar,

am Freitag, 13. 6. 1975, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstr. 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (28. 8. 1974):

Herr Otmar Lindig, Heusenstamm.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 420 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 8. 4. 1975 Amtsgericht

1537

61 K 73/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Auringen, Band 37, Blatt 897, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Auringen, Flur 6, Flurstück 154, Ackerland, Hockenbergr., Größe 82,92 Ar,

soll am 3. Juni 1975, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. September 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Carl Erich Kullmann in Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 890,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 27. 3. 1975 Amtsgericht

1538

61 K 22/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 460, Blatt 8103, eingetragene Grundstück, Gemarkung Wiesbaden

lfd. Nr. 1, Flur 36, Flurstück 369/61, Hof- und Gebäudefläche, Sonnenberger Straße Nr. 29, Größe 11,59 Ar,

soll am 10. Juni 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma E + G Eigentum- und Gewerbebau Ulrich-Schürmann KG in Wiesbaden. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 465 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 13. 2. 1975 Amtsgericht

1539

61 K 24/74 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 456, Blatt 8005, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Wiesbaden,

lfd. Nr. 1, Flur 62, Flurst. 10/11, Hof- u. Gebäudefl., Dotzheimer Str. 176, Größe 11,86 Ar, Verkehrswert 332 100,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 62, Flurst. 10/15, Hof- u. Gebäudefl., Dotzheimer Str. 176, 15,40 Ar, Verkehrswert 412 200,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 62, Flurst. 10/24, Hof- u. Gebäudefl., Dotzheimer Str. 176, Größe 2,57 Ar, Verkehrswert 68 800,— DM,

lfd. Nr. 4, Flur 62, Flurst. 10/12, Hof- u. Gebäudefl., Dotzheimer Str. 176, Größe 18,94 Ar, Verkehrswert 530 400,— DM,

lfd. Nr. 5, Flur 62, Flurst. 10/25, Hof- u. Gebäudefl., Dotzheimer Str. 176, Größe 10,35 Ar, Verkehrswert 277 100,— DM,

sollen am 10. Juni 1975, 9.10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. März 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma E + G Eigentum- und Gewerbebau Ulrich-Schürmann KG in Wiesbaden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 13. 2. 1975 Amtsgericht

1540

2 K 35/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Ehlen, Band 39, Blatt 1729, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ehlen, Flur 18, Flurstück 37/20, Lieg.-B. 1183, Hof- und Gebäudefläche, Im Otern 15, Größe 4,18 Ar,

soll am 24. Juni 1975, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Wolfhagen, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Nov. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Arno Krug — zur Hälfte — aus Baunatal-Großenritte, jetzt wohnhaft in Habichtswald-Ehlen, Schillerstraße 15.

Der Wert des Grundstücks zur ideellen Hälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 46 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 13. 3. 1975 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften**1541**

Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Kreisstraßen 83 und 90 in der Gemarkung Flieden, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Kreisstraße 83 in der Gemarkung Flieden im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecken

von km 0,003 neu (bei km 65,905 der L 3141) bis km 0,282 neu (bei km 0,057 der K 90 alt) = 0,279 km

und

von km 0,286 neu (bei km 0,051 der K 90 alt) bis km 0,360 neu (bei km 0,259 der K 83 alt) = 0,074 km

werden mit Wirkung vom 1. Mai 1975 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437). Sie erhalten damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und werden Teilstrecken der Kreisstraße 83.

Die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 90

von km 0,051 alt bis km 0,057 alt = 0,006 km

wird zum gleichen Zeitpunkt Teilstrecke der Kreisstraße 83.

2. Die im Zuge der Kreisstraße 90 neugebauten Strecke

von km 0,051 neu (bei km 0,295 der K 83 neu)

bis km 0,107 neu (bei km 0,107 der K 90 alt) = 0,056 km

wird mit Wirkung vom 1. Mai 1975 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 HStrG). Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teilstrecke der Kreisstraße 90.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreisrat des Landkreises Fulda in Fulda, Wörthstr. 15, Widerspruch erhoben werden.

Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

6400 Fulda, 25. 3. 1975

Der Kreisrat des Landkreises Fulda
1/3 Az.: 65 K 83/90

1542

Änderung der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vom 13. März 1975

Die Verbandsversammlung hat am 13. März 1975 nachstehende Änderung der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vom 12. Mai 1959, zuletzt geändert am 3. April 1974 (Staatsanzeiger S. 853), beschlossen:

I.

Die Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in der Fassung vom 30. April 1974 wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Absatz 5 Unterabsatz 3 wird die Reisekostensstufe „III“ — für die Reisekostenvergütung der Kraftfahrer — durch „II“ ersetzt.
2. In § 14 wird im Absatz 1 das Wort „vierteljährlich“ und der Unterabsatz 2 gestrichen.

II.

Vorstehende Änderungen treten in Kraft

Ziffer 1 mit Rückwirkung vom 1. November 1974,

Ziffer 2 mit Rückwirkung vom 1. Januar 1975.

*

Genehmigung der Änderung der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), genehmige ich die von der Verbandsversammlung am 13. März 1975 beschlossene Änderung der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vom 12. Mai 1959 (StAnz. S. 567), zuletzt geändert durch Beschluß vom 3. April 1974 (StAnz. S. 853).

6200 Wiesbaden, 1. 4. 1975

Der Hessische Minister des Innern
IV A 1 — 3 g 02 — 19/75

*

Vorstehende Änderung der Hauptsatzung und die aufsichtsbehördliche Genehmigung werden hiermit bekanntgemacht.

3500 Kassel, 4. 4. 1975

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Der Verwaltungsausschuß
Pfeil
Landesdirektor

1543

Erteilung einer Erlaubnis für die Ausführung von Markscheiderarbeiten

Dem Markscheider Dipl.-Ing. Heinrich Groh ist die Erlaubnis erteilt worden, Markscheiderarbeiten auch im Land Hessen auszuführen.

Seine Niederlassung befindet sich in 6600 Saarbrücken 2, Pasteurschacht 7.

Dies wird hiermit gemäß § 5 des Markscheiderzulassungsgesetzes vom 17. Dezember 1973 (GVBl. I S. 469) öffentlich bekanntgemacht.

Wiesbaden, 2. 4. 1975

Hessisches Oberbergamt
76 h 0205 — 23/2

1544

Haushaltssatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltsjahr 1975

Auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 und auf Grund des § 29 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — hat die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltsjahr 1975 folgende

Haushaltssatzung

erlassen:

§ 1

(1) Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

- | | |
|--------------------------------------|----------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben von je | 1 883 570,— DM |
| davon im Verwaltungshaushalt | 1 798 570,— DM |
| im Vermögenshaushalt | 85 000,— DM |

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 100 000,— DM festgesetzt.

§ 3

(1) Der Gesamtbetrag der Umlage für das Haushaltsjahr 1975 wird auf 1 258 089,— DM festgesetzt.

(2) Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallenden Umlageanteile werden gemäß § 30 Absatz 2 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar je zur Hälfte auf der Grundlage der Einwohnerzahlen und der Steuerkraftzahlen der Gemeinden des jeweiligen Planungsgebietes aufgebracht.

6800 Mannheim, 9. 4. 1975

Dr. Schädler
Verbandsvorsitzender

Dr. Schmitz
Verbandsdirektor

1545

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Büdingen nach Friedberg

Dem Verkehrsunternehmer Walter Balsler, 647 Büdingen, An der Saline 16, wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Büdingen/Bahnhof
nach Friedberg

über Büches — Rohrbacher Kreuz — Düdelsheim — Lindheimer Kreuz

bis zum 28. Februar 1983 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Weiteraukreises in Friedberg.

6100 Darmstadt, 12. 3. 1975

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — B — (24)

1546

Genehmigung der Bromfabrik des Kaliwerkes Wintershall in Heringen (Werra)

Die Kali und Salz AG, Werk Wintershall in Heringen (Werra), hat die Neugenehmigung ihrer Bromfabrik in der Gemarkung Heringen, Flur 1, Flurstück 305/5, beantragt. Die Bromher-

stellung ist der Rechtsvorgängerin der Antragstellerin im Rahmen der gesamten Kalifabrik, deren Bestandteil die Bromfabrik ist, durch Gefassungsurkunde des Bezirksausschusses zu Kassel seit dem 25. August 1921 genehmigt. Die Neugenehmigung bezweckt lediglich, die im Laufe der Zeit unübersichtlich gewordenen Unterlagen über die Bromfabrik unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vorgenommenen Veränderungen und Verbesserungen, zuletzt durch Nachtrag vom 23. Januar 1973 genehmigt, im ganzen auf den heutigen Stand zu bringen und einem den Anforderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes entsprechenden Betrieb sicherzustellen. Grundlage für die Genehmigung ist § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721). Sie ist gemäß § 1 d) der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) vom Hessischen Oberbergamt zu erteilen.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Antrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen vom Tage der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung an zwei Monate lang beim Bergamt Bad

Hersfeld in Bad Hersfeld, Im Stift 7, während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Während dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift beim Bergamt Bad Hersfeld erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird Dienstag, der 24. Juni 1975, 9.30 Uhr, im Sitzungssaal des Kaliwerkes Wintershall in Heringen (Werra), festgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Wiesbaden, 20. 3. 1975

Hessisches Oberbergamt
53 b 04 05 — 8/17

Öffentliche Ausschreibungen

1547

Frankfurt (Main): Für den Bau der Bundesautobahn Frankfurt (Main)—Fulda A 66 (A 80), bei Bau-km 10,4 + 00, im Abschnitt Stadt Maintal, Stadtteil Hochstadt, sollen die Arbeiten zur Herstellung des Brückenbauwerkes K 317 a — Überführung eines Fuß- und Radweges — vergeben werden.

Das Bauwerk ist ca. 56,00 m lang, 3,00 m breit zwischen den Geländern und ca. max. 6,50 m hoch. Das System ist ein I-steiger Plattenbalken über zwei Felder mit Stützweiten von 2 x 27,10 Meter in Spannbetonbauweise. Auszuführen sind alle erforderlichen Arbeiten.

Bauzeit: 202 Werktage.

Baubeginn: 18. 8. 1975.

Die Ausschreibungsunterlagen sind mit Angabe, ob Postversand oder Abholung gegen Vollmacht bis 28. 4. 1975 anzufordern.

Die Ausgabe erfolgt ab 5. 5. 1975. Bei Abholung von 9.00 bis 15.00 Uhr.

Für zwei Ausfertigungen der Ausschreibungsunterlagen ist eine Quittung über 30,— DM der Anforderung beizufügen (Mehrwertsteuer entfällt). Eine Rückvergütung des Betrages ist in keinem Falle möglich.

Einzahlungen werden erbeten an die Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 68 21, mit Angabe: Ausschreibungsunterlagen für das Bauwerk K 317 a Hochstadt“.

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 5. 6. 1975, 10.00 Uhr, 6 Frankfurt (Main), Kaiserstraße 62, Sitzungszimmer, V. Stock.

Zuschlags- und Bindefrist: 11. 7. 1975.

6000 Frankfurt (Main), 9. 4. 1975 Straßenneubauamt Untermain

1548

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der K 34 zwischen der B 454 und Kirchheim OT Wilingshain, Kreis Hersfeld-Rotenburg, von km 0,035 bis km 1,235 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 9000 cbm Erdarbeiten
- ca. 2500 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 7200 qm Tragschicht, Körnung 0/32, 240 kg/qm
- ca. 7200 qm Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm,

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 92 Werktage (netto)

Bleifer müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 5. 5. 1975 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753-609, Blz. 500 100 60 oder bei der Sparkasse Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, Blz. 532.500.40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 21. 5. 1975, 10.15 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

Zuschlags- und Bindefrist: 16. 6. 1975.

6430 Bad Hersfeld, 9. 4. 1975 Hessisches Straßenbauamt

1549

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der K 114 zwischen der K 112 und Schrechsbad OT Holzburg, Schwalm-

Eder-Kreis, von Bau-km 0,000 bis Bau-km 2,544 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 17 500 cbm Erdarbeiten
- ca. 6 700 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 14 800 qm Tragschicht, Körnung 0/32, 240 kg/qm
- ca. 14 000 qm Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 200 Werktage (netto).

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 30. 4. 1975 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Beitrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753-609, Blz. 500 100 60 oder bei der Sparkasse Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, Blz. 532.500.40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 16. 5. 1975, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

Zuschlags- und Bindefrist: 23. 6. 1975.

6430 Bad Hersfeld, 9. 4. 1975 Hessisches Straßenbauamt

1550

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der B 519 innerhalb der OD Hofheim (Niederhofheimer Str.) von Str.-km 0,830 bis 1,200 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 900 cbm Boden, Bodenkl. 2.23—2.27 lösen und laden;
- 710 cbm Frostschutz;
- 1490 qm bit. Tragschicht 0/32 mm, 300 kg/qm, ca. 12 cm dick;
- 1490 qm Asphaltbinderschicht 0/16 mm, 200 kg/qm, ca. 8 cm dick;
- 2400 qm Asphaltbetonschicht 0/11 mm, 100 kg/qm, ca. 4 cm dick;
- 900 qm Asphaltdecke abfräsen.

Bauzeit: 60 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 7. 5. 75 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 19,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kto.: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Ausbau der B 519 in Hofheim (Niederhofheimer Str.)“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 17. 4. 75 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 46.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 13. Mai 1975, 10.00 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 4. 4. 1975

Hessisches Straßenbauamt

1551

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Ausbau der K 55/17 in Künzell/OT Pilgerzell, Kra 3,780—5,104 (Baustat. 3+100 — 3+980) — vergeben werden.

Auszuführen sind:

rd. 7800 cbm Erdbewegung

rd. 6500 t Basaltmaterial d. K. 0/45 mm als Frostschuttschicht

rd. 2400 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm

rd. 6000 qm Teerasphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4 cm dick

Die Bauarbeiten sollen im Mai 1975 begonnen werden und müssen bis zum 30. Sept. 1976 beendet sein.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKto. Ffm Nr. 6753-609, mit obiger Angabe einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 6. Mai 1975, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 6. Juni 1975, 24.00 Uhr.

6403 Fulda, 3. 4. 1975

Hessisches Straßenbauamt

1552

Technische Hochschule Darmstadt

In der Personalabteilung ist die Stelle eines

Inspektors/Oberinspektors

Bes.-Gr. A 9/10 HBes.G.

zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Bearbeitung von Personalangelegenheiten der unter den Geltungsbereich des BAT fallenden Angestellten.

Bewerber mit Erfahrung auf dem Gebiet des Personalwesens werden bevorzugt.

Bewerbungen sind bis 14 Tage nach Erscheinen des Staatsanzeigers an den Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt, Alexanderstraße 14, zu richten.

1553

Beamter

Ende 30 (12 J. Bw.), 2. Verw.-Prüf., sucht Tätigkeit nach A 10 mit Aufstiegsmöglichkeit im Raum Hersfeld—Kassel. Auch ausbildende und unterrichtende Tätigkeit angenehm.

Zuschriften unter 16/75 an den Staatsanzeiger des Landes Hessen, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42.

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 20,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Giesel Nachf., 62 Wiesbaden.

1554

Bei dem Sozialgericht Frankfurt (Main) ist die Stelle eines

Inspektors/Oberinspektors

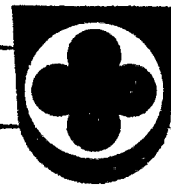
(Bes. Gr. A 9/10)

für die Verwendung als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle mit einem Beamten oder Angestellten zu besetzen, der die II. Verw.-Prüfung abgelegt hat.

Es werden neben einem krisensicheren Arbeitsplatz die im öffentlichen Dienst üblichen sozialen Leistungen (Beihilfen, verbilligter Mittagstisch, Fahrkostenbeteiligung, Trennungsgeld usw.) im Rahmen der geltenden Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen und Anfragen sind zu richten an den

Präsidenten des Hess. Landessozialgerichts,
61 Darmstadt, Rheinstraße 94,
Tel. (0 61 51) 8 40 31



Stadt Baunatal

Bei der Stadt Baunatal ist umgehend die Stelle des

Bürgermeisters

neu zu besetzen, da der bisherige Bürgermeister zum Ersten Kreisbeigeordneten des Landkreises Kassel berufen worden ist. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Das Amtsgehalt richtet sich nach den Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten (z. Z. W 7). Ein modernes Dienstwohngebäude ist vorhanden.

Baunatal ist eine aufstrebende Wohn- und Industriestadt mit reizvoller Umgebung in Nordhessen. Sie gliedert sich in 7 Stadtteile und hat z. Z. rund 20 000 Einwohner. Die Stadt liegt verkehrsgünstig am Südrand von Kassel und beherbergt den größten nordhessischen Industriebetrieb, das Volkswagenwerk Baunatal mit z. Z. 15 500 Beschäftigten. Mit dem bisherigen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs ist auch künftig zu rechnen.

Baunatal, im Landesentwicklungsplan als Mittelzentrum ausgewiesen, ist noch im Aufbau und als Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz anerkannt. Als Demonstrativbauvorhaben vom Bund gefördert wird ein Sport-, Schul- und Freizeitpark von 50 ha Größe entstehen. Die Stadt verfügt schon heute über großzügige Sportanlagen, gute schulische Einrichtungen (2 Gesamtschulen) und ein neu erbautes Einkaufszentrum. Das Haushaltsvolumen der Stadt beträgt in 1975 rund 56 Millionen Deutsche Mark.

Als Bewerber kommen nur besonders qualifizierte Persönlichkeiten mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung in Betracht, die in der Lage sind, das Amt zielstrebig, verantwortungsbewußt und entscheidungsfreudig auszufüllen.

Die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst ist erwünscht, aber nicht Voraussetzung.

Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und Nachweisen über die bisherigen Tätigkeiten werden unter Angabe von Referenzen bis zum 5. 5. 1975 erbeten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

3501 Baunatal-Altenbauna, Postfach 1109, Rathaus
Kennwort: Bewerbung Bürgermeister.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 396 71. Fernschreiber: 04 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 4,50. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 11 vom 1. 8. 1974.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 33 Seiten.